

M 3477 F



informationszentrum dritte welt

CHINA

REFORM UND KRISE

Nr. 159 August 1989 DM 5,00



Impressum

☆

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo., Di., Do.-Fr. 10-13 u. 15-18 Uhr, mittwochs geschlossen

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Alf Baier, Frank Ballot, Andreas Beil, Andrea Borchers, Horst Breit, Konrad Fisch, Uwe Hartwig, Claudia Held, Daniela Heuberger, Uwe Jungfer, Inge Kamolz, Christa Kernbichl, Michael Knüfer, Barbara Kupfer, Tilman Lamperter, Teresa Löbbert, Mechtild Maurer, Mariele Pelster, Gunhild Rauch, Bernd Riegraf, Norbert Stamm, Detlev Vogel, Jürgen Wengler, Regine Wlassitschau, Udo Wolter

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 326187

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11,
Telefon: (0641)77053

Copyright bei der Redaktion und den Autoren.

Vervielfältigungen für Unterrichtszwecke erlaubt und erwünscht.

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).
Kündigung zum Jahresende (schriftlich) ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: 45,- DM
übriges europäisches Ausland:
DM 45,- (bzw. 35,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 160:
22.8.1989

Anzeigenschluß für Nr. 160:
29.8.1989

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

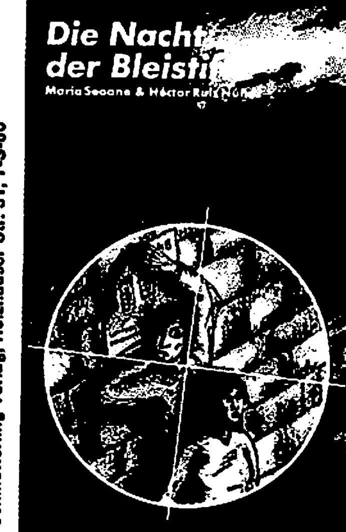
Inhaltsverzeichnis

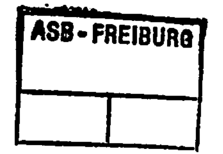
Nacht der Bleistifte

María Seoane – Héctor Ruiz Núñez
Die Nacht der Bleistifte

September 1976, Argentinien, Mar del Plata: Sieben SchülerInnen zwischen 16 und 18 Jahren werden vom Militär verschleppt und mißhandelt. Nur einer von den sieben taucht nach Jahren wieder lebend auf.
Unter der argentinischen Militärdiktatur organisierten die sieben Jugendlichen den Widerstand der Oberschüler und Studenten. Demonstrationen, nächtliche Sprühparolen und Flugblätter für die Rechte der Schüler und Studenten, erschienen den Militärs als »Subversion«.
Dieses Buch führt beispielhaft die Methoden des staatlichen Terrors in Lateinamerika vor Augen. Aber die Autoren suchten auch in der Geschichte jedes Einzelnen der Jugendlichen, um deren Träume darzustellen. Träume, die auch die uniformierten Henker nicht zu zerstören vermochten.
Übersetzung aus dem Spanischen
ISBN 3-926369-62-0
ca. 19,80 DM, ca. 170 Seiten, Werkdruckpapier

Schmetterling Verlag, Holzhauser Str. 31, 7-S-80





Machterhalt um jeden Preis

Die Unterdrückung des Widerstandes durch das Militär

Eine junge Frau, die von den Soldaten getroffen wurde als diese das Feuer auf die demonstrierenden Medizinstudenten eröffneten.

Die politische Lage in Birma ist wieder angespannt. Wiederholt protestierten die Menschen auf den Straßen der Hauptstadt Rangun. Obwohl das Militär nach wie vor sehr repressiv gegen jeden vorgeht, der Kritik an der Regierung äußert, obwohl permanente Patrouillen mit schweren Geschützen die tödliche Gefahr demonstrieren, haben die Studenten ihren Widerstand fortgesetzt.
Auch der Schießbefehl ist immer noch in Kraft. Zum erstenmal seit neun Monaten haben die Soldaten am 21. Juni wieder das Feuer auf die in den Straßen versammelte Menschenmenge eröffnet. Ein Mann wurde tödlich getroffen. Anläßlich des ersten Jahrestages der Niederschlagung des Volksaufstandes hatten sich ca. 3.000 Menschen zum Gedenken in einem Ranguner Vorort zusammengefunden. Augenzeugen berichteten, daß das Militär zunächst versucht hatte, die Menschen einzuschüchtern. Unvermittelt hallten dann die Gewehrschüsse durch die Straßen (FEER 6.7.89). Da das Kriegsrecht Versammlungen von mehr als vier Personen im Freien verbietet (in geschlossenen Räumen besteht ein Versammlungsverbot bei mehr als 50 Personen) bedeuten nicht nur Demonstrationen, sondern auch Gedenkfeiern für die Teilnehmenden ein großes Risiko.

Angesichts der Militärpräsens, antworteten die Studenten in den letzten Monaten nicht mehr mit Massendemonstrationen, sondern operieren in kleinen Gruppen. Skandierend zogen sie durch die Straßen und verschwanden blitzschnell, wenn Militär aufzog. Doch trotz der gnadenlosen Unterdrückung und Repression durch das birmanesische Regime nehmen die Proteste nun wieder zu. Der Volksaufstand jährt sich nun zum erstenmal und es scheint, daß die Erinnerung an den blutigen Militäreinsatz im letzten Sommer in der birmanesischen Bevölkerung die Wut schürt und sie sich erneut gegen ihre Unterdrücker zur Wehr setzt.

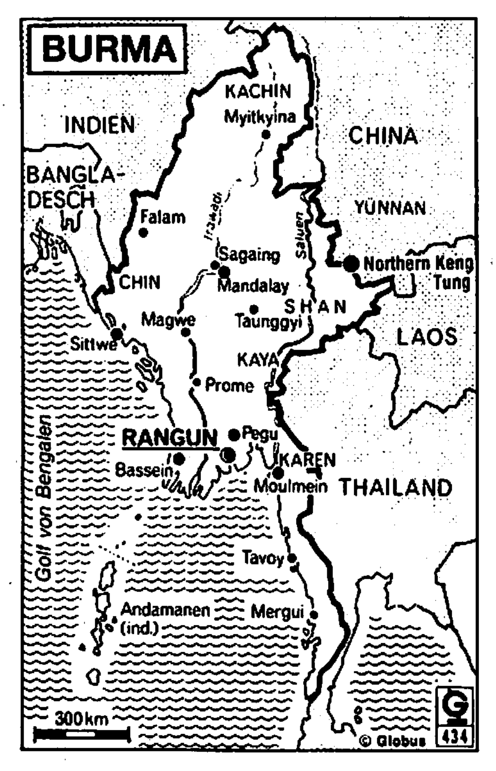
Der Volksaufstand von 1988

Letztes Jahr war das Faß nach 26 Jahren Unterdrückung übergelaufen, als deutlich wurde, daß die Militärclique des Einparteienstaates Birma das Land auch wirtschaftlich völlig abgewirtschaftet hatte. Die wirtschaftlichen Maßnahmen, unabgestimmt und kontrovers, verschlechterten die materielle Grundlage der Bevölkerung. Ein Volk, das früher einen immensen Reisüberschuß produzierte, kann sich heute

kaum am Reis satt essen. Hinzu kam die im September 1987 unangekündigt durchgeführte Kyat-Entwertung ohne jegliche Entschädigung (Geldscheine wurden ungültig). Diese Maßnahme, bei der drei Viertel des umlaufenden Geldes entwertet wurden, traf die Bevölkerung völlig unerwartet. Gerade die „Kleinen Leute", die ihre mageren Ersparnisse zuhause aufbewahrten, standen vor dem Nichts. Ziel der Regierung war es, den Schwarzmarkt, über den der größte Teil des birmanesischen Handels (60-80% der Konsumgüter) abgewickelt wird, zu treffen und die Regierungskassen zu füllen.

Schätzungen zufolge wurden beim Volksaufstand 1988 ungefähr 10.000 Menschen durch das Militär getötet. Besonders die Geheimpolizei Lon Htein hat sich bei der Aufstandsbekämpfung mit Tötungen, Festnahmen, Folterungen und Massenvergewaltigungen hervorgetan.

Trotz der brutalen Gewalt breiteten sich im letzten Jahr die Demonstrationen schnell aus, auch auf die verschiedensten Provinzstädte. Immer öfter beteiligten sich die buddistischen Mönche an den Demonstrationen, und ihre Klöster entwickelten sich zu Widerstandszentren. Die Unruhen dauerten vier Monate bis zum Sturz der alten BSPP-Regierung (Burma Socialist Programme Party), die vom Militär dominiert wurde. Der starke Mann Birmas, General Ne Win, trat während des Parteitages vom 25. Juli 88 zwar formal zurück, hielt jedoch die Fäden weiterhin in der Hand. Seinen Günstling, Sein Lwin, hatte er zu seinem Nachfolger auserkoren. Dies verstärkte die Unruhen, da Sein Lwin, auch Schlächter von Rangun genannt, als Kommandeur der Geheimpolizei Lon Htein direkt für das gewalttätige Vorgehen verantwortlich war. Sein Lwin verhängte unmittelbar nach seiner Amtsübernahme das Kriegsrecht über Rangun, die Hauptstadt von Birma, und drohte jeden erschießen zu lassen, der gegen die Regierung demonstriert. Trotzdem gingen die Birmanesen weiterhin auf die Straße und riefen für den 8. August zum Generalstreik auf, der das öffentliche Leben vollständig zum Erliegen brachte. Lon Htein und weitere Armeeinheiten machten die Drohung Sein Lwins wahr und schossen mit automatischen Gewehren und Panzern in die demonstrierende Menge. Wahllos feuerten sie in Häuser, wohin sich viele zurückgezogen hatten. Die Menschen wehrten sich mit Knüppeln, Speeren oder Schleudern mit geschliffenen Fahrradspeichen gegen die Übermacht. Allein in diesen Tagen wurden mehrere tausend Menschen getötet, bis Sein Lwin endlich am 12. August zurücktrat. Die Ernennung des Zivilisten Maung Maung zum BSPP-Vorsitzenden und Staatspräsidenten sah die Bevölkerung als rein taktischen Schachzug Ne Wins und verstärkte die Widerstandsaktionen. Immer öfter unterstützten auch die Verwaltungsangestellten die Proteste, eine der Bevölkerungsgruppen, denen es materiell noch am besten geht. Viele Staatsbedienstete traten aus der BSPP aus.



Das öffentliche Leben blieb durch Streiks in den Behörden und in den Fabriken völlig funktionsunfähig. Die Menschen plünderten die staatseigenen Lebensmittelläden. Angriffe auf Polizeistationen und die Parteibasis waren an der Tagesordnung. Berichtet wurde von Gefängnisrevolten und Massenausbrüchen. Indessen organisierten Mönche und Studenten die Versorgung in den Stadtvierteln von Rangun. (Newsweek 3.10.88) Daraufhin übernahm das Militär unter der Führung des General Saw Maung im September die Macht. Begründet wurde dies mit dem „Zerfall von Recht und Ordnung". Formal wird Birma seither von neun Militärs und dem SLORC (State Law and Order Restoration Council) beherrscht. Der SLORC setzt sich aus 18 Generälen und einem Zivilisten zusammen (FEER 23.3.89).

Die Miltärspitze ließ studentische Aktivisten und Mönche massenweise verhaften und erschießen. Daraufhin flohen viele über die Grenze, hauptsächlich nach Thailand, oder gingen in den Untergrund, um sich den Guerillabewegungen der ethnischen Minderheiten oder der Kommunistischen Partei Birmas (CPB) anzuschließen. Das Militär versuchte sein schlechtes Image kosmetisch zu kaschieren: Es benannte den Staat Birma in Union of Burma um, änderte den Namen der bis dahin herrschenden BSPP in Partei der Nationalen Einheit (NUP), versprach die Zulassung weiterer Parteien und die Abhaltung eines Referendums, das über Wahlen entscheiden soll.*

Die Herrschaft von Saw Maung

General Saw Maung griff auch weiterhin unerbittlich durch. Er entließ 10.000 Staatsbedienstete, die sich an den Demonstrationen und den Streiks beteiligt hatten. Diejenigen, die blieben, mußten erzwungene Geständnisse über die Teilnahme am Volksaufstand unterschreiben (NZZ 28.12.88). Die im Sommer letzten Jahres geschlossenen Universitäten und Schulen (incl. der Grundschulen) sind bis heute nicht mehr geöffnet worden. Das nächtliche Ausgangsverbot blieb in Kraft. Die Lon Htein bespitzelte mit Hilfe des von Sein Lwin schon vor Jahren aufgebauten Blockwartsystems die Zivilbevölkerung. Zu seinem eigenen Schutz ließ Saw Maung eine vier Meter hohe Mauer um das Verteidigungsministerium in Rangun bauen. Gleichzeitig beteuerten birmanesische Vertreter vor der UNO, die Normalität sei wieder hergestellt, und somit gebe es keinen Grund für eine außenpolitische Ächtung der birmanesischen Regierung. Das Regime von Saw Maung hatte für kurze Zeit Ruhe auf den Straßen hergestellt, doch im Inneren brodelte es stärker denn je zuvor. Die geflüchteten Studenten wurden zur Rückkehr aufgerufen. Trotz der ihnen zugesicherten Amnestie kehrten nur wenige nach Rangun zurück. Sie hatten auch allen Grund, den Machthabern zu mißtrauen. Armeetruppen riegelten ganze Stadtteile ab und durchsuchten mit vorgefertigten Namenslisten die Straßenzüge. Sie zerrten die jungen Männer aus den Häusern, internierten sie im berüchtigten Insein-Gefängnis, um sie später als Munitionsträger an der Grenze gegen die Guerillatruppen einzusetzen, was einem Todesurteil gleichkam.

Außenpolitische Isolation und wirtschaftliche Liberalisierung

Birma stand in der Vergangenheit als Synonym für die Abschottung gegen den Westen. Doch in Wirklichkeit hatten Ne Win und Konsorten schon immer dann Kontakte mit den westlichen Ländern gepflegt, wenn es um Waffen und finanzielle Unterstützung ging. So konnte das deutsche Unternehmen Fritz Werner zusammen mit Heckler und Koch in den 50er Jahren eine Waffenfabrik in Birma bauen. Inzwischen betreiben sie mehrere Fabriken, in denen auch die G 3 Gewehre hergestellt werden. Den weitaus größten Teil ausländischer Kredite erhielt Birma in der Vergangenheit von den westlichen Ländern incl. Japan, dem IWF und der Weltbank. Unter BMZ-

Minister Warnke wurden die Wirtschaftsbeziehungen seit 1984 umfassend ausgebaut. Die Bundesregierung versorgte als zweitgrößter Geldgeber nach Japan die Militärs mit lebenswichtigen Finanzspritzen. Für 1988 waren 50 Millionen bundesdeutsche Finanzhilfe zugesagt (Inf. für Außenhandel Nr. 23, 12/88).

Deshalb traf es das Regime hart, als die USA, die BRD, Australien und nach längerem Zögern auch Japan ihre finanzielle Unterstützung einstellten und die Streichung von Auslandsschulden aussetzten.

Diese außenpolitische Isolierung war jedoch nur teilweise erfolgreich und nur von kurzer Dauer. Zum einen widersprach sie dem eigentlichen Interesse der Geberländer, und zum anderen versuchte Saw Maung mit verschiedenen Maßnahmen, die verprellten Staaten zu beruhigen. Z.B. versprach die Militärspitze, bis Mitte 1990 freie allgemeine Wahlen abzuhalten. Außerdem beschloß das Regime eine Liberalisierung der Ökonomie, um die marode Wirtschaft des Landes zu sanieren und ausländische Investoren ins Land zu holen.

Dadurch erhoffte sie sich natürlich auch eine Besserung des offiziellen Außenhandels, was in Birma mehr Geld in die Kassen der Militärs bedeutet.

Das neu erlassene Investitionsgesetz (Union of Burma Foreign Investment Law) erlaubt nun eine 100%ige Kapitalbeteiligung aus dem Ausland, beinhaltet eine Steuerbefreiung bis zu drei Jahren, das Recht auf Gewinntransfer und den Schutz vor Nationalisierungsmaßnahmen. (HB 3.11.88). Das Regime fand in der Zwischenzeit eine Reihe von Geschäftspartnern, mit denen es zum Abschluß von lukrativen Geschäften kam.

Verschiedene Vertreter von ausländischen Regierungen, unter ihnen der thailändische Armeechef, fanden um die Jahreswende den Weg nach Rangun. Im Anschluß an das thai-birmanesische Treffen änderte die thailändische Regierung ihre Flüchtlingspolitik und setzte die geflüchteten Birmanesen in Lagern fest, um sie nach Birma zurückzuschicken. Im Gegenzug erhielten thailändische Consortien umfassende Fischereirechte in birmanesischen Hoheitsgewässern und das Recht, Teakbäume zu schlagen. (Gerüchten zufolge, will das birmanesische Militär dieses Geschäft rückgängig machen. Konkrete Schritte sind bisher keine erfolgt.) Gerade die gebeutelte thailändische Holzwirtschaft dürfte ein großes Interesse an diesem Deal gezeigt haben, nachdem Umweltgruppen in Thailand ein Gesetz zum Schutz des Tropenwaldes erwirkt hatten.

Auch mit Hongkong, Japan, Singapur, Malaysia und Südkorea kam es zum Abschluß von lukrativen Geschäften. Allein der Verkauf des Jade- und Perlenmonopols an ein malayisches Unternehmen brachte dem Regime 11,3 Millionen US$, die es großteils für den Kauf von Waffen und Munition verwandte.

Auch die Beziehung zwischen der birmanesischen und chinesischen Führung ist freundlicher geworden: die chinesischen Techniker sind zurückgekehrt. China begründet die jüngsten Abkommen mit rein ökonomischen Interessen. Während bei einigen Staaten wie Thailand oder Singapur die ökonomischen Ziele für die Wiederaufnahme von Kontakten ausschlaggebend waren, wollte Japan außerdem nicht seinen politischen Einfluß auf Birma gefährden. Es gibt kein Land, das so stark von Japan wirtschaftlich abhängig ist wie Birma (FEER 16.3.89). Die japanischen Entwicklungshilfezahlungen (1987 waren es 350 Mio. US$) sind größer als die gesamten birmanesischen Einnahmen aus dem Export. (Inf. für Außenhandel Nr. 23, 12/88). Die japanische Regierung sah deshalb Mitte März keine Notwendigkeit für eine Verurteilung des birmanesischen Regimes durch die UNO. Offiziell begründete Japan diese Haltung mit dem Wahlversprechen und der wiederhergestellten Ruhe und Ordnung. Auch von den USA ist kein längerfristiger Abbruch der Beziehungen zu erwarten, da ihr vorrangiges Ziel, den birmanesischen Drogenhandel in den Griff zu bekommen, von den jetzigen Militärs geteilt wird (Newsweek 26.9.88). Der Opiumhandel liegt in den Händen der ethnischen und kommunistischen Guerillaverbände, die sich teilweise dadurch finanzieren. In der Vergangenheit hat die USA fast die Hälfte ihrer Kapitalhilfe für Birma in die Bekämpfung des Drogenanbaus gesteckt.

Im Januar luden die Machthaber zum ersten Mal seit 30 Jahren Journalisten ein (Le Monde 25.1.89). Anlaß war der ai-Bericht über die Menschenrechtsverletzungen in Birma. Das Militär präsentierte Studenten, die an den Unruhen beteiligt, in den Untergang gegangen und nun zurückgekehrt waren. Sie berichteten von einer korrekten Behandlung seitens der Armee. Aber es hat in Birma Tradition, unliebsame Oppositionelle etliche Monate später, ohne Rampenlicht, während einer Säuberungswelle zu verhaften, so wie damals, als Studenten den Leichhnam des früheren Generalsekretärs der UNO U Thant stahlen, um ihn würdig zu beerdigen. Erst Monate später kam es zu Hausdurchsuchungen, und viele der ehemaligen Aktivisten wurden verhaftet.



Soldaten patroullieren in den Straßen von Rangun.

Die neuen Parteien

Bis Mai '89 hatten sich über 234 neue Parteien eingetragen (FEER 11.5.89). Die Vielzahl der Parteien wird von ausländischen Medien teilweise vorschnell als Zerstrittenheit der Opposition gedeutet. Einige der Parteien sind wohl Tarnorganisationen der staatstragenden Partei der Nationalen Einheit (NUP), um Stimmen zu fangen. Viele wollen jedoch von den Vorteilen der Eintragungen profitieren. Den Parteien ist das Zusammentreffen erlaubt, um über Politik zu diskutieren. Außerdem haben sie materielle Vergünstigungen bzw. das Recht auf einen Telefonanschluß oder auf Benzin, das stark rationiert ist.

Andererseits spaltete sich bereits eine der größten Parteien, die Nationale Liga für Demokratie (NLD). Darin hatten sich Aung San Suu Kyi, die Tochter des birmanesischen Unabhängigkeitshelden Aung Sun, der beim Militär in Ungnade gefallene Brigadegeneral Aung Gui und Tin U zusammengeschlossen. Tin U war bis 1976 Verteidigungsminister und wegen Verrats an Ne Win zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Aung Gui und Aung San Suu Kyi hatten sich wegen der Mitgliedschaft von ehemaligen Kommunisten in der NLD zerstritten, woraufhin Aung Gui eine eigene Partei gründete, die Unions National Democracy Party (UNDP).

Aung San Suu Kyi, im Ausland aufgewachsen, in GB studiert und nur ab und an zu Besuch in Birma, hatte sich vorher nie mit Politik beschäftigt. Sie genießt dennoch große Popularität und wurde in westlichen Medien mit Corazon Aquino verglichen. Sie reist derzeit durchs Land, hält trotz Verbot Versammlungen ab, auf denen sie für eine Demokratie westlicher Prägung wirbt. In der Nationalen Liga für Demokratie, mit eins bis drei Millionen Mitgliedern, sind alle Schichten Birmas vertreten, von den radikalen Studenten bis hin zu ehemaligen Militärs. Dementsprechend diffus sind ihre programmatischen Aussagen.

Die Honoratioren um U Nu gründeten die Demokratische Partei. U Nu war der erste Premier im Jahre 1948, dessen einstige buddistisch-sozialistische Vorstellungen noch heute Staatsideal des Militärs sind. Diese drei größeren rivalisierenden Parteien haben den im März verkündeten Gesetzentwurf zur Wahl begrüßt. Sie konzentrieren nun ihre Aktivitäten voll auf den Wahlkampf und suchen die Unterstützung der ausländischen Regierungen, um die Aussetzung von Krediten und Entwicklungshilfezahlungen zu erwirken.

Andere legale Möglichkeiten, sich politisch zu betätigen, gibt es immer noch nicht. Aung San Suu Kyi bezeichnete die Reform vom Einparteien- zum Mehrparteienstaat als reine Farce, da darüber hinaus keine wesentlichen Rechte der Meinungsäußerung und Meinungsbildung dem Volk zugestanden werden. Die Parteien werden in vielfältiger Weise kontrolliert und bespitzelt (z.B. Recht auf Einsichtnahme in die Mitgliederlisten).

Die Regierung in Rangun sieht in Aung San Suu Kyi die stärkste und wichtigste Oppositionsperson, da sie bei ihren Auftritten überall im Land von großen Menschenmengen gefeiert wird. Deshalb dürfte die Regierung nun auch eine Verleumdungskampagne gegen Suu Kyi und die NLD gestartet haben, die den Angriffen gegen die Kommunistische Partei Birmas (CPB) sehr ähnelt.

Suu Kyi erhält wahrscheinlich aus dem Ausland umfangreiche Unterstützung. Sie verfügt z.B. bei ihren Auftritten über neue, gut funktionierende technische Ausrüstungen, wie Lautsprecher und Mikrophone, eine absolute Rarität in einem Land, wo normalerweise solche Ausrüstung nicht vorhanden ist. Außerdem kann sie alle ihre Zuhörer mit Erfrischungen versorgen (FEER 6.7.89).



Birmanesische Studenten in einem Camp des Karen Rebellen nahe der Grenze

Ihre Publizität im In- und Ausland hat bisher verhindert, daß sie selbst dem Schießbefehl zum Opfer gefallen ist, wie ihr von einzelnen Soldaten immer wieder angedroht worden ist.

Der Widerstand im Untergrund

Es zeichnet sich ab, daß viele Jugendliche und Studenten weniger denn je zuvor an eine Verbesserung der politischen und materiellen Situation durch die versprochenen Wahlen glauben. Sie ziehen es vor, in den malariaverseuchten Dschungel zu gehen und sich dort von Truppen der nationalen Minderheiten (den Karen, Shans, Meos etc.), die seit 26 Jahren gegen die Zentralregierung in Rangun einen Guerillakampf führen, militärisch ausbilden zu lassen. Da die nationalen Guerillatruppen die Studenten nur zögernd aufgenommen haben — sie befürchten Spione unter den Neuankömmlingen, was das Mißtrauen gegenüber allem ethnisch Burmesischen verstärkt — haben sich viele der Studenten in der neu gegründeten „All Burma Students Democratic Front" mit Hauptquartier in Klerday, nahe der thailändischen Grenze, zusammengeschlossen. Gleichzeitig agiert die „All Burma Federation of Students" in Rangun im Untergrund.

Der Widerstand der nationalen Minderheiten dauert nun schon jahrzehntelang. Sie haben einen Teil des birmanesischen Staatsgebiets unter Kontrolle. Sie organisieren in diesen Gebieten den Alltag, haben Schulen, medizinische Stationen und Straßen gebaut. Ihre Einnahmen stammen neben dem Opiumhandel aus dem Verkauf von Teakholz und Jade. Sie betreiben in Eigenregie Antimon- und Zinnbergwerke und erheben auf die durch florierenden Schmuggel einsickernden Waren Steuern. Mitte der 70er Jahre schlossen sie sich zur Nationalen Demokratischen Front (NDF) zusammen, um ihre bewaffneten Aktionen gegen das Militär besser organisieren zu können, die in dieser Zeit einige erfolgreiche Angriffe gegen die Guerillatruppen unternommen hatten. Die NDF stellt ein äußerst fragiles Bündnis dar. Ihre Mitgliedsorganisationen reichen von politisch rechts stehenden Gruppierungen, die von der „Antikommunistischen Weltliga" finanziert werden bis zu kommunistischen Organisationen. Die NDF kooperiert seit 1987 auch mit der Kommunistischen Partei Birmas (CPB), der bis vor kurzem größten sich im Aufstand befindlichen Organisation mit ca. 14.000 Guerillas. Sie operiert im Nordosten und entlang der chinesischen Grenze. Der Grenzhandel mit China unterliegt weitgehend ihrer Kontrolle. Die CPB wird von China unterstützt, wenn auch in weitaus geringerem Umfang als unter Mao. Im März hatte die CPB bereits an Stärke eingebüßt, als bekannte Guerillakommandeure, Mitglieder von den Völkern der Wa, Shan und Kokang Chinesen zur NDF überliefen (FEER 30.3.89) und Mitte April kam es zum Eklat in der CPB.

Am 18. April meldete der CPB Radiosender, daß die gesamte Führung der CPB im Hauptquartier in Panghsang gestürzt worden sei, aufgrund ihrer „engstirnigen Rassenpolitik" (FEER 1.6.1989). Die Kommandeure der verschiedenen Bergstämme und der ethnischen Minderheiten haben die Kontrolle über die verschiedenen Truppenverbände und die einzelnen Gebiete übernommen. Zur Zeit operieren vier verschiedene Verbände mit recht unterschiedlichen Zielen. Teilweise haben sie jeglichen kommunistischen bzw. jeglichen politischen Absichten abgeschworen. Eine der mächtigsten Truppen im Norden von Keng Tung unter dem Shan Kommandeur Sai Noom Pan, unterstützt neben der NDF auch die pro-demokratische Studentenbewegung in Rangun.

Lange Zeit sah es eher danach aus, daß die Guerillaverbände der CPB, der Nationalen Minderheiten und der Studenten den Status quo mit Mühe erhalten konnten. Ihre politische Uneinigkeit ließ sie kaum programmatische Ziele formulieren, um einen verstärkten Druck auf das Militärregime in Rangun auszuüben.

In den letzten Wochen mußten die aufständischen Truppen sogar noch einige ihrer Stützpunkte entlang der thailändischen Grenze an das birmanesische Militär abtreten. Diese seit 1984 kontrollierten Gebiete galten bisher als uneinnehmbar, da sie an

gut befestigten Flußbiegungen des Grenzflusses zu Thailand liegen. Die birmanesischen Truppen müssen, mit Erlaubnis der thailändischen Regierung, von thailändischem Boden aus operiert haben — die einzige Möglichkeit die Stützpunkte einzunehmen. Diese Kooperation zwischen Rangun und Bangkok dürfte auch ein Ergebnis der bilateralen Gespräche um die Jahreswende gewesen sein. Die Konzession für den Schlag von Teakholz an thailändische Unternehmen macht einen offiziellen Grenzverkehr zwischen Birma und Thailand notwendig. Die Anwesenheit der Guerillatruppen und deren Kontrolle über den illegalen Grenzhandel gefährden derartige Ansinnen. Die thailändische Unterstützung bei der Guerillabekämpfung ist nur logische Konsequenz. Die geschwächten Guerillatruppen haben sich am strategisch wichtigen Drei Pagoden Pass reorganisiert und liefern sich momentan heftige Gefechte mit dem Militär.

Ohne Zukunft mit dem Militär

Daß es Ne Win Ende März wagte, sich in Uniform wieder öffentlich im Kreise der herrschenden Clique von General Saw Maung, von Khin Nyunt, Geheimdienstchef und mächtigster Mann nach Ne Win zu zeigen, sehen viele als Zeichen einer fest im Sattel sitzenden Militärregierung, die auch trotz Wahlversprechen und Liberalisierung der Wirtschaft keinesfalls die Macht aus den Händen geben wird (FEER 13.4.89). Von den beschlossenen Wirtschaftsmaßnahmen profitieren in erster Linie die Machthaber und nicht die Bevölkerung. Viele der mutlos gewordenen jungen Birmanesen wandern ins Ausland ab. Zum ersten Mal scheint dies im Interesse der Regierung zu sein, die bereitwillig Pässe zur Ausreise ausgibt. Dieser von der Regierung forcierte „brain drain" wird für Birma nicht ohne Folgen bleiben. Die jungen Birmanesen bezweifeln sehr, daß durch die versprochenen Wahlen eine Änderung der gegenwärtigen Verhältnisse zu erreichen ist.

Hegte die Bevölkerung lange Zeit noch die Hoffnung, daß wenn schon nicht politische Einsicht, doch dann wirtschaftlicher Zwang das Regime zum Einlenken zwingen wird, müssen sie nun feststellen, daß vom Wirtschaftsembargo immer weniger übrig bleibt, und sie um eine Illusion ärmer geworden sind. Das Militär ist dabei, mit Hilfe der ausländischen Wirtschaftsvereinbarungen seine Machtkonsolidierung voranzutreiben. mm

* Seit Juni heißt Birma auch Union Myanma, wobei Myanma in burmesisch ein Synonym für Birma ist.

Weitere Quellen:
- SOA-Informationen 3/88
- Bibliographische Reihe der SOA, Heft 2, Birma 1988
- Abkürzungen der Quellen: Far Eastern Economic Review (FEER) 1988/89
- Handelsblatt (HB)
- Le Monde
- Neue Züricher Zeitung (NZZ)
- Informationen für Außenhandel (NfA)



Birmanesische Studenten im Camp

Vergessen im Dschungel Unterstützungsaufruf für die All Burma Student Democratic Front

Viele der Studenten, die nach der Niederschlagung des Volksaufstandes in Birma in den Dschungel geflüchtet sind, leben heute in Camps nahe der thailändischen Grenze. Sie haben sich angesichts der repressiven Situation in Birma für den Widerstand im Untergrund entschieden. Seit die thailändische Regierung im Zuge des birmanesisch-thailändischen Tauwetters ihre Flüchtlingspolitik verschärft hat, ziehen sich die Studenten lieber auf birmanesisches Territorium zurück, obwohl sie dort keinerlei Unterstützung von internationalen Hilfsorganisationen erwarten können, da sie nicht den Status eines Flüchtlings haben. Das Leben in den neun Flüchtlingscamps der Studenten entlang der thailändischen Grenze ist äußerst hart und voller Entbehrungen, meist reicht der Reis nur für eine karge Ration pro Tag. Die Studenten leben nun schon Monate mitten im Dschungel, mehrere Tagesmärsche entfernt von den letzten Straßen. Als sie dort ankamen, besaßen die meisten nur ihre Kleider auf dem Leib, schliefen auf dem Boden, den Moskitos und dem Regen ausgesetzt. In der Zwischenzeit haben sie sich einfache Hütten gebaut und versuchen, eine medizinische Betreuung zu organisieren. Nach Aussagen eines Medizinstudenten, der im „Namkreik Camp" die kleine Klinik betreut, haben sie kaum Medikamente um die vielen Malariafälle zu behandeln, weshalb es schon mehrere Todesfälle gab. Der Mangel an sauberem Wasser ist die Ursache für die häufigen hygienischen Probleme wie Diarrhoe. Es ist keine ausreichende Ernährung möglich, und es fehlt praktisch an den notwendigsten Hygieneartikeln für die 400 Bewohner des „Namkreik Camp".

Der Führer des „Namkreik Camp" und Chef vom regionalen Komitee der „All Burma Students Democratic Front" (siehe nebenstehenden Beitrag) Ko Zaw Oo bittet, ihre Not in der internationalen Presse bekannt zu machen und sie zu unterstützen. Er sieht die Gefahr, daß sie im Dschungel vergessen werden.

Gleichzeitig benötigen sie dringend materielle Hilfe. Medikamente (gegen Malaria und andere Tropenkrankheiten, Verbandsmittel und Desinfektionsmittel) sind lebenswichtig. Da sie damit rechnen, länger im Dschungel leben zu müssen, vielleicht für Jahre, wären Stipendien an ausländischen Universitäten hilfreich. Die Studenten vermissen im Camp Bücher in englischer Sprache, mit denen sie sich auf dem laufenden halten können. Außerdem wünschen sie sich eine Bücherei im Camp (Die englische Sprache ist den Studenten im allgemeinen geläufig).

Natürlich sind außer Sach- auch Geldspenden willkommen.

Weitere Informationen sind bei Wolfgang Sachsenroder, 803 RELC-Building, 30 Orange Grove Road, Singapore 1025, Tel. 732 69 27, fax 235 2142 erhältlich, der auch für die Weiterleitung der Sach- und Geldspenden sorgt.

Regierungswechsel in der Krise

Der Traum von Raúl Alfonsín, als erster Präsident seit Juan Domingo Perón (1946 bis 1952) wieder eine nach der Verfassung vorgesehene Amtszeit von sechs Jahren durchzustehen, hat sich nicht erfüllt. Aufgrund der katastrophalen wirtschaftlichen Lage hat er fünf Monate vor dem regulären Ablauf der Amtszeit das Handtuch geworfen und ist zurückgetreten. Was jedoch bisher über die Programmatik des neuen Präsidenten Menem bekannt ist, läßt für die breite Masse der Bevölkerung ebenfalls nichts Gutes erwarten.



Argentinische Regierung: ratlos

Alfonsín erbte von der Militärdiktatur eine krisengeschüttelte Wirtschaft, 43 Mrd. $ Auslandsschulden, dreistellige Inflationsraten im Jahr und eine leere Staatskasse. Alfonsín vererbt an seinen Nachfolger eine ebenso leere Staatskasse, 60 Mrd. $ Auslandsschulden, über 6 Mrd. $ Inlandsschulden, dreistellige Inflationsraten im Monat und eine schwere wirtschaftliche Rezession. Heute liegt das Lohnniveau unter dem von Haiti, der Mindestlohn beträgt umgerechnet 20 Dollar, das reicht bei einer vierköpfigen Familie ungefähr für den Kauf des Lebensnotwendigsten für eine Woche. Währenddessen machen die Exporteure von Argentiniens reichhaltiger Agrarproduktion Rekordgewinne. Doch auch die Probleme mit der Militärkaste Argentiniens sind am Ende der Amtszeit Alfonsíns weit davon entfernt, gelöst zu sein.

Der Nachfolger Alfonsíns, der Peronist Carlos Menem, hatte bei der Präsidentschaftswahl am 14. Mai mit 46,4% der abgegebenen Stimmen eine eindeutige Mehrheit im Wahlmännergremium gewonnen, das ihn fünf Wochen später zum nächsten Präsidenten ernannte. Zu Anfang reagierte die Wirtschaft nervös: In der Woche nach der Wahl setzte eine erneute Flucht in den Dollar ein, in wenigen Tagen verdoppelte sich der Dollarkurs, und auf den internationalen Finanzmärkten sackte der Handelswert argentinischer Schuldentitel unter die 20-Prozent-Marke des Nennwertes ab. Wegen des populistischen Wahlkampfes Menems und aufgrund von Erfahrungen mit früheren peronistischen Regierungen befürchteten Teile der Wirtschaft einen Machtzuwachs der (peronistischen) Gewerkschaften, ein Schuldenmoratorium, die Nationalisierung der Banken oder ähnliche Attacken auf die „freie" Marktwirtschaft.

Diese Befürchtungen erwiesen sich schnell als unbegründet. Mit der Ankündigung der Ernennung von Miguel Roig zum Wirtschaftsminister und von Domingo Cavallo zum Außenminister machte Menem deutlich, wessen Interessen sich zukünftig auch politisch durchsetzen werden. Miguel Roig war bis vor kurzem der Vizepräsident des größten Konzerns südlich des Äquators, Bunge und Born, der einzigen weltweit operierenden Firma mit Sitz in Argentinien. Bunge und Born gehört zu den größten Grundbesitzern in Argentinien, ist Argentiniens zweitgrößter Exporteur von Agrarprodukten und kontrolliert knapp ein Sechstel des weltweiten Getreidemarktes. Weitere Schwerpunkte liegen in den Bereichen Chemie und Textilien. Eine Reihe von Firmen der Holding beschäftigt sich ausschließlich mit Finanzgeschäften, womit im inflations- und krisengeplagten Argentinien seit langer Zeit die größten Profite einzustreichen sind.

Außenminister Cavallo war bislang Chef des Wirtschaftsforschungsinstituts „Fundación Mediterranea", das von 200 nationalen und internationalen Banken und Industriekonzernen getragen wird. Ein deutliches Zeichen für die Einladung internationalen Kapitals und für die Dominanz wirtschaftlicher Interessen in der Außenpolitik. Der „Markt" reagierte positiv. Als Alfonsín Mitte Mai seinen Rücktritt bekanntgab, blieb der Dollarkurs stabil, dafür verzeichneten die Aktienkurse an der Börse von Buenos Aires erhebliche Kursgewinne.

Konzerne an die Macht

Die mächtigen Wirtschaftsverbände haben in Argentinien immer wieder versucht, nicht nur Lobbypolitik zu betreiben, sondern Personen ihres Vertrauens in die verschiedenen Regierungen zu lancieren. Das gelang am direktesten während der diversen Militärdiktaturen, die in der Regel noch den „Vorteil" der Ausschaltung der gewerkschaftlichen und politischen Opposition mit sich brachten. Aber auch unter peronistischen Regierungen hat die Besetzung des Wirtschaftsministeriums mit einem Unternehmer Tradition. In Peróns erstem Kabinett 1946 war es Miguel Miranda als Vertreter des nationalen Kapitals, das die Politik der Importsubstitution und der Förderung der nationalen Industrie aktiv unterstützte. 1973 wurde José Ber Gelbard Wirtschaftsminister, Vorstandsmitglied des Industriekonzerns Fate-Aluar, dessen Politik von einem Großteil der kleinen und mittleren Unternehmen mitgetragen wurde.

Die Politik des Wirtschaftsminister Martínez de Hoz (Ex-Vorstand des Stahlkonzerns Acindar, Vorstandsmitglied bei Pan-Am, Western Telegraph u.v.a.m.) leitete einen sogenannten „Gesundschrumpfungsprozeß" ein, bei dem ein Großteil der nationalen kleinen und mittleren Industrie und ganze Branchen wie die Elektronikindustrie von der Bildfläche verschwanden. Durch eine monetäre Wirtschaftspolitik, den Wegfall von Importzöllen und einen extrem niedrigen Dollarkurs wurden Importe so billig, daß die auf den Binnenmarkt orientierte Industrie nicht mehr konkurrenzfähig war. Der überwiegende Teil der im Ausland aufgenommenen Kredite wurde nicht für Investitionen eingesetzt,



Betteln vor einem Wahlplakat des neuen argentinischen Präsidenten Carlos Menem.

sondern verschwand — durch den billigen Dollar — sofort wieder für den Kauf von Konsumgütern für die Ober- und Mittelschicht im Ausland oder wurde auf ausländischen Konten angelegt. Während sich die großen und international vertretenen Firmen halten konnten oder profitierten, wurde der Konzentrationsprozeß von einer Desindustrialisierung begleitet, die Investitionsquote sank kontinuierlich und der Staatshaushalt wurde mehr oder weniger ausgeplündert.

Am Ende der Diktatur hatte Argentinien eine jährliche Inflation von über 400% und die Devisenkasse der Zentralbank war so gut wie leer. Die Regierung Alfonsín, die 1983 im Wahlkampf die wirtschaftlichen Korporationen scharf angegriffen hatte, versuchte sich anfangs mit einer nachfrageorientierten Politik, die zwar Reallohnsteigerungen mit sich brachten, aber weder die Inflation in den Griff bekam, noch die Unternehmer zu größeren Investitionen bewegen konnte. Schon 1984 warf die Regierungspartei UCR ihre antikorporatistischen Ideale über Bord und begann Bündnisverhandlungen mit Unternehmerverbänden wie Gewerkschaften u.a. mit dem Motiv, sich politisch den Rücken freizuhalten für den Machtkampf mit den Militärs, deren Kommandeuren unter der Diktatur gerade der Prozeß wegen Verbrechen gegen die Menschenrechte gemacht wurde. Die Regierung lud die „Kapitäne der Wirtschaft" ein, ca. 30 Vertreter der mächtigsten Industriefirmen und -konzerne, versprach ihnen einen Stabilisierungsplan und erhielt dafür Versprechen über Investitionen, die jedoch nie durchgeführt wurden.

Mit dem „Plan Austral", der eine Währungsreform beinhaltete, gelang es zwar vorübergehend, die jährlich Inflationsrate unter 100% zu drücken, die damit verbundenen Lohn- und Preiskontrollen funktionierten jedoch nur in bezug auf die Löhne, die real wieder absackten. Die Gewerkschaften versuchte man ebenfalls einzubinden, u.a. 1987 durch die Ernennung des peronistischen Gewerkschaftsbosses Alderete zum Arbeitsminister, der zur „Gruppe der 15" rechtesten Gewerkschaften gehörte, deren Kooperation mit der Militärdiktatur früher von der UCR heftig kritisiert worden war. Mit dem Erfolg der Peronisten bei der Parlamentsteilwahl im September '87 wurde die Zusammenarbeit wieder beendet. Die „Gruppe der 15" gehörte daraufhin zu den engsten Unterstützern von Carlos Menem im peronisteninternen Wahlkampf um die Präsidentschaftskandidatur und besetzt heute wieder den Posten des Arbeitsministers.

Ende 1988 unterstützten die Wirtschaftspolitik der Regierung nur noch die argentinische Handelskammer und der argentinische Unternehmerverband UIA, der für die letzten Monate noch seinen Schatzmeister Murat Eurnekian als Staatssekretär für Industrie und Außenhandel in der Regierung unterbrachte. Anfang 1989 stellten auch diese beiden Verbände ihre Zusammenarbeit mit der Regierung ein. Von nun an zeigte die exportorientierte Industrie und Landwirtschaft, wer die Macht in Argentinien besitzt.

Die „produktive Revolution" Carlos Menems

Carlos Menem hat mit seinem Wahlkampfslogan „Síganme" (Folgt mir) und Schlagworten von der „produktiven Revolution", „Kultur der Arbeit statt Spekulationskultur", „nationaler Einheit" und „gewaltigen Lohnerhöhungen" vor allem in Arbeitervierteln und in den armen Gebieten und Provinzen Stimmen gewonnen. Allerdings hatten schon vor der Wahl auch einige Unternehmer den zu erwartenden Sieger unterstützt.

Nach der Wahl ist Menems Bündnis noch erheblich breiter geworden. Neben den ewigen Opportunisten, die auf ein Pöstchen hoffen, unterstützen alle einflußreichen Wirtschaftsverbände den neuen Präsidenten. Außerdem gelang es Menem, alle rechten Parteien durch Personalentscheidungen an ihn zu binden:

- Alvaro Alsogaray, Präsidentschaftskandidat und jetzt zurückgetretener Vorsitzender der rechten Partei UCeDé, traditioneller Erzfeind der Peronisten und Funktionär diverser Militärdiktaturen, wurde zum persönlichen Berater Menems in Wirtschaftsfragen ernannt;
- Alsogarays Tochter, ebenfalls UCeDé, wurde Chefin der staatlichen Telefongesellschaft ENTEL (womit die baldige Privatisierung sicher ist);
- Alberto Albamonte, UCeDé, wird Binnenhandelsstaatssekretär;
- Santiago Estrada, gewählter Abgeordneter für das rechte Wahlbündnis CFI kleinerer Provinzparteien, kehrt an seinen Arbeitsplatz als Staatssekretär für Rentenfragen zurück, den er schon während der Militärdikatur innehatte;
- Octavio Frigerio, MID-Vorsitzender, wird Leiter des staatlichen Erdölkonzerns YPF (MID tritt traditionell für die Ausbeutung der Ölvorkommen durch ausländische Konzerne ein) etc.

In der eigenen peronistischen Partei wählte Menem für die wichtigsten Posten ausschließlich Vertreter rechter Parteiströmungen aus, darunter ehemalige Funktionäre von Militärdiktaturen wie Domingo Cavallo als Außenminister oder eine Figur wie Julio César Araos, der während der Diktatur in dem Ruf stand, in der Stadt Córdoba Geschäfte mit dem Besitz von Verschwundenen gemacht zu haben. Er wird jetzt Staatssekretär für Energiefragen.

Die Parteiströmung der „Erneuerer" um den Parteivorsitzenden Cafiero, die vor zwei bis drei Jahren nach zähen internen Kämpfen eine parteiinterne Demokratisierung durchsetzte und damals eine breite Mehrheit hinter sich hatte, ist völlig ausgebootet worden. Außer zwei bis drei Staats- oder Unterstaatssekretärposten fiel nichts für sie ab. Es gab bereits Stimmen, die den Vorsitzenden Cafiero in Frage stellten, außerdem forderten Funktionäre der Gruppe der 15, die sich jetzt die meisten Posten im Arbeitsministerium teilen, bereits den Rücktritt des Generalsekretärs des Gewerkschaftsdachverbandes, Saul Ubaldini, weil dieser Streiks auch unter einem Präsidenten Menem nicht ausschließen mochte. Einige schwere peronisteninterne Kämpfe sind also absehbar.

Das ökonomische Programm Menems stammt aus dem Hause Bunge und Born und wird dementsprechend „Plan B.B." genannt. Er sieht vor, daß die Exporteure kurzfristig 3,5 Mrd. $ bereitstellen. Mit dieser Summe soll der Staat durch billige Kredite den Unternehmern Lohnerhöhungen ermöglichen, ohne daß diese auf die Preise aufgeschlagen werden. Damit soll die darniederliegende Binnennachfrage belebt

werden. Die Gegenleistung des Staates liegt in einem „extrem hohen“ Dollarkurs zur Förderung der Exporte (d.h. neue Abwertung), in der Garantierung des Sozialpaktes mit den Gewerkschaften und in der „progressiven“ Reduzierung des Staatsdefizits.

Um die Staatseinnahmen zu erhöhen, wird ein „sehr harter“ Anpassungsplan vorausgeschickt, der Tariferhöhungen für öffentliche Dienstleistungen, Energie, Post, Benzin etc. vorsieht, und zwar in einer Höhe, die die Maßnahmen des venezolanischen Präsidenten Pérez Anfang des Jahres in den Schatten stellt.

Der Plan B.B., inspiriert vom amerikanischen Ökonometrie-Theoretiker und Nobelpreisträger Lawrence Klein, läuft auf ein Exportmodell mit der Einladung zu ausländischen Investitionen im Billiglohnland Argentinien hinaus, mit Ausbau der Sozialversorgung für die seit Mitte der 70er Jahre marginalisierten Massen, garantiert durch die rechten Gewerkschafter der „Gruppe der 15“ im Arbeitsministerium, die mehrheitlich Wirtschaftssektoren des boomenden Exportbereichs vertreten, so die Textil-, Erdöl- und Chemie-Gewerkschaften sowie die Bankangestellten.

Im Mittelpunkt steht die Konsolidierung des seit der letzten Diktatur dominierenden Wirtschaftsblocks der Industriekonzerne, des Agrar- und Finanzsektors. Die wichtigsten Vertreter finden sich heute in der Gruppe der stärksten Wirtschaftsverbände („Gruppe der acht“): der Industrieverband UIA, die Gesellschaft der Großagrarier SRA, der Börsenverband, die argentinische Handelskammer, die Verbände der in- und ausländischen Banken und zwei Verbände der Bauwirtschaft, die großteils von Staatsaufträgen leben.

Die kleine und mittlere nationale Industrie hat in der gegenwärtigen Krise ihren ökonomischen und politischen Einfluß fast völlig verloren, sie wird nur indirekt vom Plan B.B. profitieren, sollte die Nachfragesteigerung tatsächlich Realität werden. Vorher wird noch eine Reihe weiterer Betriebe Konkurs anmelden müssen, die sich nicht durch Exporte oder Finanzspekulationen über Wasser halten konnten wie die „Großen“. Roberto Alemann, Ex-Wirtschaftsminister aus Diktaturzeiten, hält als Folge der Krise eine Arbeitslosenzahl von 4 Millionen für realistisch.



Die Militärs kehren zurück

Der Abtritt nach fast acht Jahren Diktatur war für die Militärs deprimierend gewesen. Den Malvinenkrieg hatten sie schmählich verloren, ihren „Kampf gegen die Subversion“ wollte zu diesem Zeitpunkt keiner so recht würdigen — in Anbetracht der 30.000 Verschwundenen, die aus den Folterzentren und Konzentrationslagern nicht mehr zurückgekehrt waren. Die Regierung wagte es sogar, die verantwortlichen Kommandeure vor ein ziviles Gericht zu zitieren, nachdem das oberste Militärgericht keine Anhaltspunkte für Menschenrechtsverletzungen gefunden hatte und damit Alfonsíns Traum von einem „Selbstreinigungsprozeß“ bei den Streitkräften wie eine Seifenblase zerplatzt war.

Am Ende der Regierungszeit Alfonsíns hatten die Militärs ihre traditionell starke innenpolitische Machtstellung schon weitgehend wieder zurückerobert. Druckmittel gegen die UCR-Regierung waren drei Militärrevolten der nationalistischen Teile des Heeres unter Führung der Malvinen-Veteranen Aldo Rico bzw. Mohamed Alí Seineldín, sowie die erfolgreiche Niederschlagung der Kasernenbesetzung von La Tablada (siehe auch blätter des iz3w, Nr. 149, S. 14-17). Mit dem „Schlußpunktgesetz“ und dem „Befehlsnotstandsgesetz“ hatte das Parlament 1987 noch mit UCR-Mehrheit Hunderte von Prozessen wegen Verbrechen gegen die Menschenrechte eingestellt. Nach den Ereignissen von La Tablada räumte Alfonsín durch ein einfaches Dekret den Militärs wieder die Möglichkeit ein, auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit tätig zu werden, geheimdienstlich und im Falle von schweren inneren Unruhen. Damit setzte sich Alfonsín über das erst Anfang 1988 vom Parlament beschlossene Nationale Verteidigungsgesetz hinweg, das die Aufgaben der Militärs eindeutig auf die Verteidigung des Nationalgebietes bei Angriffen von außen beschränkte.

Während Alfonsín im Ausland immer noch Medaillen für seine Menschenrechtspolitik zu Beginn seiner Regierungszeit einheimst, beauftragte er bei der Plünderungswelle Ende Mai den militärischen Geheimdienst mit der Ermittlung „subversiver Aktivitäten“, die hinter den Unruhen stehen würden. Unter den Bestimmungen des für 30 Tage im ganzen Land verhängten Ausnahmezustandes wurden über 40 Mitglieder linker Gruppen verhaftet und ohne Anklage und Prozeß festgehalten, z.T. für Wochen. In dem nach den Ereignissen von La Tablada eingerichteten „Nationalen Sicherheitsrat“, in dem auch oberste Generäle vertreten sind, war sich Alfonsín mit seinen „Beratern“ einig, daß ein militärisches Eingreifen gegen die Plünderer nicht nötig sei und die normalen Sicherheitskräfte mit den Unruhen fertig würden.

Mehr Einfluß für die „carapintada“

Mit der Wahl Carlos Menems zum neuen Präsidenten waren die Militärs zwar einverstanden — schätzungsweise 70% der wahlberechtigten Uniformierten haben ihn gewählt — zufriedengestellt sind sie jedoch noch nicht. Zum einen haben sie materielle Probleme. Unter der Regierung Alfonsín wurde der Militärhaushalt erheblich gekürzt, außerdem trifft sie der Reallohnverlust wie alle anderen Gehaltsempfänger.

Schwerer wiegt aus der Sicht der Militärs, daß sie sich noch nicht vollständig rehabilitiert fühlen. Wegen Menschenrechtsverletzungen wurden sieben oberste Militärs rechtskräftig verurteilt (sechs davon sind noch in Haft), gegen 18 weitere laufen immer noch Verfahren. Drei Kommandanten wurden wegen grob fahrlässiger Fehler bei der Kriegsführung um die Malvinen zu je 12 Jahren Haft verurteilt.

Militärs und auch Carlos Menem hatten gehofft und Druck ausgeübt, daß noch die Regierung Alfonsín die Frage der Prozesse durch eine Amnestie oder Begnadigung „lösen“ würde. Dies ist nicht geschehen. Die Personalentscheidungen im Verteidigungs-

ministerium machen allerdings deutlich, daß die Zeit für eine Amnestie jetzt nicht mehr fern ist. Mit Italo Luder wurde ausgerechnet derjenige zum Verteidigungsminister ernannt, der 1975 als damaliger Stellvertreter der Präsidentin Isabel Perón das Dekret unterschrieb, das die Militärs mit der „Subversionsbekämpfung" beauftragte — schon einige Monate vor dem Putsch. Auf dieses Dekret berufen sich die Militärs noch heute in Rechtfertigung ihrer blutigen Repression.

„Offen" sind auch noch Hunderte von Prozessen und Disziplinarverfahren gegen Beteiligte an den Militärrevolten unter Rico und Seineldín, unter anderem die Verfahren gegen die beiden Anführer der wegen ihrer Kriegsbemalung „carapintada" genannten Meuterer. Dieser rechtsradikale Teil der Streitkräfte verfügt über ausgezeichnete Beziehungen zu nationalistischen Teilen der peronistischen Partei, u.a. zum neuen Arbeitsminister Jorge Triaca.

Die „carapintada" hoffen jetzt auf eine militärinterne Amnestie, die jedoch auf den Widerstand bei einem Teil der militärischen Führung stößt, für den der „Bruch der Befehlshierarchie" während der Revolten geahndet werden muß.

Die „carapintada" waren während ihrer Revolten von der UCR-Regierung zu Recht als antidemokratisch, putschistisch und faschistoid bezeichnet worden, während allerdings gleichzeitig in Abgrenzung zu diesen Gruppen den „loyalen" Kräften um die Heeresführung Zugeständnisse gemacht wurden.

Die „carapintada" gehören jetzt zu den loyalsten Anhängern der neuen Regierung. Ihr Einfluß innerhalb der Streitkräfte wird voraussichtlich erheblich ansteigen, außerdem wird der Einfluß der Militärs insgesamt auf die Verteidigungs- und Innenpolitik zunehmen.

Durch das Nachgeben Menems gegenüber den „carapintada" und gegenüber der gesamten Militärkaste wird allerdings noch nicht das Problem des internen Machtkampfes der verschiedenen reaktionären bis faschistischen Fraktionen in den Streitkräften gelöst. Die Bereitschaft zur Unterordnung unter eine demokratisch gewählte Regierung reicht bei allen Fraktionen nur soweit, wie die eigenen Interessen nicht gestört werden. **Harald Paul**



erscheint 10x im Jahr, DM 4

Im **Schwerpunkt** der Nr.127 zwanzig Seiten zur zehnjährigen **internationalen Solidarität mit Nicaragua** in den USA, Katalonien/Spanischer Staat, Japan, Mexico, Guatemala und in der BRD sowie über die praktische Solidarität vor Ort und die Einschätzung durch die NicaraguanerInnen.
Außerdem Beiträge über die französische Revolution und Frankreichs Kolonien in der Karibik, den „Hungertango" in Argentinien, den Superbarrio – einem neuen Volkshelden in Mexico, die sozialen und ökologischen Folgen des Balbina-Staudamms in Amazonien, die Auseinandersetzung um die IGFM auf dem Kirchentag, Nicaragua Solidaritätskongreß in Wuppertal, die Seminare zu „500 Jahre Kolonialismus" in Dietzenbach und „die psychosozialen Folgen von Folter" in Hamburg, das Guatemala-Bundestreffen in Bonn u. a. m.

Der **Schwerpunkt** unseres **Septemberhefts (128)** wird dem **Kokain** gewidmet sein, mit Beiträgen zu den wirtschaftlichen, politischen, sozialen, kulturellen und nicht zuletzt ökologischen Auswirkungen an den Beispielen Bolivien, Kolumbien und Peru (u. a. Sendero Luminoso und die Koka).
Zusätzlich ein Hintergrundbericht zur „Stabilisierung" Boliviens, zu den Alternativen in Panama, Interviews mit Bernardo Jaramillo, dem Vorsitzenden der UP Kolumbiens, der argentinischen Sängerin Mercedes Sosa, dem peruanischen Abgeordneten Yehude Simon und eine Nachlese zur Berichterstattung zu 10 Jahre Revolution in Nicaragua in der linken Presse u. v. m.

Wir möchten auch auf unsere **vergangenen Schwerpunkte** hinweisen: im Januar /Februar **Kuba** – 30 Jahre Revolution, im März **Kolumbien** – Lucha por la vida, im April **Rechte Strategien** gegen Lateinamerika, im Mai 1992 – Kein Grund zum Feiern und im Juni **Argentinien** – Gelegenheit verpaßt.

Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika



Oscar-Romero-Haus
Heerstr. 205
5300 Bonn 1



Die spätkapitalistische Gesellschaft ist die reichste und technisch fortgeschrittenste Gesellschaft in der Geschichte. Sie bietet — oder sollte bieten — die größten und realistischsten Möglichkeiten einer befriedeten und befreiten menschlichen Existenz. Und sie ist gleichzeitig die Gesellschaft, die diese Möglichkeiten der Befriedung und Befreiung auf sehr wirksame Weise unterdrückt. Diese Unterdrückung durchherrscht heute die Gesellschaft als Ganzes und kann daher nur aufgehoben werden durch eine radikale Veränderung der Struktur dieser Gesellschaft.

Herbert Marcuse

***links*, PF 10 20 62, 6050 Offenbach**

Ich hätte gern ein

○ Probeheft / ○ Abonnement der *links*

Name:

Straße:

Ort:





Kohl(e) für Cory

Zum Besuch von Aquino in der BRD

Die katholische Präsidentin besucht eine Messe im Aachener Dom, kniet nieder und betet. Die populäre Präsidentin empfängt Filipinas, die in der Bundesrepublik leben. Die demokratische Präsidentin fliegt nach West-Berlin, um an der Mauer vor der Bedrohung der Freiheit durch den Kommunismus zu warnen. Die friedliebende Präsidentin legt einen Kranz für die Opfer der Weltkriege nieder. Das waren die Bestandteile des offiziellen Programms der philippinischen Präsidentin Corazón Aquino bei ihrem Staatsbesuch Anfang Juli in der Bundesrepublik. Es sind Bestandteile des Stoffs, aus dem — unterstützt durch entsprechende Fernsehbilder und Kommentare — politische Legenden gewoben werden. Und die beständige Legende aus den Philippinen, die hierzulande verbreitet wird, lautet, daß dort eine katholische, populäre, demokratische und friedliebende Präsidentin namens „Cory" Aquino nicht nur einen Diktator verjagt, sondern sogar die Demokratie wiederhergestellt habe.

Störend bei der propagandistischen Verbreitung dieser politischen Fiktion sind nur die Fakten: so ist diese Präsidentin nicht nur katholisch, sondern stammt zudem aus einer der größten Großgrundbesitzerfamilien des Landes, weshalb sie deren Interessen verteidigt. Die von ihr unterzeichnete „Landreform" blieb schon deshalb eine Farce. Sie fand zwar nicht die Unterstützung der hungernden Landbevölkerung, dafür aber den Segen der rechtskatholischen Kreise Manilas, die sich der international agierenden Organisation „Opus Dei" angeschlossen haben. Und so ist es keinesfalls zufällig, daß Aquino den Dom zu Aachen besucht. Denn diese Stadt gilt als die bundesdeutsche Zentrale der reaktionär-katholischen Vereinigung „Opus Dei"

Das gewünschte Bild stört auch der Hinweis darauf, daß viele der tausenden Filipinas, die in der Bundesrepublik leben und von denen die Präsidentin einige (Auserwählte) empfängt, ihr Land verlassen mußten, weil auch unter Aquinos Regime weiterhin zwei Drittel der philippinischen Bevölkerung in Armut und Elend leben. Vom demokratischen Image, das sich diese Präsidentin zuzulegen versucht, bleibt wenig, wenn bekannt wird, daß fast alle philippinischen ParlamentarierInnen im neu geschaffenen Kongreß zu den reichen Eliten gehören, die schon unter Diktator Marcos die Macht untereinander ausgehandelt haben. Es stört zu wissen, daß Aquino die repressive Arbeitsgesetzgebung der Diktatur bis heute in den Betrieben anwendet. Das Streikrecht hat die Präsidentin sogar noch weiter beschnitten, wovon auch bundesdeutsche Firmen wie adidas oder Triumph in Manila profitieren. Zum Bild der friedliebenden katholischen Heldin der „Rosenkranz-Revolution" paßt schon gar nicht, daß die Präsidentin der philippinischen Befreiungsbewegung NPA (New Peoples Army) nicht nur wörtlich „den totalen Krieg" erklärt hat, sondern daß sie diesen Krieg auch tagtäglich führt. Betroffen davon sind weite Teile der Bevölkerung. Denn Aquinos Militär, Polizei und die von ihr gebilligten und geförderten „Vigilantes" (Todesschwadrone nach zentralamerikanischem Muster) gehen längst auch wieder gegen jede legale Form von Opposition vor: gegen christliche Basisgemeinden wie gegen GewerkschafterInnen, gegen die Organisationen der Bauern wie die der Frauen. Allein von Januar bis November 1988 registrierte die philippinische Gefangenenhilfsorganisation „Task Force Detainees" 2235 illegale Verhaftungen, 636 Fälle von Folter und 241 politische Morde.



Ein philippinischer Journalist beschreibt die jüngste „Befriedungsaktion" der frommen Präsidentin „Cory" so: *„Am 22. April 1989 starteten die Militärs eine großangelegte Operation mit Bomber-Flugzeugen, Hubschraubern und Artillerie im Süden der Provinz Negros, wo sie die Guerilla vermuten. Die Folgen: Über 30.000 Menschen wurden aus ihren Dörfern vertrieben. Sie fliehen, ein paar Habseligkeiten auf dem Rücken, mit ihren wenigen Farmtieren. Es sind die klassischen Vietnam-Bilder von der Säuberung einer Region durch das Militär, der größte Flüchtlingsstrom in unserem Land seit dem zweiten Weltkrieg. Diese Vertreibung wird mit Unterstützung aller philippinischen Regierungsbehörden betrieben."* Hierzulande wird eine Präsidentin, die für Militärterror dieser Art verantwortlich ist, vom Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zu den Klängen einer Bundeswehrkapelle „mit allen militärischen Ehren" empfangen. Und das ist nicht einmal eine Ironie des Schicksals. Schließlich besucht die philippinische Präsidentin die Bundesrepublik mit der erklärten Absicht, sich genau für diese Politik, die Repression an die Stelle von Veränderungen setzt, bundesdeutsche Unterstützung zu sichern. Vor ihrem Abflug aus Manila sagte sie in einem dpa-Interview, sie suche bundesdeutsche Wirtschaftshilfe, um damit „der Guerilla die Spitze zu brechen".

Dieses Vorhaben muß ihr keineswegs abwegig erscheinen. Denn längst helfen bundesdeutsche Steuergelder auf den Philippinen bei der „Aufstandsbekämpfung".



Aquinos vergeblicher Versuch in der Menge zu baden Foto: A. Wilms-Schröder

Im Mai dieses Jahres hat die Bundesregierung auf der Halbinsel Bondoc, 200 Kilometer südlich der philippinischen Hauptstadt Manila, ein ländliches „Infrastrukturprogramm" begonnen, für das — allein für die ersten drei Jahre — 30 Millionen DM bewilligt wurden. Das Projekt sieht vor allem den „Bau von Straßen" vor, die dem Militär das Eindringen in ein unwegsames Guerilla-Gebiet erleichtern werden. Auch „soziale Hilfsmaßnahmen", wie Bewässerungsprojekte, sollen nur denjenigen zu Gute kommen, die die dort bestehenden radikalen Bauernvereinigungen verlassen und in neu gegründete, von der Provinzregierung, sprich: den Militärs, kontrollierbare Organisationen eintreten. Dieses BMZ-Projekt entspricht damit genau den zwei Komponenten der Aufstandsbekämpfungs-Strategie der philippinischen Regierung, die nach brutaler militärischer „Säuberung" von Guerilla-Gebieten die „Befriedung" der betroffenen Bevölkerung mit Hilfe von „Sozialprogrammen" vorsieht.

Darüberhinaus will Aquino die Bundesregierung für eine Beteiligung an einem sogenannten „Mini-Marshall-Plan" gewinnen. Dieses „Philippine Assistance Program" soll finanzielle Hilfen in Höhe von 10 Milliarden Dollar in den nächsten fünf Jahren umfassen und wird von der Weltbank koordiniert. Vorgeschlagen wurde es von den USA. Ein Protokoll des Unterausschusses für Asien und den Pazifik des US-Repäsentantenhauses enthüllt, daß damit vor allem der weitere Erhalt der gigantischen US-Militärbasen auf den Philippinen gegen die wachsende Opposition im Land gesichert werden soll. Dort heißt es: „Obwohl die multinationale Hilfsinitiative nicht direkt in Bezug zu den bevorstehenden Verhandlungen Ende des Jahres steht, wird ihre erfolgreiche Umsetzung zu einem günstigen Klima auf den Philippinen für die Verlängerung des Stützpunkteabkommens beitragen."

Die Bundesregierung soll also — von NATO-Partner zu NATO-Partner — helfen, die gemeinsamen strategischen und ökonomischen Interessen auf den Philippinen und im Pazifik zu sichern. Der Koordinator dieses „Philippine Assistence Programs", Roberto Villanueva, war deshalb einer der wichtigsten Begleiter der Präsidentin bei ihrem Staatsbesuch. Und Aquino erreichte was sie wollte. 1989 stellt die Bundesregierung ihrem Regime 110 Millionen DM „Entwicklungshilfe" zur Verfügung. Das ist eine Steigerung um 50 Prozent. Und für das „Aufbauprogramm" versprach BMZ-Minister Jürgen Warnke — „vorbehaltlich der parlamentarischen Zustimmung" „300 Millionen DM in den nächsten drei Jahren."

Doch jeder Dienst hat seinen Preis und deshalb erleichtert die philippinische Präsidentin im Gegenzug die Absatz- und Investitionsmöglichkeiten für ausländische — auch bundesdeutsche — Kapitalgruppen. Im Mai stimmte die Aquino-Regierung den jüngsten IWF-Auflagen zu, die — neben einem Stop der Löhne bei gleichzeitiger Erhöhung der Preise für Grundnahrungsmittel wie Reis — den Wegfall von 400 der letzten Importbeschränkungen beinhalten. Und im Schlepptau der offiziellen Aquino-Delegation besuchte eine weitaus größere und nicht nur zahlenmäßig bedeutsamere Wirtschaftsdelegation der „Philippine Chamber of Commerce and Industry" (Philippinische Industrie und Handelskammer) die Bundesrepublik, um zum Beispiel Siemens und MBB zu weiteren Investitionen im Land der Billiglöhne zu ermuntern. 30.000 GewerkschafterInnen demonstrierten am 1. Mai in Manila gegen diesen von Aquino betriebenen „weiteren Ausverkauf der nationalen Wirtschaft auf Kosten der Arbeiter". Die Protestierenden wurden mit Schlagstöcken, Tränengas und scharfer Munition auseinandergetrieben — auch im Interesse bundesdeutscher Unternehmer. Für sie ist das Investitionsklima nur dann „günstig", wenn Ruhe herrscht im Land, in den städtischen Fabriken ebenso wie auf den exportorientierten Großplantagen.

Nur für den Versuch, diese Ruhe gegen die wachsende Opposition auf den Philippinen zu sichern, erhält die katholische Präsidentin die bundesdeutschen Silberlinge, auch wenn der zuständige Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke, noch so oft wiederholt, Präsidentin Aquino verdiene „unsere Achtung, weil sie dem Aufbau der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte verpflichtet" sei.

Karl Rössel

Kalkulierte Inkohärenz

ARENA marschiert auf dem Weg zum totalitären Staat

Als Anfang Juni Alfredo Cristiani zum neuen Präsidenten El Salvadors gekürt wurde, feierte seine Partei, die ultrarechte ARENA, den letzten Schritt, der zur Übernahme der totalen Macht noch gefehlt hatte. Das Nationalparlament, zwei Drittel der Gemeindevertretungen, die Schaltstellen in der Justiz und die wichtigsten Medien des kleinen mittelamerikanischen Landes hatte ARENA zuvor schon unter Kontrolle gebracht. Seit der Besetzung der Exekutivgewalt gibt es im gesamten salvadorianischen Staatswesen keinen Bereich mehr, den die Partei der Oligarchie unter den Militärs nicht offen und formal dominiert. Lauthals grölt seitdem das Parteivolk die ARENA-Hymne, die den hunderttausendfachen Mord verheißt: *„El Salvador wird das Grab der Roten sein."*

Zwei Monate nach der Amtseinführung des neuen Kabinetts zeichnet sich — aller Machtfülle zum Trotz — noch immer keine kohärente Politik ab. Gestritten wird über wirtschaftspolitische Fragen, vor allem aber über die Art der Kriegsführung, die künftig zur Bekämpfung der immer stärker gewordenen Befreiungsarmee der FMLN eingeschlagen werden soll. Vollmundig fordern die Hardliner unter den Militärs die Abkehr von der US-gestützten Strategie des „Low-Intensity-Conflict". Denn schneller und effektiver käme der offene Krieg zum Ziel, und wenn dies 100.000 oder 200.000 Tote zur Folge hätte. Die vermeintlichen „Tauben" verweisen auf die Bedeutung der 2 Mio. US-$ Militär- und Wirtschaftshilfe, die tagtäglich von den USA ins Land gepumpt werden, und ohne die nichts mehr in El Salvador funktionieren würde. Den USA aber scheint gegenwärtig an einer Eskalierung des Krieges nicht gelegen zu sein, zumindest nicht an einem Krieg, der in der Weltpresse Schlagzeilen machen würde.

Alfredo Cristiani, der Sproß einer schwerreichen Kaffeeplanzerfamilie, hält sich bei all den Auseinandersetzungen bedeckt. Der Pharmagroßhändler mit einem Diplom der Washingtoner Georgetown-Universität kümmert sich lieber um die Pflege seines moderaten Images. Im Ton des weltgewandten Politikers plaudert er über die Konzepte, mit denen er El Salvador aus der schweren ökonomischen Krise herausführen will, die Reprivatisierung der Banken, die Aufhebung der Staatsmonopole im Außenhandel und die Beseitigung der Überreste jener Agrarreformbemühungen, mit denen sein Vorgänger, Napoleon Duarte, so nachhaltig gescheitert war. Getreu den neoliberalen Vorbetern in aller Welt setzt Cristiani auf den totalen Markt. Nur ein von allen staatlichen Einmischungen erlöstes Unternehmertum garantiere den Aufschwung.

„Man kann nicht von einer Reaktivierung der Wirtschaft reden, ohne zuvor einen militärischen Sieg über den Feind erlangt zu haben", kontert Orlando de Sola, Präsident des freien Unternehmertums und zugleich einer der härtesten Vertreter der Oligarchie. *„Das Ziel darf nicht der Frieden sein, sondern der Sieg, der den Krieg beendet."* Bei jenem Teil der ARENA-Basis, die den Wahlsieg nun auch auskosten möchte, trifft de Sola auf offene Ohren. Vor allem die Todesschwadrone fühlen sich durch solche Aufforderungen ermuntert, und langsam kehren die altbekannten Kommandeure der Killerkommandos, die während der Amtszeit Duartes aus Opportunitätsgründen das Land verlassen mußten, nach El Salvador zurück. Private Sturmbataillone entstehen, die ihre schmutzigen Dienste anbieten. Über 500 Menschen sind seit dem ARENA-Wahlsieg im März den mörderischen Aktivitäten der Todesschwadrone zum Opfer gefallen. 352 Personen wurden willkürlich verhaftet, 57 „verschwanden", so die Bilanz der regierungsunabhängigen Menschenrechtskommission bis Mitte Juni. *„Wir wissen, daß jeder vor uns der nächste sein kann"*, sagte mit im April Isabel Hernandez vom „Christlichen Komitee für die Kriegsvertriebenen El Salvadors" (CRIPDES), kurz bevor sie selbst verhaftet wurde und nach schwerster Folter hinter Gefängnismauern verschwand. Alle, auch die einfachen Mitglieder der unabhängigen Gewerkschaften, der Frauenorganisationen, Arbeitslosenkomitees, Mütterverbände und selbst der Kirchen sind bedroht.

Mit Attentaten und offenem Terror bereiten rechte Kommandounternehmen das Terrain für die Verschärfung der Repression vor. Am 9. Juni, kurz nach seiner Amtseinführung wurde der Präsidialamtsminister Rodriguez Porth ermordet. Kaum jemand zweifelt daran, daß Oberst Bustillo, der beinharte Luftwaffenchef und Intimus von Roberto d'Aubuisson, ARENA-Gründer und Drahtzieher der Todesschwadrone, den Anschlag veranlaßt hat. Aus Rache, denn Porth soll es gewesen sein, der die Ernennung Bustillos zum neuen Verteidigungsminister verhindert hat. Derweil bemüht sich ein alter Pokerfreund d'Aubuissons, der ARENA-Innenminister und Vizepräsident Francisco Marino, den Terror der eigenen Partei gegen die Volksorganisation zu wenden, die er kurzerhand als „Tarnorganisationen" der FMLN diffamiert. Öffentlich bezichtigt Marino katholische Geistliche der Kollaboration mit der Guerilla. Eine offene Morddrohung, die die Todesschwadrone geradezu staatlich lizensiert.

Er solle Cristiani nicht verärgern, warnte Mitte Juni der US-Vizepräsident Dan Quayle den starken Mann im Hintergrund, Roberto d'Aubuisson. Doch der Präsident, so scheint es, ärgert sich gar nicht. Mit einer bemerkenswerten Ruhe verfolgt Cristiani die Entwicklung, wofür er vom Erzbischof Rivera y Damas bereits öffentlich gelobt wurde. Diese Ruhe freilich gibt zu denken.

Die Gleichzeitigkeit von moderatem Image und offenem Staatsterror scheint weniger der Ausdruck einer fehlenden Kohärenz der ARENA-Politik zu sein als vielmehr einer kalkulierten Strategie zu folgen. Es ist eine geschickte Arbeitsteilung, die einer Methode abgeschaut ist, die die Repressionskräfte El Salvadors allerdings seit

langem in Perfektion beherrschen: die Folter.

Jede paradoxe Botschaft, jede Zweideutigkeit schafft Verwirrung. Darauf setzt die wissenschaftlich fundierte Folter, die planvoll mit solchen Situationen arbeitet, um die Widerstandskraft der Gefangenen zu brechen. Aus den Berichten Gefolterter ist bekannt, wie der Haß und die Selbstachtung, die für die Abwehr notwendig sind, zusammenzubrechen drohen, wenn nach der physischen Folter ein Offizier auftritt, der sich korrekt und anständig gibt. Plötzlich ist das Opfer in der Zweideutigkeit gefangen, denn der vermeintlich „gute" Offiziert verfolgt ja kein anderes Ziel wie der „böse" Folterer. Mit der Verwirrung, die nun eintritt, geht die Fähigkeit verloren, zwischen gut und schlecht zu unterscheiden. Das Resultat einer solchen systemastischen Zerstörung der Bezugs- und Abwehrsysteme ist die Regression in den Zustand einer völligen Abhängigkeit und die Aufgabe der eigenen psychischen Identität. Nicht wenige Opfer werden zu lebenden Toten, die in ihrem Denken und ihrer Wahrnehmung von der Manipulation durch andere abhängig bleiben.

Die Foltermethoden sind in den letzten 50 Jahren systematisch weiterentwickelt worden, und zunehmend deutlicher wird heute, daß die Folter zur Manipulation und Einschüchterung ganzer Bevölkerungen eingesetzt werden kann.

Alle entscheidenden Ministerien El Salvadors sind auffallend doppelt besetzt. Dem „gemäßigten" Präsidenten ist mit Marino ein Vize beigeordnet, der keine Gelegenheit ausläßt, den Ausnahmezustand, die Todesstrafe oder die Verhängung des Kriegsrechts zu fordern. General Larios Lopez, der neue Verteidigungsminister, ein Verfechter des „Low-Intensity-Conflict", hat gleich zwei Scharfmacher an seiner Seite: Oberst Zepeda, der zuvor Kommandeur der berüchtigten 1. Brigade war, und Oberst Montana, der in kürzester Zeit mit bemerkenswerten Gesetzesvorschlägen von sich Reden machte: darunter die zentrale Registrierung der Fingerabdrücke der gesamten Bevölkerung über zwölf Jahre.

Nach wie vor setzen ausländische Diplomaten auf den korrekt wirkenden Cristiani, und mehr und mehr macht sich Verwirrung auch in El Salvador breit, zumindest in den größeren Städten, wo wirtschaftliche Perspektivlosigkeit und Kriegsmüdigkeit bereits so manchen Wähler in die Fänge der ARENA getrieben haben. Die Strategie des „Low-Intensity-Conflict" erweist sich an dieser Stelle vor allem als ein psychologischer Krieg, der in El Salvador heute auf einer höheren Ebene seine Fortsetzung findet.

Mit dem gesamten Repertoire ihrer Möglichkeiten: mit militärisch-polizeilichen, psychologischen und zunehmend auch mit legalisierten Mitteln zielt die Repression auf die schrittweise Umgestaltung des Staates in einen modernen totalitären Herrschaftsapparat, der nur noch eine Freiheit zu verteidigen hat: die Freiheit des Privateigentums.



Noch ist nichts entschieden — **Foto: Radio Farabundo Marti**

Alles, was diesen Prozeß stören könnte, soll aus dem Weg geräumt werden, zuallererst der „demokratische Raum", der in den Jahren der Duarte-Regierung unter großen Verlusten von den Massenorganisationen erfochten wurde.

Mit Hochdruck arbeitet die ARENA-Regierung an einer neuen Gesetzgebung, die allerdings eine weitreichende Beschneidung der Grund- und Bürgerrechte zum Inhalt haben wird. Ein „Antiterrorgesetz", nur zwei Wochen nach der Machtübernahme im Parlament eingebracht, sieht vor, sämtliche Vergehen, die im Zusammenhang mit „bewaffneten Gruppen und deren Tarnorganisationen" begangen werden könnten, der zivilen Gerichtsbarkeit zu entziehen und vor Militärtribunalen zu verhandeln. Nicht nur ausgeführte oder versuchte Taten ständen unter Strafe, sondern auch solche, „die begangen werden könnten". Für eine vorläufige Festnahme soll bereits der Verdacht oder einer jener Hinweise genügen, die über das landesweite Netz von Denunzierungsbüros, deren Einrichtung Merino angekündigt hat, eingehen könnten. Tritt das Gesetz in Kraft, wäre der Willkür Tür und Tor geöffnet: ganz legal.

Anstelle des unzeitgemäß gewordenen diktatorialen Unrechts und jener anrüchigen Repression, die sich heute noch in der Grauzone insgeheim operierender Todesschwadrone bewegt, soll ein „starker Staat" entstehen, der mit weniger anrüchigen, weil gesetzlich verankerten Mitteln das Gleiche erreicht: die Niederwerfung jeglichen Widerstandes der wirtschaftlich Ausgeschlossenen.

Trotz der düsteren Perspektive ist der Krieg in El Salvador noch nicht entschieden: denn gegen das totalitäre Projekt von ARENA steht ein massenhafter Widerstand vor allem der ländlichen Bevölkerung. Seine Stärke ist nicht alleine über die Anzahl der verfügbaren Waffen zu ermessen, sondern auch über das, was der ehemalige KZ-Häftling Bruno Bettelheim „Das bewußte Herz" genannt hat. Während der mehrstündigen Belagerung von CRIPDES, die mit der Verhaftung von 60 Personen endete, habe ich diese Form der Widerstandskultur erlebt. Trotz der kaltlächelnden Drohung, uns alle umzubringen und trotz aller Versuche, die Eingeschlossenen psychisch zu zermürben, gab es zu keiner Zeit Anzeichen von Panik. Die Menschen behielten ihre würdevolle Haltung und nutzten selbst die bescheidensten Gründe, um ihr Selbstwertgefühl gegen die Bedrohung zu verteidigen. Noch in der extremen Situation der Stürmung des CRIPDES-Gebäudes und der unmittelbaren Konfrontation mit den Soldaten gelang es ihnen, das ganze militärische Gehabe zu entzaubern und auf einfache menschliche Handlungen zurückzuführen, denen sie sich moralisch haushoch überlegen wußten. *„Wir können es nicht erlauben, daß diese Leute alleine bestimmen, wie die Welt aussieht."*

Thomas Gebauer

medico international unterstützt die salvadorianischen Volksorganisationen beim Aufbau einer landesweiten medizinischen Notversorgungsstruktur. Spenden für die medizinische Hilfe für El Salvador auf das Konto 1800 Frankfurter Sparkasse (BLZ 500 501 02), Stichwort: El Salvador.

Bildungsreform im Schlepptau der Weltbank



Staatspräsident Jerry Rawlings bei einer öffentlichen Kundgebung

Kurz nach der Machtübernahme Ende 1981 hatte sich die PNDC-Regierung (Provisional National Defence Committee) unter der Führung des Fliegerleutnants Jerry Rawlings einem beispiellosen Wirtschaftsprogramm unter der Regie von IWF und Weltbank unterworfen. Fast auf den Tag genau sieben Jahre später gab sie ein weitreichendes Reformprogramm des Bildungssystems bekannt, bei dem die Federführung der Weltbank offensichtlich wird. Die Folgen werden nicht weniger fatal als in der Wirtschaftspolitik ausfallen.

Als K.B. Asante, Minister für Erziehung und Kultur, am 16. Dezember 1988 in Accra seine Bildungsreform der Öffentlichkeit vorstellte, mußte er sich gleich drei Beamte zur Seite stellen, die eifrig bemüht waren, die Reform ihres Chefs zu verteidigen. Asante stellte gleich zu Anfang klar: Als allgemeines Kriterium gelte fortan, daß die Regierung sich nicht mehr für den Lebensunterhalt der rund 8000 ghanaischen Studenten zuständig fühle wie bisher. Wie für andere Politikbereiche gelte künftig auch für das Bildungs- und Erziehungssystem die Zauberformel der Weltbankstrategen: „Costeffectiveness" — also Kostendeckung — nun auch im Bildungsapparat. Was der Minister der Zuhörerschaft mit dieser euphemischen Umschreibung als Weihnachtsgeschenk präsentierte, bedeutet nicht weniger als die Abkehr von der „free education", wie sie 1957 von Nkrumah eingeführt wurde und die jahrzehntelang Vorbildcharakter und Anziehungskraft für ganz Afrika besessen hatte.

Erosion des Ausbildungssystems

Noch bis Mitte der 70er Jahre besaß Ghana eines der am besten entwickelten Bildungssysteme in Westafrika. Heute vollzieht sich die staatliche Ausbildung auf drei Hauptebenen: Es gibt rund 6000 Grundschulen und 4591 Mittelschulen (Secondary und Junior Secondary Schools eingeschlossen), des weiteren 28 technische und 25 sonstige Fachschulen auf der mittleren Ebene (Second Cycle Education), sowie 4 Polytechnics, eine Art Fachhochschule und drei Universitäten.[1] Dazu kommen noch 41 Ausbildungsstätten für Lehrkräfte.

Die zunächst beeindruckenden Zahlen verschleiern allerdings den tatsächlichen Zustand. Als indirekte Folge des wirtschaftlichen Niedergangs[2] hat sich nunmehr auch die Qualität des Bildungssystems fatal verschlechtert. Jahrelange Budgetkürzungen führten zu permanenten Engpässen, verwahrlosten Schulgebäuden und mangelnder Ausstattung. Das Lehr- und Unterrichtsmaterial ist, wenn überhaupt vorhanden, äußerst knapp und in einem miserablen Zustand. Infolge von Gehaltseinsparungen kam es während der 80er Jahre zu starken Abwanderungen qualifizierter Lehrkräfte in die angrenzenden Nachbarländer. Der Lohn reichte zum Leben nicht mehr aus. Um den Lehrbetrieb mehr schlecht als recht aufrechtzuerhalten, mußte neues Personal eingestellt werden, so daß momentan rund jede/-r zweite LehrerIn ohne Ausbildung unterrichten muß.

Der Anteil der staatlichen Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt sank von 6,4% (1976) auf 1% (1983). 1986 ist er infolge von Lohnerhöhungen wieder leicht angestiegen und wird nunmehr auf 3,3% geschätzt. Mit dieser Quote liegt Ghana jedoch immer noch auf dem unteren Niveau im Vergleich zu anderen afrikanischen Ländern. Schließlich hat sich im Bildungssystem die IWF-Roßkur besonders deutlich niedergeschlagen: Zwischen 1979 und 1985 sanken die Haushaltsausgaben für das Bildungswesen real um zwei Drittel.[3]

Steigende Einschulungszahlen machen jedoch eine Veränderung des Systems notwendig, um dessen Kapazität vor allem im

Grundschulbereich zu erhöhen. Da die IWF-Auflagen eine Anhebung der staatlichen Bildungsausgaben verbieten, bleibt nur eins: Der Bildungshaushalt muß intern umgeschichtet werden, es findet also eine Art „interne Anpassung" statt. Gespart wird künftig an den Universitäten und Fachhochschulen, profitieren sollen davon die Primary Schools, also die Primärebene. Zudem verspricht sich die Weltbank dadurch auch neue Finanzierungsquellen. Die Zahl der in Ghana zugelassenen Privatschulen wird nach Meinung der Bank rasch ansteigen und dadurch das Staatssäckel zusätzlich entlasten. Das Weltbankallheilmittel Privatisierung soll also auch im Bildungsbereich Wunder vollbringen.

Das Einsparungskonzept im Bildungsbereich über Kostendeckung auf der Hochschulebene, Privatschulen im Primär- und Sekundärbereich und die Einführung von Studiendarlehen dürfte auch die künftige Politikempfehlung für andere Länder sein. Ghana ist wieder einmal mehr Versuchskaninchen, derzeit prüft die Bank in Pakistan, Senegal und Malawi, ob dort ähnliche Reformen durchzusetzen sind.

Die Kosten der „Sanierung"

Das nun anlaufende Reformpaket zielt in erster Linie auf die weiterführenden Ausbildungsgänge, insbesondere der Fachschulen und der Universitäten, obwohl sich mittelfristig auch die Grundschulerziehung verteuern wird.[4] Der Kostenanteil der höchsten Ausbildungsstufe am Bildungsetat soll durch folgende Maßnahmen von derzeit rund 30% auf 22% gesenkt werden.

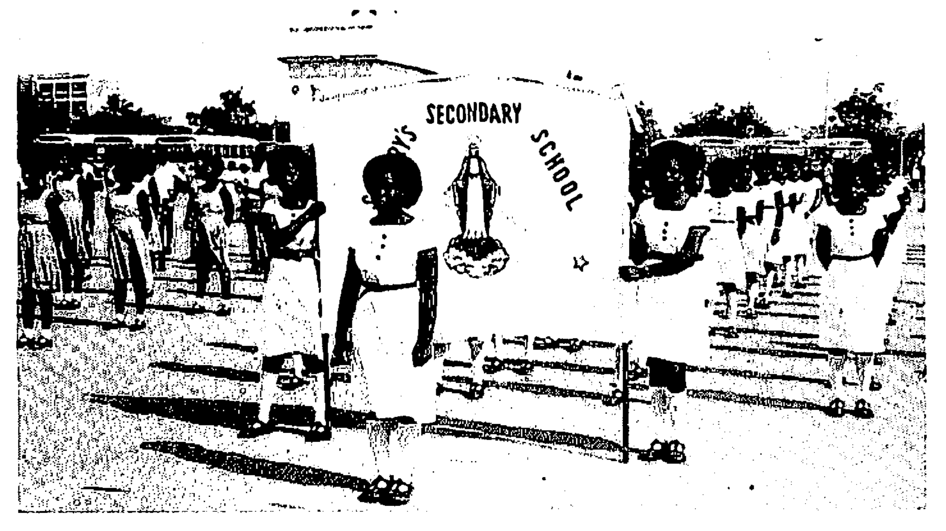
- Die staatliche Förderung wird auf Darlehensbasis umgestellt und soll verzinst zurückgezahlt werden.
- Für universitäre Dienstleistungen wie Unterkunft, Bibliotheksbenutzung, etc. werden Gebühren erhoben.
- 20-30% aller nichtunterrichtenden Angestellten werden entlassen.

Die genauen Einsparungssummen infolge der Reform sind derzeit nocht nicht auszumachen, da das eingesparte Kapital teilweise wieder investiert werden muß. Will Ghana sein derzeitiges Ausbildungsniveau halten, müssen nach Schätzungen der Weltbank künftig 1500 Klassenzimmer pro Jahr gebaut werden und allein für die Secondary Schools 5 Millionen Schulbücher gedruckt werden. Dennoch geht die Bank in ihren Szenarien davon aus, daß allein 1989 rund 10% des Bildungsetats eingespart werden können.

Neben den Entlassenen sind die Studenten am härtesten betroffen: Die bisherige Unterhaltsförderung von 51 Cedis pro Tag („daily student feeding allowence, »PAYE«", entspricht derzeit ungefähr 27 Pfennigen) sowie das jährliche Büchergeld von 5000 Cedis wurden zum Beginn des neuen Akademischen Jahres Anfang Februar ersatzlos gestrichen. An deren Stelle ist nunmehr ein staatliches Kreditschema getreten, das den StudentInnen einen Kredit von jährlich bis zu 50.000 Cedis, also ungefähr 265 DM einräumt. Künftig bekommen Studierende eine Sozialnummer zugeteilt, über welche die Kredite abgewikkelt werden sollen. Die Trägerschaft und die genauen Ausführungsbestimmungen waren zunächst unklar, mittlerweile hat sich jedoch die Social Security and National Insurance Trust (SSNIT), eine staatliche Versicherung, zur Abwicklung bereiterklärt.[5]

Mit diesem Maßnahmenpaket hat der PNDC einem Bildungskonzept zugestimmt, wie es von der Weltbank lange favorisiert und der ghanaischen Regierung nahegelegt wurde. Der Grundgedanke ist so uniform wie die gesamte Weltbankpolitik: *„In manchen Ländern überschreiten die Unterhaltszuschüsse an viele Studenten den Kostenaufwand für Unterkunft, Verpflegung und Fahrgeld."*[6] Angesichts der tatsächlichen Verhältnisse kann diese Einschätzung nur noch als höhnisch bezeichnet werden. Mit der bisherigen Unterhaltsförderung konnte man sich Ende 1988 gerade noch eine Mahlzeit am Tag leisten, das „Büchergeld" für ein ganzes Studienjahr reichte nicht einmal mehr für eine einzige Anschaffung.

Die Weltbank honoriert die Reformwilligkeit ihres speziellen Zöglings auch prompt mit einem Sonderbeitrag im jüngsten Weltentwicklungsbericht von 1988. Darin heißt es: *„Mit gewisser internationaler Unterstützung begann die gegenwärtige Regierung mit der Sanierung ihres Erziehungswesens."*[7] Was schönfärberisch „Sanierung" genannt wird, ist tatsächlich eine radikale Umgestaltung des Erziehungssystems, die langfristig negative Folgen bringen wird. Die Weltbank scheut sich aber nicht noch einen Schritt weiterzugehen, um in gewohnter Manier die Tatsachen auf den Kopf zu stellen. Zitat: *„Für die höheren Schulen und die Hochschulen werden Darlehenssysteme und Stipendienprogramme entwickelt, um den Schulbesuch auch für ärmere Studenten zu ermöglichen."*[8]



Fatale Folgen

Tatsächlich wird durch das neue Darlehenssystem das Gegenteil eintreten. Gerade ärmere StudentInnen werden in Zukunft kaum mehr studieren können. Vergleichbar mit der hiesigen Bafög-Novellierung wird es auch in Ghana zu einer noch stärkeren Konzentration einkommensstarker Familien an den Universitäten kommen, als dies ohnehin schon der Fall ist. Das Studium wird künftig noch teurer werden. Bei unsicheren Berufschancen werden es sich ärmere Familien fortan zweimal überlegen müssen, ob sie ihren Kindern ein Studium ermöglichen können oder nicht. Umverteilung von unten nach oben.

War Bildung während der letzten 30 Jahre in Ghana noch relativ frei zugänglich, wird sie künftig wieder zum Klassenprivileg verkommen. Ob dies den derzeitigen Strukturen innerhalb der Universität zugute kommt, ist zu bezweifeln. Momentan studiert bereits ein Drittel aller ghanaischen StudentInnen im Ausland. Der Anteil dürfte sich noch erhöhen. Zusätzlich sind davon die Frauen in besonderem Maße betroffen. An den Unis gibt es knapp ein Drittel Frauen, auch hier wird die Reform ihre Spuren hinterlassen und den Frauenanteil weiter nach unten drücken.

Fatal wird die Situation allerdings für den ghanaischen Norden werden. Die Bildungsmöglichkeiten konzentrieren sich alle auf die südlichen Landesteile. Bereits under der alten Förderungsregelung war es für die Bewohner der Upper East, Upper West und Brong Ahafo Region schwer genug, das Ausbildungsangebot des Südens in Anspruch zu nehmen. Weite Entfernungen zu den Eltern, entsprechende Fahrtkosten und mangelnde Versorgung von sonstigen Familienmitgliedern benachteiligten bislang die nördlichen Regionen stark. Das interne Nord-Süd-Gefälle wird durch die Neuregelung wesentlich verstärkt werden, der ohnehin strukturschwache, agrarisch ausgerichtete Norden wird noch stärker isoliert und vom Süden abgekoppelt, da das Kreditschema nicht differenziert. Egal wo man herkommt, der Kredit muß reichen.

Doch nicht allein prinzipielle Bedenken sprechen gegen die Reform. Auch auf die grundlegenden immanenten Probleme hatte nicht mal Erziehungsminister Asante Antworten bereit, als er sein Konzept präsentierte. Wie solle man als arbeitsloser Akademiker die Kredite zurückbezahlen,

wollte ein Zuhörer wissen? Dazu Asante: „*Then we are in trouble.*“ Er weiß wohl nur zu gut, daß die „Selbstfinanzierung“ à la Weltbank über einen revolvierenden Stipendientopf unter den derzeitigen ghanaischen Verhältnissen kaum funktionieren wird. Und daß die Kredithöhe doch ungenügend wäre, wie ein weiterer Zuhöhrer meinte, mußte Asante ebenfalls einräumen, aber man bemühe sich, führte er an, im Privatsektor „Ferienjobs“ für die Studenten einzurichten — ein Vorschlag, über den angesichts der Arbeitsmarktsituation im Saal niemand mehr lachen konnte.

Eine neue Protestbewegung

Das Reformpaket setzt den vorläufigen Schlußpunkt unter eine lange und schmerzvolle Auseinandersetzung zwischen dem PNDC und der Studentenschaft. Die National Union of Ghana Students (Nugs) hatte sich lange gegen die nun festgeschriebene Reform gewehrt und ihre eigenen Reformvorstellungen formuliert: Eine Anhebung der staatlichen Förderung von 51 Cedis pro Tag auf den gesetzlichen Mindestlohn von derzeit 120 Cedis/Tag, eine verbindliche Erklärung der Regierung, daß das staatliche Förderungssystem langfristig erhalten bleibt und keine Rückverlagerung der Kosten auf die Familien stattfinden werde und schließlich die Ausdehnung der Förderung auf die AbsolventInnen der Fachhochschulen.

Die Regierung blieb jedoch hart, so daß es im Juni 1988 zum bislang längsten Universitätsstreik der ghanaischen Geschichte kam. Die Unis mußten für vier Monate geschlossen werden, Prüfungen fielen aus, die Zeitplanung für das neue Akademische Jahr kam völlig durcheinander.

Die Regierung hatte während der Auseinandersetzung mit einer doppelbödigen Strategie agiert. Einerseits trat die Polizei den studentischen Demonstrationen, Straßenblockaden und Aktionen auf dem Campus mit großer Härte entgegen, andererseits signalisierte der PNDC immer wieder Verhandlungsbereitschaft. Noch im Juli 1988 hatte Erziehungsminister Asante erklärt, es werde zu keiner Streichung der staatlichen Förderung kommen.[9] Insgesamt spielte die Regierung auf Zeit und letztlich gelang es ihr damit auch, den anfänglich breiten Widerstand an den Hochschulen zu brechen und die Studentenschaft zu spalten.

So hat die Nugs erwartungsgemäß gegen die Bildungsreform scharf protestiert und ihren Widerstand angekündigt. In einer ersten Stellungsnahme hieß es: „*Alles was wir wollen ist, daß die ghanische Politik nicht in einer Katastrophe endet.*“

Ob die Nugs in der Lage ist, einen erneuten breiten Widerstand zu organisieren, erscheint zumindest fraglich. Der Unistreik im letzten Jahr hat viel Energie gekostet, die StudentInnen haben bereits ein Semester verloren und können sich weitere Versäumnisse nicht mehr leisten. Außerdem hat die Regierung mit dem Kreditschema einen weiteren Hebel gegen oppositionelle StudentInnen in der Hand: Wer aufmüpfig ist, wird einfach von der Kreditvergabe ausgeschlossen.

Obwohl es an den Universitäten derzeit ruhig ist, ist das Widerstandspotential nicht klar einzuschätzen. Die Nugs ist letztlich eine schlagkräftige Organisation, die zusammen mit der Association of Recognized Professional Bodies (ARPB), einem Zusammenschluß von Freiberuflern, Rechtsanwälten und anderen Akademikern, schon manche politische Erfolge zu verbuchen hatte. So zwangen beide Organisationen beispielsweise 1971 die Busia-Regierung, ihre Kontakte zu Südafrika einzustellen, drei Jahre später waren sie maßgeblich am Sturz des damaligen Militärregimes beteiligt.

Unaufhaltsamer Legitimationsverlust des PNDC

Wie sich auch der Widerstand gegen das neue Bildungsmodell im einzelnen gestalten wird, eines steht jedenfalls fest: Die PNDC-Regierung hat sich mit diesem Schritt endgültig gegen die Studenten bzw. die Intellektuellen gestellt und bei ihren einstigen Anhängern während der Frühtage der „ghanaischen Revolution“ letztlich jeden Rückhalt verspielt. Nach der Arbeiterklasse, die mit dem Wirtschaftskurs der letzten Jahre verprellt wurde, hat sie sich nun erstmals mit direkten Maßnahmen gegen die StudentInnen gerichtet, obwohl sich längst große Teile vom PNDC abgewandt hatten und ihre einstigen Hoffnungen auf grundlegende Veränderungen im ghanaischen Machtgefüge begraben hatten.

Noch ist nicht genau abzuschätzen, was sich aus diesen Veränderungen ergeben wird. Der Streik an den Universitäten im letzten Jahr wurde von der Bevölkerung stark unterstützt und insbesondere der Gewerkschaftsdachverband TUC (Trade Union Congress) erkannte eine Vielzahl gemeinsamer Positionen mit der StudentInnenorganisation Nugs. Ökonomisch sitzen ArbeiterInnen und StudentInnen im gleichen Boot.

Einmal mehr hat die Regierung damit deutlich gemacht, daß sie auf ihre einstige politische Klientel nicht mehr zählt. Sie beruft sich ausschließlich auf die neue Staatsklasse, die ja tatsächlich fast die alte geblieben ist, nämlich die, die vom derzeitigen Wirtschaftskurs profitiert: Die Handelsbourgoisie, insbesondere im Export/Importgeschäft, Teile der nationalen Industrie und, neu dazugekommen, wenige cashcrop Farmer. Wenn es derzeit zwar auch nicht danach aussieht, so könnte sich der PNDC doch schnell in einer Situation wiederfinden, die für ihn ein Alptraum wäre: ArbeiterInnen und Intellektuelle gehen gemeinsam zu Demonstrationen auf die Straßen, nur nicht — wie 1982 — für den PNDC, sondern diesmal gegen die Regierung.

Klaus Enderle



Starke Unterstützung für den PNDC in den Frühtagen der „ghanaischen Revolution“



Anmerkungen:

1 West Africa, Nr. 3724, Jan. 1989, S. 2438

2 Über das ghanaische „Wirtschaftswunder“ ist im Zusammenhang mit der IWF/Weltbank-Diskussion viel geschrieben worden. Die wohl beste, weil detaillierteste wirtschaftspolitische Darstellung bietet Thomas Siebold: Ghana 1957-1987, Entwicklung und Rückentwicklung, Verschuldung und IWF Intervention, Hamburg 1988.
Ebenso: D. Rothchild/Guimah-Boadi: Ghana's Economic Decline and Development Strategies. In: John Ravenhill: Africa in Economic Crisis, London 1986
Walter Thomi: Hilfe für Afrika? In: Vierteljahresberichte der Friedrich-Ebert-Stiftung, Nr. 104, Juni 1986

3 Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Länderbericht Ghana, Wiesbaden 1987, S. 26

4 Obwohl der Unterricht grundsätzlich kostenlos bleiben soll, werden voraussichtlich ab 1990 Benutzungsgebühren für Schulmaterialien erhoben werden. Dazu auch West Africa, Nr. 3724, Jan 1989, Seite 2438.

5 Demnach sollen zunächst einmal 30.000 Cedis an alle StudentInnen ausgezahlt werden, später wird aufgestockt. West Africa, Nr. 3727, 29.1.1989, S. 124

6 Weltbank, Weltbanknachrichten Nr. 33, August 1986, S. 2

7 Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1988, Washington 1988, S. 167

8 Ebda. S. 167

9 West Africa, 11.7.1988, S. 1252



Vorbemerkung

Unser Themenschwerpunkt ist eine Zusammenstellung von drei Artikeln, die von völlig unterschiedlichen Standorten aus Blicke auf die Volksrepublik China werfen. Abschließende Antworten auf die Fragen, die das Massaker aufgeworfen hat, erscheinen uns verfrüht. Zum jetzigen Zeitpunkt kann es nur darum gehen, Bausteine einer Erklärung zusammenzutragen.

Der wirtschaftliche und gesellschaftliche Hintergrund der Ereignisse vom Juni 1989 ist das Thema unseres ersten Artikels, der von dem Freiburger Sinologen und Politologen Rainer Hoffmann stammt. Hoffmann bewertet die 1978 eingeleitete Reformpolitik sehr kritisch, ohne komplementär den Maoismus, mit dem er immer sympathisiert hat, zu idealisieren. An dessen historischer Niederlage gibt es nichts zu rütteln — eine Abkehr Chinas von dem Ende der 70er Jahre eingeschlagenen Weg der Modernisierung ist Hoffmann zufolge nicht mehr möglich. Die alte Garde betätigt derzeit nur die Bremse. Sobald sie abtritt, ist freie Fahrt angesagt in Richtung bürgerliche Gesellschaft.

Von wesentlich mehr Optimismus getragen ist der kurze Beitrag „Stärkung der Parteimacht...“, der aus der Feder eines Beteiligten stammt. Der Autor vertritt neben anderen recht überraschenden These die, daß unter der blutigen Repression Teng Hsiao-p'ings eine politische Oppositionskraft entstanden ist, die über die unmittelbaren Ereignisse hinaus Bestand haben wird. Welche Berechtigung diese These hat, wird sich zeigen.

Zu hoffen ist, daß die weitere Entwicklung in der VR China nicht unserer dritten Autorin, Marina Schmidt, recht gibt, derzufolge die aktuelle Repressionpolitik einer ganzen Generation kulturell und politisch aktiver Menschen einen Schlag versetzt hat, von dem diese sich kaum wird erholen können...

Perfekte Propaganda

Rundfunk und Fernsehen in der VR China

„An alle Landsleute, die Freiheit und Demokratie lieben, an alle Chinesen. Ich will euch mitteilen, was auf dem Tiananmen passiert ist...“, so begann der Aufruf des chinesischen Studentenführers Uerkesh Daolet, bekannt geworden unter dem Namen Wu Er Kaixi, der anfang Juli von dem Sender NBC im US-Fernsehen ausgestrahlt wurde.

„Auf den Tiananmen zeigten die reaktionären Kriegsherren, die reaktionäre Regierung und die von Li Peng und Yan Shangkun angeführten — und von Deng Xiaoping aus dem Hintergrund manipulierten — faschistischen Truppen offen ihr häßliches Antlitz. Sie eröffneten das Feuer auf Zehntausende friedlich demonstrierender Studenten. Ich kann euch natürlich keine genauen Zahlen über die getöteten Menschen angeben, ich kann euch aber sagen, daß in dieser Nacht auf dem Tiananmen Tausende getötet worden sind. Es ist nicht übertrieben, wenn ich behaupte, daß im Verlauf der Unterdrückung der Bewegung in ganz Peking Zehntausende starben.“

Uerkesh Daolet ist einer der 21 Studentenführer, deren Steckbriefe in den Wochen nach dem Massaker pausenlos über die 100 Mio. chinesischen Bildschirme flimmerten. Er ist einer von denen, die es wagten, die Führung der KP China für 600 Mio. Fernsehzuschauer sichtbar, zu kritisieren.

Nach dem Tode Hu Yao Bangs begannen die ersten Demonstrationen für mehr Pressefreiheit, Demokratisierung und Abschaffung der Korruption. Wochenlang demonstrierten die Studenten friedlich und mit größter Disziplin für ihre Forderungen. Demonstrationszüge bestimmten auch Anfang Mai das Straßenbild des Pekinger Nord-West-Distrikts, eines tristen, trostlosen Stadtgebietes, das durch seine graubraunen Appartmentblocks, staubige Luft und Baustellen geprägt ist. Aus den 47 Universitäten Pekings, die sich zum größten Teil in diesem Distrikt befinden, zogen die Studenten mit ihren roten Fahnen und weißen Spruchbändern geordnet und zielstrebig zu ihrem Versammlungsort: dem Platz des Himmlischen Friedens. Fast unbeweglich standen sie in der glühenden Mittagshitze. Sternförmig, geordnet nach den einzelnen Universitäten, zogen sie auf den Platz, der sich innerhalb einer Stunde mit fast einer Million Menschen füllte. Weil die Führung ihre Forderungen nicht hören wollte, begannen sie am 13. Mai mit einem Hungerstreik und zwangen die Regierung Gorbatschow durch die Hintertür zu empfangen und das Besuchsprogramm zu ändern. Die Hungerstreikenden wurden von großen Teilen der Bevölkerung unterstützt. Um größere Unruhen während des Gorbatschow-Besuches zu verhindern, unternahm die Führungsseite keine ernsthaften Versuche, die Studenten an ihren Kundgebungen zu hindern. Noch Mitte Mai kündigte sie an, daß niemand wegen radikalen Äußerungen verhaftet würde, solange die Protestveranstaltungen friedlich seien. Als die ersten Studenten im Krankenhaus medizinisch betreut werden mußten, stattete die Parteiführung Kondolenzbesuche ab, die im chinesischen Fernsehen „CCTV" übertragen wurden.

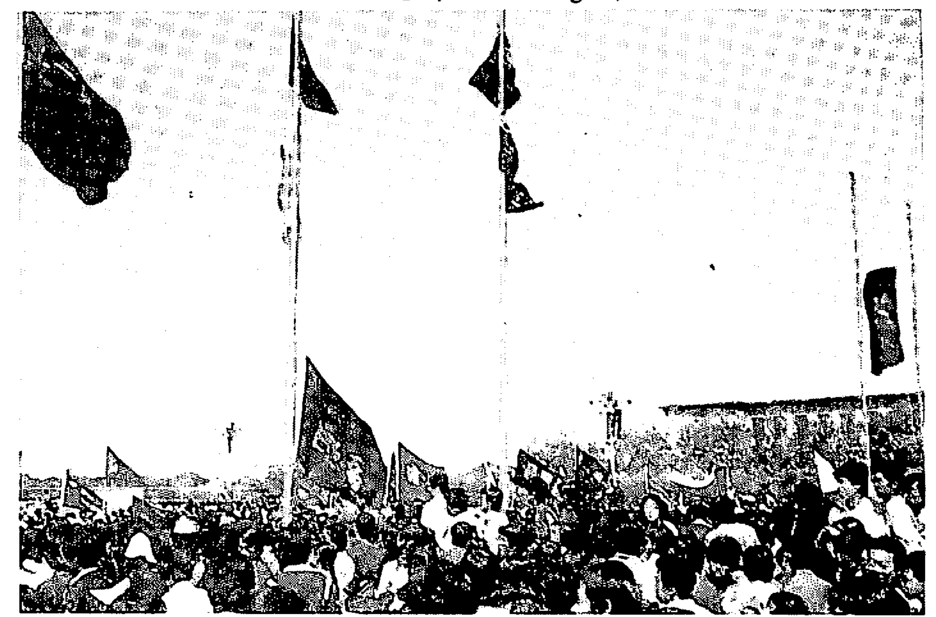
„Die meisten Leute haben zur Zeit keine Hoffnung mehr. Das größte Problem ist die Korruption unter den Beamten. Wenn die Partei Ansehen genießen will, muß die Führung mit ihren eigenen Söhnen beginnen. Was das Volk am meisten verabscheut, ist die Korruption." Mit diesen Worten versuchte ein junger Student, blaß und hager, bekleidet mit einem weißen T-Shirt, das Stirnband weist ihn als Hungerstreiker aus, Zhao Ziyang, zu dieser Zeit noch Parteiführer, zu erklären, wie er die Partei zu führen hat.

„Die Hoffnungslosigkeit der letzten Zeit hat vier Gruppen von Studenten hervorgebracht: Die Mahyongspieler, die Streber für das englische Sprachexamen, die, die ständig tanzen gehen, und die, die den ganzen Tag durch die Stadt bummeln. Ich habe keine Hoffnung für unser Land. Wir wollen das Prestige der Partei wiederherstellen, damit das Volk wieder Vertrauen zu seiner Führung hat. Stimmen Sie mir zu?" Die vierköpfige Parteidelegation nickt einstimmig mit dem Kopf.

Dies waren die härtesten und direktesten Vorwürfe, die in den 30 Jahren, seit dem das chinesische Fernsehen existiert, über den Äther kamen. „Während des Gorbatschow-Besuches hatten wir drei glorreiche Tage der Pressefreiheit", frohlockten die Journalisten von CCTV. 2.700 ausländische Journalisten belagerten die Hauptstadt des Reiches der Mitte. Alle Hotels waren restlos ausgebucht. Die Eurovision mietete eine komplette Etage im „Great-Wall" Hotel, flog tonnenweise Equipment ein, darunter eine eigene Satellitenbodenstation und ließ sich 15 internationale Telefonschaltungen verlegen (ganz Peking verfügt über 10 internationale Schaltungen). CCTV vermietete die Hälfte seiner Studios an ausländische Fernsehanstalten. Die meisten Kollegen des chinesischen Fernsehens sympathisierten offen mit den Forderungen der Studenten nach mehr Pressefreiheit und Beendigung der Korruption. Eine Woche vor Verhängung des Kriegsrechtes (20.5.) wurden die Gespräche, die Li Peng mit den Studenten in der großen Halle des Volkes führte, fünf Stunden lang im Fernsehen übertragen. Selbst die Titelseiten der regierungsamtlichen Zeitungen, die bis zum 4. Mai keine Zeile über die Studentenunruhen gedruckt hatten, berichteten über die Demonstrationen. Als beispiellos in ihrer detaillierten und freizügigen Berichterstattung wurde die „Science and Technology Daily" gerühmt.

Als Gorbatschow das Land verließ, und die Hardliner um Deng Xiaoping, Li Peng und Yang Shangkun den Machtkampf innerhalb der Partei gewannen, wurde das Kriegsrecht verhängt. Damit fand auch die glorreiche Pressefreiheit ihr abruptes Ende.

Beamte des Informationsministeriums erschienen im „Great-Wall" Hotel und zogen persönlich alle Stecker der Eurovisionsanschlüsse aus der Wand. Alle Satellitenschaltungen für Auslandsübertragungen wurden gekappt. Die Journalisten von CCTV versuchten mit allen Mitteln, ihren Protest gegen die Regierungspolitik auszudrücken. Die Verhängung des Kriegsrechtes wurde nicht, wie für Nachrichten im chinesischen Fernsehen üblich, durch eineN SprecherIn vermittelt. Aus Protest zeigte man nur die Schrifttafeln, die den Ausnahmezustand verkündeten, mit schwarzer Umrandung. In den folgenden Tagen erschienen die Ansagerinnen ungeschminkt und in trister Kleidung auf dem Bildschirm, lasen die Regierungsmeldungen in einem unbeteiligten, monotonen Tonfall vor. Sie schauten dabei das Publikum nicht mehr an, sondern hielten den Kopf zu Boden gesenkt.



Zweiter Tag des Hungerstreiks — Foto: Marina Schmidt

30 Stunden nach dem Massaker erreichte ein Telex von CCTV die Koordinationszentrale des Fernsehnachrichtenaustauschsystems „Asiavision" in Kuala Lumpur, an dem 13 asiatische Fernsehanstalten beteiligt sind.

„Liebe Kollegen, das tragischste Massaker seit dem Zweiten Weltkrieg ereignete sich am 3. Juni. Die faschistischen Truppen eröffneten das Feuer auf unbewaffnete, friedliche Zivilisten. Wir schätzen, daß 2.000 Menschen getötet und mehr als 10.000 verwundet wurden, darunter Frauen, Kinder und alte Leute. Das staatliche Fernsehen und Radio kann nur berichten, was die Diktatoren erlauben. Es gibt überhaupt keine Sicherheit für die Bevölkerung, das Blutvergießen geht weiter. Bitte laßt die ganze Welt wissen, was hier am 3. Juni 1989 geschah. Unter diesen Umständen werden wir euch keine Beiträge mehr senden, weil wir nichts, was der Wahrheit entspricht, anbieten können. Entschuldigt uns, wir melden uns wieder, wenn wir dazu in der Lage sind."

Das Risiko für diejenigen, die das Telex an ihre asiatischen Kollegen sendeten, ist lebensbedrohlich. Kurz nach dem Massaker hatte ein Fernsehansager die Nerven verloren und während der Sendung den Nachrichten hinzugefügt, daß bereits über 1.000 Menschen ermordet wurden. Er wurde direkt aus der Sendung geholt und ist heute nicht mehr am Leben. Die FernsehansagerInnen haben sich dem Druck beugen müssen und verlesen ihre Texte wieder mit aufrechtem Blick und betonten Sätzen. CCTV berichtete über Verhaftungen, angezündete Autos, Verbrecher, die während der Demonstrationen vergewaltigten und plünderten: Konterrevolutionäre Banditen. Es zeigte ermordete und verwundete Soldaten mit aufgeschlitzten Leibern, an Grausamkeiten wurde nicht gespart. Es rief ständig zur Denunziation auf, gab Telefonnummern, unter denen man die Konterrevolutionäre und Verbrecher melden konnte, und präsentierte gefolterte und zu Tode verurteilte Menschen.

Die Nachrichtensendungen wurden bis zu zwei Stunden verlängert und trichterten der Bevölkerung pausenlos ein, ein Massaker habe es nie gegeben, sondern eine „konterrevolutionäre Bewegung“ sei niedergeschlagen worden. Die Steckbriefe der Studentenführer kamen per Bildschirm in jedes Dorf vom Dach der Welt bis in die Mongolei. Steckbriefe derselben Studenten, denen Li Peng noch vor ein paar Wochen die Hände geschüttelt oder über den Kopf gestrichen hatte. Dem folgten politische Konferenzen, auf denen die Lehren Deng Xiaopings studiert wurden.


In einer Rundfunkstation

Derselbe Deng, der während der Kulturrevolution wegen seiner Politik der offen Tür und seinen Reformbestrebungen in Ungnade fiel, hat alle Freiheitsbestrebungen brutal im Keim erstickt. Zum ersten Mal seit der Kulturrevolution wird wieder vom Klassenkampf geredet, der sich jetzt einer mächtigen Propagandamaschinerie bedienen kann. Bisher hat noch jede Parteiführung versucht, die Massenmedien für ihre Ziele zu manipulieren. So wurde und wird die Struktur der chinesischen Presse und des Rundfunks durch die Parteipolitik bestimmt, weil fast alle Beschäftigten in diesen Bereichen Parteimitglieder sein müssen.

Für Mao Zedong war vor allem der Rundfunk ein wichtiges Werkzeug zur Durchsetzung seiner politischen Ziele. Er diente der kollektiven Propaganda, der Agitation, der Kontrolle und Volkserziehung. Die über 100 Mio. Lautsprecher, die über Drahtverbindungen an leistungsstarke Funkempfänger angeschlossen waren, erreichten damals genausoviele Menschen wie heute das Fernsehen. Die Lautsprecher hingen in Bäumen, an Straßenlaternen, auf allen öffentlichen Plätzen, in Schulen, Fabriken und auf Reisfeldern. Damit wurde das Volk tagein tagaus mit Revolutionsliedern und öffentlicher Erziehung beschallt. Sogenannte „Barfußkorrespondenten“ wurden in den Massenmedien eingesetzt. Bauern und Arbeiter sollten direkt aus dem Volk berichten und nicht professionelle Journalisten oder Intellektuelle, die für Mao „ein stinkendes Übel“ waren. Das Fernsehen war für Mao genauso ein unnötiges Übel, für das im revolutionären China kein Platz war. Von 1966 bis 1969, in Hochzeiten der „proletarischen Kulturrevolution“ stellt das Fernsehen fast vollständig seinen Betrieb ein. Als es Anfang der 70er Jahre wieder zu senden begann, bestanden 18 von 26 Minuten der abendlichen Hauptnachrichten aus Schrifttafeln, die Maos Leitgedanken dem Volk präsentierten. Dies wurde musikalisch mit Stücken aus „Der Osten ist Rot“ untermalt. Der Rest des Programms bestand aus Revolutionsliedern und acht Revolutionsopern, die Maos Frau Chiang Ching persönlich empfohlen hatte.



In der Redaktion von China Daily

Nach dem Sturz der Viererbande vollzog das Fernsehen eine drastische Wende. Der während der Kulturrevolution in Ungnade gefallene Deng Xiaoping konnte nach dem Tod Tschou Enlais wieder bis an die Spitze der Macht vordringen. Für ihn war das Fernsehen kein unnötiges Übel, sondern ein Symbol des Fortschritts, der Öffnung und des Zeitalters der Moderne. Sicherlich hat er auch früh die Macht dieses Mediums erkannt. Getreu seinem Motto „Egal ob die Katze schwarz oder weiß ist, Hauptsache, sie fängt Mäuse", sorgte sein pragmatischer Kurs nicht nur für eine rasche Verbreitung des Fernsehens, sondern auch für die Ausstrahlung ausländischer Sendungen und dies mit hohen Werbeanteilen. Seit dem 1983 mit der amerikanischen Fernsehanstalt CBS abgeschlossenen Vertrag zeigte CCTV neben einigen japanischen Werbesendungen auch amerikanische Werbespots. Raumschiff Enterprise, Inspektor Colombo, Micky Maus und Tatort hielten Einzug in die chinesischen Wohnzimmer. Mit amerikanischen Konserven ließen sich nicht nur die Kanäle füllen, sondern obendrein noch Geld verdienen, wenn man die im Paket enthaltene Werbung ausstrahlte. Die Kommerzialisierung wurde in den letzten Jahren in fast allen Medien vorangetrieben. Die Filmindustrie, staatlich organisiert und kontrolliert, muß neuerdings auch profitorientiert arbeiten. Und das gelingt nur, wenn der Publikumsgeschmack berücksichtigt wird und der Yüan über das Werbegeschäft rollt.

Auch die Printmedien erlebten in den 80ern einen wahren Boom. Die ersten Frauen-, Jugend-, Film- und Modezeitschriften erschienen, die Regenbogenpresse begann sich zu entwickeln. Die in China heißgeliebten Abenteuer-, Liebes- und Kung-Fu-Geschichten waren wieder zu haben. Aber auch eine Vielzahl von Fachzeitschriften, hauptsächlich in den Bereichen Wirtschaft, Handel, Recht und Technologie wurden herausgegeben. Selbst parteiamtliche Presseorgane gaben Revolverblätter heraus, um „Mäuse zu fangen".

Sowohl der Nachrichtenchef von CCTV, als auch der Direktor der Pekinger Filmakademie und die Leiterin der zentralen Filmverleihorganisation erzählten mir noch Anfang Mai, daß in den letzten 10 Jahren seit dem Ende der Kulturrevolution doch alles ganz anders geworden sei. Eine große Erleichterung war in ihren Gesichtern zu sehen und hinterließ einen Hauch von Ahnung über die Schrecken der Kulturrevolution.

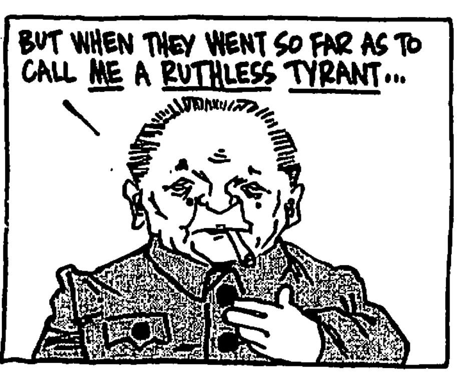
„Die Hauptaufgabe des chinesischen Fernsehens hat sich verändert. Wir wollen das Volk unterhalten und entspannen. Natürlich lassen wir Erziehung und Bildung nicht ganz außer acht, aber unser Schwerpunkt liegt im Unterhaltungsbereich", meint der Nachrichtenchef. CCTV finanziert sich mittlerweile zum größten Teil aus Werbung und nicht mehr aus staatlichen Geldern.

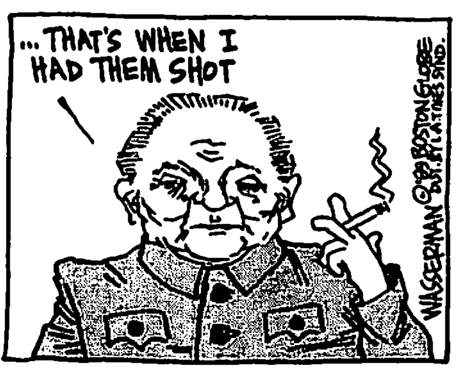
Durch diese Entwicklung hat sich das Fernsehen zu einem beliebten Medium entwickelt, das seit fünf Jahren den Drahtfunk völlig abgelöst hat. Die alten Lautsprecher sind zwar noch überall zu finden, werden aber kaum noch in Betrieb genommen. In Peking kann der Drahtfunk sogar für Werbezwecke gemietet werden. Der pragmatische Reformkurs hat zwar zu einem Wechsel von politischen Debatten und Dogmatismus hin zur leichten Unterhaltung geführt, aber kaum zu mehr Pressefreiheit.

Chinas auflagenstärkste Zeitung „Renmin Ribao", die Volkszeitung, erscheint in einer Auflage von 6 Mio. Exemplaren. Die vom ZK herausgegebenen täglichen 8 Seiten bestimmen nach wie vor die Nachrichten- und Leitartikelagenda für alle chinesischen Zeitungen. Auch Radio und Fernsehen haben sich in dieser Hinsicht nach den Vorgaben der „Renmin Ribao" zu richten, so daß sich das Informationswesen in einem quasi geklonten, uniformen Zustand befindet und sich auf die jeweils vorherrschenden Leitgedanken und Ziele der Parteiführung konzentriert. Ob man die Zeitung liest, sich einen Kinofilm anschaut oder sich Radio und Fernsehen widmet, überall, abgesehen von den puren Unterhaltungsbereichen, spiegelt sich der Parteistandpunkt wider.









Kritik oder Beschwerden sind nur in Leserbriefen möglich, die einen wichtigen Platz in den Zeitungen einnehmen. Bestechung, Fehlverhalten von Beamten und Parteikadern oder sonstige Beschwerden werden seitenweise abgedruckt. Aber nur so lange, wie sie die unteren Chargen betreffen, Kritik an der Parteiführung war bis zum Mai unmöglich. Daß ausgerechnet Teens und Twens in den glorreichen Tagen der Pressefreiheit öffentlich die Parteiführung kritisierten, ist nicht nur der Anwesenheit der Weltöffentlichkeit zu verdanken, sondern der Zerstrittenheit der Parteiführung in diesen Wochen. Diejenigen, die das Machtvakuum ausnutzten und aktiv für die Pressefreiheit kämpften, müssen jetzt dafür mit dem Leben bezahlen. Sie werden gehetzt, gejagt, gefoltert und hingerichtet. Der Klassenkampf wird wieder über die Medien propagiert.

Deng Xiaopings Reformpolitik ist es zu verdanken, daß ein 600 Mio. starkes Fernsehpublikum täglich erfahren durfte, daß es nie ein Massaker auf dem Tiananmen gegeben hat. Die Machthaber in Peking haben die wichtige Rolle des Fernsehens für die Herrschaftsausübung erkannt. Die Propagandamaschinerie funktioniert perfekt. Nach der gnadenlosen Verfolgung der Studenten und Arbeiterführer setzt nun auch wieder die Säuberungswelle im Kulturbereich ein. Man kehrt zu den Grundsätzen Maos zurück. „Schlechte Bücher, Zeitschriften und Videokassetten sowie angefaulte, rückständige Kultur" soll wieder „verurteilt, verneint und weggeworfen" werden. Die heißgeliebten Liebes-, Abenteuer- und Kung-Fu-Geschichten werden wieder nur für einige über den Schwarzmarkt zu bekommen sein. Die Treffpunkte, in denen man per Video ausländische Filme sehen konnte, wird es nicht mehr lange geben. Intellektuelle und Künstler sehen noch härteren Zeiten entgegen.

Für die Generation der 30- und 40-jährigen klingt dies noch sehr bekannt und läßt die Wunden der traumatischen Ereignisse während der Kulturrevolution wieder aufbrechen. Angst ist jetzt neben der Hoffnungslosigkeit wieder das vorherrschende Lebensgefühl vieler Chinesen. Jetzt hat die Unmenschlichkeit der Machthaber in Peking wiedereinmal eine Generation junger Menschen jeglicher Hoffnungen für eine bessere Zukunft beraubt.

Marina Schmidt



Friedliche Szene auf dem Tiananmen-Platz, Herbst '88. Foto: Andrea Schlor

Nicht allein das Ausbleiben einer der wirtschaftlichen Liberalisierung entsprechenden politischen Liberalisierung treibt die chinesische Gesellschaft in die Krise — die Wirtschaftsreformen selbst haben eine Entwicklung eingeleitet, in deren Zuge sich massive ökonomische und soziale Probleme auftürmten.
Zum Verständnis der Ereignisse von 1989 ist es daher unerläßlich, die ökonomische Entwicklung in der Volksrepublik einer differenzierten Betrachtung zu unterziehen.
Der folgende Artikel steigt nach einem sehr knappen Überblick über die Vorreformphase direkt in eine Untersuchung der Reformpolitik seit 1978 ein. Zu diesem Zeitpunkt wurde der Machtkampf zwischen den Anhängern des maoistischen Kommunemodells und Anhängern einer pragmatischen Modernisierungspolitik, der so alt ist wie die Volksrepublik selbst, vermutlich endgültig zugunsten der zuletzt genannten Gruppe entschieden.
Der Autor vertritt die These, daß die derzeitige Politik nur ein kurzes Zwischenspiel darstellt. Der 1978 eingeschlagene Weg läßt inzwischen keine Umkehr mehr zu. red.

Reform und Krise

Hintergründe der Ereignisse in der VR China

Die moderne chinesische Geschichte hat zwei eng verbundene Probleme auf die Tagesordnung gesetzt: die nationale und die soziale Frage. Zum einen mußte die semifeudale Agrarverfassung geändert werden, zum anderen forderte das neuerwachte Bewußtsein gebieterisch, den halbkolonialen Zustand zu beenden und dieser uralten Kultur wieder den ihr zukommenden Platz unter den Staaten zu sichern.

Die Kuomintang unter Chiang-Kaischek, eng mit den grundbesitzenden Schichten verflochten, setzte allein auf die nationale Karte. Da sie außerstande war, eine gründliche Reform des Hinterlandes durchzuführen, verlor sie Krieg und Bürgerkrieg. Das „Mandat des Himmels" ging an die siegreichen Kommunisten über.

Für die Maoisten stellte sich dasselbe Problem, nur in anderer Reihenfolge: spätestens nach dem Scheitern des Großen Sprunges wurde deutlich, daß der Versuch, die Agrarfrage im Zeichen eines kleintechnologisch orientierten Bauernkommunismus zu lösen, nicht imstande war, genügend Produktivkraft freizusetzen, um China einen Großmachtstatus zu sichern. In den sechziger Jahren war der durchschnittliche Bevölkerungszuwachs hartnäckig höher als die wirtschaftliche Zuwachsrate, das maoistische Kommunemodell konnte mit anderen sich industrialisierenden Gesellschaften nicht mithalten. Die Politik des Großen Vorsitzenden war auf eine anthropologische Grenze gestoßen, — die ideellen Anreize reichten bei weitem nicht aus, um



Mao-Standbild in Wuhan

die Massen zu der harten Arbeit zu motivieren, die nötig gewesen wäre, um China aus eigener Kraft aus dem Sumpf der Armut zu ziehen. Dazu hätte jener neue Mensch schon vorhanden sein müssen, der doch erst am Ende einer langen sozialistischen Erziehung stehen konnte.

Die Vorgänge vom Frühjahr 1969 haben diese Lage schlaglichtartig beleuchtet: russische Divisionen mit modern ausgerüsteten Teilen konnten der VBA eine empfindliche Niederlage bereiten. Die Stunde der Wahrheit hatte geschlagen, — das maoistische System war unfähig, China mit der nötigen Rüstungskapazität zu versorgen.

Damals begann Chou En-lai, dem nach der heißen Phase der Kulturrevolution und dem Scheitern des Lin Piao Putsches die Aufgabe zufiel, Einheit und Ordnung im Lande wiederherzustellen, die vorsichtige Öffnung nach außen und die gleichzeitige Reformpolitik nach innen. Er, nicht Teng Hsiao-p'ing, prägte die Devise von den „Vier Modernisierungen" (szu-hsien)[1]. Fast sechs Jahre lang, bis zum Tode des Vorsitzenden, herrschte eine geradezu schizophrene Situation: der von der Parteilinken dominierte ideologische Apparat belieferte die Öffentlichkeit mit radikalen Parolen, während sich die Spitzen von Partei und Regierung in die genaue Gegenrichtung bewegten.

Erst der coup d'état vom Oktober 1976 klärte die Lage: gemäßigte Maoisten unter Führung des designierten Parteivorsitzenden Hua Kuo-feng machten gemeinsame Sache mit dem Reformflügel um Teng Hsiao-p'ing, um die sogenannte „Viererbande" zu stürzen. Aber Hua und Teng vertraten zu unterschiedliche Positionen, um gemeinsam regieren zu können. Nach zweijährigem Ringen wurde auf dem dritten Plenum des elften ZK vom Dezember 1978 der Machtkampf entschieden. Zugunsten der Reformer, die nach der Ausschaltung der „Restmaoisten" grundlegende Veränderungen durchsetzten.

Die Weichenstellungen der Reformer

1. Landwirtschaft: Die Volkskommune wird aufgelöst und der Familienbetrieb faktische Grundlage der bäuerlichen Produktion. Was über einen festen Betrag hinausgeht, darf auf den neu erstandenen freien Märkten verkauft werden. Folge ist ein Produktionsschub in den stadtnahen Gebieten. Viele Familien wandeln sich in sogenannte „Spezialisierte Haushalte" um, die von Getreidefrüchten auf cash-crops umstellen (z.B. Tabak) oder sich auf Kleinunternehmungen werfen (Transport, etc.).

2. Industrie: Die betriebswirtschaftliche Komponente wird gestärkt und das Management gegenüber der Parteibürokratie aufgewertet. Die Betriebe werden dem Wind der Konkurrenz ausgesetzt und sind gehalten, sich ihre Rohstoffe selbst zu beschaffen. Die kontrollierende und koordinierende Tätigkeit der Pekinger Wirtschaftsministerien verringert sich.

3. Dienstleistungssektor: In den Städten werden kleine Unternehmen dem freien Markt überlassen. Überall entstehen neue Läden und Verkaufsstände aller Art. Nach unten verfließt der legale in einen breiten informellen Sektor, eine Grauzone, die wiederum fließend in die eigentliche Illegalität übergeht.

4. Technisch-wissenschaftliche Intelligenz: Das Erziehungssystem ändert sich: hatte der Maoismus die ländlichen Massen bevorzugt, so begünstigen die neuen Auswahlkriterien Kinder mit städtisch-bürgerlichem Hintergrund. Schulen und Hochschulen praktizieren ein striktes Leistungsprinzip. Das alte „yu-hung yu-chuan"[2] wird aufgegeben und der in dieser Formel inhärente Widerspruch zugunsten des rein Fachlichen entschieden. Mit maoistischen Augen gesehen eine eher konservative Wende, denn die so ausgebildeten Spezialisten dürften kaum Gelegenheit haben, ein „sozialistisches Bewußtsein" aufzubauen.

5. Die Wirtschaftssonderzonen (WSZ): Entlang der Küste werden Gebiete bezeichnet, die einen besonderen Status erhalten: sie sollen ausländisches Kapital anlocken, außerdem high-technology und know-how. Zugleich sollen sie als Schule einer neuen chinesischen Managerelite die-

nen. Die Absicht dahinter ist, auf diese Weise in den Markt der hochindustriellen Nationen einbrechen zu können.

Es ist gerade der enorme Erfolg der Reformen, der zu einer krisenhaften Entwicklung führt. Schon im Sommer 1986 wird deutlich, daß sich der wirtschaftliche Bereich nicht mehr abschotten läßt, — seine Dynamik ist dabei, auf Politik und Gesellschaft überzugreifen.

In diesem Augenblick spaltet sich die Führungselite. Teng Hsiao-p'ing hat im Gegensatz zu Gorbatschow immer versucht, die ökonomische Liberalisierung mit einem politischen Autoritarismus zusammenzubinden. Am Primat der Partei und ihrem Recht, die Normen für den gesellschaftlichen Raum zu setzen, sollte nicht gerüttelt werden. Das hieß aber verkennen, daß Politik, Gesellschaft und Wirtschaft eine Einheit darstellen, eine Totalität im G. Lukacs'schen Sinne dieses Begriffes.

Hu Yao-pang, seit dem XII. Parteitag (August 1982) Vorsitzender der KP Chinas, hat klarer gesehen: seit 1984 war er bestrebt, einen „Chinesischen Weg des Sozialismus" zu finden, der das Land in die Richtung eines vorsichtigen Pluralismus öffnen sollte. Hu scheute sich auch nicht, das Gespräch mit systemkritischen Intellektuellen wie Wang Jou-wang und Fang Li-chih zu suchen, die immer lautstarker das herrschende Einparteienmodell verurteilten.

Als sich im Herbst an den Universitäten Unruhe ausbreitete und es zu Massendemonstrationen kam, war der Flügelkampf nicht mehr zu verheimlichen: die Alte Garde um Ch'en Yün, Li Hsien-nien, P'eng Chen, Po Yi-po und Hu Ch'iao-mu trat zur Gegenoffensive an. Auf mehreren Politbürositzungen vom August und September 1986 beschuldigte sie die marktwirtschaftlich ausgerichteten Reformer um Hu Yaopang, die Restauration von kapitalistischen Verhältnissen zu betreiben.

Mißstände in allen Bereichen

Diese Vorwürfe waren keineswegs aus der Luft gegriffen. Was in der hiesigen bürgerlichen Presse regelmäßig als Ressentiment einiger alter Männer hingestellt wurde, gründete durchaus in objektiven Mißständen:

1. Auf dem Lande führte die privatwirtschaftliche Wirtschaftsweise zu einer schnellen Ausdifferenzierung der Bauernschaft. Familien mit günstigeren Startbedingungen waren reichgeworden, andere hingegen sanken auf die Stufe eines ländlichen Proletariats ab. Was man die „Neokonfuzianische Allianz" genannt hat, half kräftig mit, diesen Vorgang zu beschleunigen: den Vorgang nämlich, daß wie im China der alten Dynastien Beamte und lokale Oberschicht kollaborierten mit dem Ziel, sich die Vorteile gegenseitig zuzuschieben und illegalen Machenschaften nachträglich den Schein des Rechts zu verleihen. Kein Zweifel, daß Ch'en Yün nicht phantasierte, wenn er in einem Bericht davon sprach, daß sich auf den Dörfern die gesellschaftlichen Verhältnisse des ancien régime restituierten.

1986/87 begannen sich die Informationen zu verdichten, daß die ländlichen Infrastrukturen vernachlässigt wurden. China war seit Urzeiten eine „Hydraulische Gesellschaft" (K.A. Wittfogel), d.h., die Agrarproduktion lebte vom ausgebauten Bewässerungsnetz. Die Großbürokratie (Mandarinat) sorgte dabei für die Schwerwasserbauten, während die Leichtwasserbauten von der ortsansässigen Gentry betreut wurden. Im Zusammenspiel beider stellte sich her, was man den Chinesischen Stil genannt hat, eine Wirtschaftsverfassung „more sinico".

Diese hatte sich bis in die Moderne durchgehalten, nur daß die „kuan"[3] durch die Beamten der Nanking-Regierung, diese seit 1949 durch die maoistischen Kader (kan-pu) ersetzt worden waren. Erst die letzten zwölf Jahre, als sich der Staat vom flachen Lande weitgehend zurückzog, haben die alte Ordnung empfindlich gestört. Mit dem Ende der Kommune verschwanden auch die Basiskader, das rein private Interesse (szu) siegte über die öffentlichen Belange (kung). Während man die Böden überstrapazierte und auslaugte, wurden die infrastrukturellen Maßnahmen sträflich vernachlässigt. Allenthalben ging die Produktion zurück. Nach einem achtjährigen Produktionsschub hatte die Losung des fats'ai („Werdet reich!") in eine schwere landwirtschaftliche Krise geführt.



Reisbauer in einer Südprovinz. **Foto: Andrea Schlor**

Dies besonders in den Ungunstgebieten. Während die Küste und das Umland der Städte eindeutig profitiert hatten, war die Lage in den nordwestlichen und südwestlichen Provinzen ganz anders.

Dem zuvor bitterarmen hsi-pei[4] (Shansi, Shensi und Kansu) konnte die maoistische Kommunebewegung einen bescheidenen Wohlstand bringen. In kollektiver Anstrengung war es gelungen, die noch in der Zeit der Republik von ständigen Hungersnöten heimgesuchten Gebiete soweit zu sanieren, daß das nackte Elend gebannt wurde. Hier brachte die Auflösung der Volkskommune und die damit einhergehende Zerschlagung der „Eisernen Reisschüssel" einen großen Rückschlag. Als sich Ende 1984 in Peking die Politik des „Wer hat, dem wird gegeben" durchsetzte, als die Regierung beschloß, künftig noch mehr in die Gunstgebiete zu investieren und das Hinterland leer ausgehen zu lassen, kam es zu mehreren Protestmärschen der einheimischen Bevölkerung. Neben Transparenten mit „Lieber Maos Kommune als Tengs hohe Preise" führten die Leute auch Bilder des Vorsitzenden mit.

Auch 1986 wurden Berichte veröffentlicht, in denen Agrarexperten zitiert wurden, die angeben, daß bei weiterer Modernisierung des flachen Landes rund 300 Millionen Menschen überflüssig werden. Wohin mit diesen „supernumérés"? Auf diese Frage der Alten Garde konnten die Reformer keine Antwort geben.

2. Auch der **industrielle Sektor** entwickelt Probleme. Die neue Situation der Konkurrenz machte offenbar, was Experten schon lange vermutet hatten: daß die öffentlichen Unternehmen hoffnungslos überbelegt sind. Die Arbeiterschaft der großen Betriebe war in jeder Hinsicht privilegiert, mit hohen Löhnen und einem ausgefeilten Prämiensystem, sowie Sozialleistungen, von denen die Bauern nur träumen konnten. In einer Art „Industriefeudalismus" wurde der Arbeitsplatz häufig als Erbhof gesehen und an den Sohn oder Enkel weitergegeben.

Verständlich, daß diese Arbeiteraristokratie die Einführung marktwirtschaftlicher Elemente mit einer gewissen Besorgnis betrachtete. In den letzten fünf Jahren mußten etwa 30.000 Betriebe schließen oder wurden „umorganisiert", was den Verlust zahlreicher Stellen mit sich brachte. So ist es fast zu erwarten, wenn bei einer Umfrage 1987 72% der Arbeiter in den Staatsbetrieben der Ansicht waren, das Tempo der Modernisierung solle vermindert und die planwirtschaftlichen Rahmenbedingungen beibehalten werden.

Ein gewisser Konservatismus war hier Tradition. Während der maoistischen Kulturrevolution weigerte man sich, radikale Kommuneexperimente mitzumachen (Schanghaier Kommune), jetzt, 1986-1989, ist man auch nicht bereit, radikaldemokratische Forderungen zu unterstützen. Als im April dieses Jahres Tausende von Studenten vor die Tore des riesigen Stahlwerkes ziehen, das an Peking angrenzt, und den Generalstreik fordern, holen sie sich eine ziemliche Abfuhr: die übergroße Mehrheit der Belegschaft folgt dem Aufruf der offiziellen Gewerkschaften, die Produktion weiterlaufen zu lassen. Der Pekinger Autonome Gewerkschaftsverband, der vor allem wenig abgesicherte Jungarbeiter faßte, hat kaum mehr als 2.000 Mitglieder. Und bei den Demonstrationen der Studenten sind immer wieder Transparente mit der Aufschrift zu sehen: „Wo bist du, Chinas Lech Walesa?", — was auf knappste Weise die unterschiedliche Rolle verdeutlicht, die die Industriearbeiterschaft im gegenwärtigen Polen und in der chinesischen VR spielt.

3. Die **Wirtschaftssonderzonen (WSZ)** konnten die ihnen zugewiesene Funktion als Lokomotive der chinesischen Wirtschaftsreform nicht ausfüllen. Während die VR China zuerst an know-how und dann am Export Interesse hatte, wollten die ausländischen Investoren auf anderes hinaus: mit relativer low-technology Anlagen errichten, die imstande waren, in den chinesischen Binnenmarkt vorzustoßen. Sehr bald begannen die in den WSZ hergestellten Artikel in hundert Kanälen ins Hinterland zu fließen und den schlechteren einheimischen Erzeugnissen Konkurrenz zu machen (Radios, Kühlschränke, etc.). Die Firmen waren selbstverständlich nicht bereit, erstklassige Technologie nach China zu transferieren. Ab 1986 wird das Projekt der WSZ zum Sorgenkind der Reformer.

4. **Die Bürokratie** machte Schwierigkeiten. Hier herrscht wie in der Sowjetunion die Sorge, das materielle Niveau und das gesellschaftliche Prestige der Kader könnten leiden. Man mauert, wo man kann und zieht energisch die Bremse. Ein Beispiel: nach dem XII. Parteitag (August 1982) sollten die Investitionen im schwerindustriellen Bereich zurückgestuft werden. Nach vier Jahren wurde deutlich, daß sich die Planungsbürokratie einfach nicht an die Direktiven gehalten und ihre Lieblingsprojekte weiterhin vorrangig gefördert hatte. Herrschaft ist eben im Alltag Verwaltung.

5. **Die städtische Jugend.** Ein Blick zurück ist angebracht: Maoismus war vor allem der Versuch, das Hinterland auf Kosten der Städte zu fördern. Jahrzehntelang wurden die urbanen Ressourcen abgeschöpft, um die Kluft zwischen Stadt und Land zu verringern. Der Reformkurs hat die Prioritäten umgekehrt: seit 1980 werden die Städte bevorzugt. Eine Folge davon ist die Land-



Die Verheißungen der modernen Welt

flucht, die seit 1984 gewaltige Dimensionen angenommen hat. Die Städte platzen aus den Nähten, Schanghai ist heute die größte Metropole der Welt, wobei keiner die genaue Zahl kennt: die Verwaltung hat längst aufgegeben, den Strom von Menschen, der täglich ankommt, registrieren zu wollen.

Die Jugendlichen, die in die Zentren strömen, erhoffen sich hier die Neue Welt (ta-shih-chieh); was an konfuzianischen oder maoistischen Restwerten etwa noch vorhanden war, verflüchtigt sich rasch, die herrschende Parole wird: „fa-ts'ai" (Reichwerden) oder, auf Formel gebracht: Dollar. Die um sich greifende Anomie zeigt sich daran, wie schnell die Rate der Schwerverbrechen ansteigt, allein zwischen Januar 1987 und Januar 1988 um mehr als 30%. Es ist vorgekommen, daß man sich wegen einer besonders modischen Hongkongbrille umgebracht hat. Westler vermerken mit Wohlgefallen, daß in Schanghai die fröhlichen Zustände vor der Revolution wiedergekehrt sind: Spielkasinos, Alkohol, Prostitution. Über mangelnde Unterhaltung braucht sich niemand mehr zu beklagen.

Der Graben zwischen der Generation der Long Marcher und den Coca-Cola kids ist kaum noch zu überbrücken. Für die Jungen, die die Städte mit ihrer Lebenslust anfüllen, sind die Alten Herren nurmehr Gespenster einer längst verschollenen Zeit. Für die alten Führer, die noch um die Opfer wissen, die die Revolution gekostet hat, ist dieser geschichtslose Wille zum Glück unverständlich. Sie sehen darin einen Konsumrausch, der in die Katastrophe führen muß. Es herrscht Sprachlosigkeit. Zwei unterschiedliche „promesses de bonheur" stehen sich gegenüber: Glück als kollektives Ereignis, und: Glück als freie individuelle Entfaltung. Zwei Lebenswelten, die nicht mehr zu vermitteln sind.

Die Krise spitzt sich zu

Ende 1986 siegt die Alte Garde, was sich politisch im Sturz des energischen Reformers Hu Yao-pang niederschlägt. Teng, bislang eher Zünglein an der Waage, wechselt ins konservative Lager: ihm ist der neue Kurs schon zu weit gegangen. Als im Dezember Studentenunruhen ausbrechen, bildet sich eine Einheitsfront, die Hu in einer erweiterten Politbürositzung vom Januar 1987 zwingt, seine Ämter niederzulegen.

Das gesamte Jahr 1987 ist Chinas Innenpolitik von dem Bestreben beherrscht, den Bruch irgendwie zu kitten und nochmals eine Kompromißformel zu finden. In zähen Verhandlungen gelingt es, eine neue Allianz zu schmieden. Subjektiver Ausdruck des Kompromisses ist die Personalentscheidung, die der XIII. Parteitag im Oktober 1987 annimmt: Li P'eng, Adoptivsohn von Chou En-lai und Verfechter einer „harten Linie", wird Regierungschef, während der eher marktwirtschaftlich orientierte Chao Tzu-yang den Parteivorsitz übernimmt.

Wenn diese Wahl Chinas Probleme beheben sollte, so ist die Rechnung nicht aufgegangen. Das Land gleicht einem Wagen, dessen Gespann in zwei verschiedene Richtungen zieht. Folge ist eine Lähmung auf allen Gebieten. M. Oksenberg hat von einer „general paralysis" gesprochen, Ordres und contreordres folgen sich auf dem Fuße, die widersprüchlichen Signale führen dazu, daß die staatliche Maschine lahmgelegt wird. Die Chinesen, deren Opportunismus sich hinter dem Druck von Jahrtausenden autoritärer Regierung zu einer hohen Kunst entwickelt hat, warten ganz einfach ab, — irgendwann muß sich der Machtkampf entscheiden.

Eine morose Stimmung breitet sich aus. Verdüsterung, Verdrossenheit, Unbehagen, diese Vokabeln kennzeichnen die innenpolitische Atmosphäre der letzten anderthalb Jahre. Nichts läuft, wie es soll. Die Inflation klettert auf ungekannte Höhen, das Transportwesen ist am Zusammenbrechen, die Zeitungen voll von schweren Eisenbahn- und Straßenunglücken. Die Energiewirtschaft sorgt gleichfalls für negative Schlagzeilen: in vielen Teilen des Landes kann nur noch drei Tage pro Woche gearbeitet werden, weil der Strom fehlt.



Ein junger Mann in den Reihen der alten Garde: der 61jährige Li P'eng

1988 werden Zahlen veröffentlicht, die geeignet sind, das allgemeine Unbehagen weiter zu steigern. So wird deutlich, daß die Politik des Ein-Kind-Systems als gescheitert betrachtet werden muß, vor allem weil die Kader in den Dörfern nicht mehr bereit waren, gegen den massiven Widerstand der Bevölkerung den Staatsbüttel zu spielen: die demographische Lawine rollt also weiter... Im Norden zeigen die Statistiken weitere Zunahmen der Austrocknung, der Wassermangel wird immer katastrophaler: die jetztige Generation erhält die Rechnung für zwei Jahrtausende Raubbau präsentiert. Aus Südchina werden ausgelaugte Böden gemeldet, die forcierte Steigerung der Agrarproduktion seit 1978 erweist sich als höchst problematisch. Die „Gute Erde" ist zur „Schlechten Erde" geworden, — so der Buchtitel eines westlichen Experten, der Chinas landwirtschaftliche Zukunft in eher düsteren Farben malt.

Im Frühjahr 1989 treiben die Verhältnisse einer Entladung entgegen: die Inflation erreicht bei Lebensmitteln nahezu 40% und erzeugt bei den Schichten, deren Einkommen fixiert ist, große ökonomische Härten. Vor allem bei den Studierenden, von denen es allein in Peking mehrere Hunderttausend gibt, die mit lächerlichen 40 RMP (= yüan) wirtschaften sollen — während gleichzeitig die Korruption alle Rücksichten fallen läßt und schamlos den neuen Reichtum zur Schau stellt. Unternehmer und Geschäftsleute, die Lizenzen oder Rohstoffe brauchen, sind freigiebig mit teuren Geschenken, vor allem amerikanischen Autos. Die Presse berichtet von den berühmten „Drei-Tage-Banketten", wo Geldleute und Bürokraten in trauter Eintracht das gute Leben genießen. Alles wie in früheren Zeiten, als sich Mandarine und shang-jen auch die Vorteile zuschoben.

Den Zünder an der aufgehäuften Sprengmasse bildeten zwei weitere Ereignisse: Erstens der Tod von Hu Yao-pang, der den Reformprozeß wie kein zweiter verkörpert hatte. Und zweitens der Siebzigste Jahrestag der „Wu-szu Yün-tung" (Bewegung des Vierten Mai), der Geburtsstunde des Neuen China. Viele Führer der späteren Kuomintang und KP hatten damals ihre politische Feuertaufe erhalten. Die Lähmung schlägt in einen massiven Aktivismus um: die Demonstrationen reißen nicht mehr ab, der Strom schwillt an zur Flutwelle einer landesweiten Bewegung.

Die Machthaber sind, wie schon lange, gespalten. Teng Hsiao-p'ing, Yang Shangk'un und Li P'eng befürworten ein hartes Durchgreifen, der Leitartikel der „Volkszeitung" vom 26. April, der die Proteste als konterrevolutionär brandmarkt, trägt die Handschrift dieser Gruppe. Chao Tzuyang und seine Anhänger sind für Gespräche und Entgegenkommen.

Der 19. Mai wird zum Tag der Entscheidung: Chao Tzu-yang verläßt Chung-nan hai (das Regierungsviertel) und begibt sich zu den hungerstreikenden Studenten. Während seiner Abwesenheit tagt das Politbüro und verhängt das Kriegsrecht über die Hauptstadt.

Das Verhalten der Armee

Die Volksbefreiungsarmee (VBA) war genauso gespalten wie alle anderen Staatsorgane. Der eine Flügel konnte nicht verwinden, daß die Armee die hohe Stellung verloren hatte, die sie in der maoistischen Ära besaß. Damals war es eine Ehre, in ihren Reihen zu dienen; jetzt, wo materieller Gewinn an der Spitze der Wunschliste steht, verliert das Militär, das einen Ruf von Ar-

mut und Askese genießt, immer mehr Anziehungskraft. Von daher der Widerwille vieler alter Kommandeure gegen den Reformkurs, der nach ihrer Meinung zur Restauration kapitalistischer Verhältnisse führen wird.

Ein zweiter Flügel ist weniger politisch und eher professionell ausgerichtet. Er ist vor allem an der Ausrüstung mit hochmodernen Geräten interessiert. Chao Tzu-yang hatte es durchaus verstanden, diesen Kräften Versprechungen zu machen. Ziel war, eine mobile „force de frappe" zu schaffen, bei Verringerung des Personalbestandes, — also eine vollständige Absage an das maoistische Modell der Volks- und Partisanenarmee.

Als Chao Tzu-yang seine Sezession vollzog, konnte er sich ausrechnen, daß ihn die



Truppe der Pekinger Militärregion (MR) unterstützen würden. Ch'in Chi-wei, der diese MR von 1980-1988 geführt hatte und danach zum Verteidigungsminister aufgerückt war, Yen T'ungmao, der Kommandeur der Pekinger Garnison, und besonders Hsü Ch'inhsien, der Chef des 38. Armeekorps, sie alle sind Freunde des Reformkurses. In den 15 Tagen, vom 19. Mai bis 3. Juni, während derer diese Soldaten Peking beherrschen, bleibt das Kriegsrecht totes Papier. Im Gegenteil, viele Landser, die selber aus der Hauptstadt und ihrer Umgebung stammen, verbrüdern sich mit den demonstrierenden Massen.

Das ändert sich mit einem Schlag, als Yang Shang-k'ung als Generalsekretär der ZMK[5] Truppen von außen heranholt. Es ist kein Zufall, daß diese Mannschaften, die das Massaker auf dem T'ien-an Men Platz verüben, aus den nordwestlichen Teilen des Landes stammen, die von den Reformen am wenigsten profitiert hatten. Ihre Offiziere bestärken sie in dem Glauben, die Hauptstadt aus der Gewalt eines konterrevolutionären Aufstandes befreien zu müssen.

Im Juni 1989 sieht die Militärkarte Chinas folgendermaßen aus: Die Alte Garde kann sich auf die beiden MR Lanchow und Shanyang (= Mukden) verlassen. Peking und Chengtu sind eher auf der Gegenseite angesiedelt, Chengtu deshalb, weil Chao Tzu-yang lange Parteichef von Szuchuan war und sich im Südwesten einen guten Namen gemacht hat. Wuhan, Nanking und Kanton unterstützen die ZMK zwar verbal, sind aber faktisch nicht bereit, es auf einen Schlagabtausch mit anderen Truppenteilen ankommen zu lassen.

Von besonderem Interesse ist die Rolle der Luftwaffe. Sie hatte die Welle der Modernisierungen, u.a. durch die Zusammenarbeit mit den USA, kräftig unterstützt. Verständlich, daß sich Wang Hai, ihr Komandeur, noch am 5. Juni von den Aktionen der Zentrale distanzierte. Wenn das 27. Armeekorps, das am 3. Juni Peking besetzte, zuallererst auf den großen Ringstraßen FLAK-Geschütze installierte, hatte dies durchaus seine Berechtigung.

Mitte Juni war deutlich geworden, daß sich die Zentrale gegen die abweichenden Kräfte durchgesetzt hatte, — vor allem deshalb, weil keiner der Generäle es wagte, einen Bürgerkrieg mit eventueller Spaltung Chinas in Küste und Hinterland zu riskieren.

Der eingeschlagene Weg wird fortgesetzt

Wie wird es in der Volksrepublik weitergehen? Man darf sicher voraussagen, daß die augenblickliche Politik nur einen kurzfristigen Rückschlag bedeutet: die Reform wird weitergehen. Warum?

In neuerer Zeit gab es nur zwei in sich stimmige gesellschaftliche Entwürfe: den maoistischen Basissozialismus, der sich in reinster Gestalt in der Volkskommune verkörpert und das privatkapitalistische Verwertungsmodell. Beide gründen auf einem unterschiedlichen Menschenbild, sie sind gleichsam auf einen verschiedenen anthropologischen Grundton gestimmt. Als die Gruppe um Teng Hsiao-p'ing die chinesische Volkswirtschaft unter das Gesetz der „materiellen Anreize" stellte, begann sie einen Weg, an dessen Ende der Sozialismus zum Schemen verblaßt. Denn eine Gesellschaft ist das System ihrer Bedürfnisse: wer unter riesigem Reklameaufwand westliche Waren anpreist, der darf sich nicht wundern, wenn sich die Massen eine konsumkapitalistische Mentalität zulegen. Wer A sagt, muß B sagen, und am Ende des Alphabets erscheinen die Konturen von Hongkong. Der Versuch der Reformer, zwischen Wirtschaft und Gesellschaft einen cordon sanitaire zu legen, erweist sie als Ignoranten in Sachen Massenpsychologie.

Spätestens 1986 war der point of no return erreicht: die jungen, aktiven, intelligenten Teile der chinesischen Gesellschaft hatten sich für das westliche Modell entschieden: Fang Li-chih ist hier nur der Sprecher einer ganzen Generation. Keine Regierung der Welt kann dauerhaft gegen ihre aktive Minderheit herrschen, vor allem wenn diese so groß ist wie in der Chinesischen Volksrepublik. Wenn sie es versucht, wird sie den wirtschaftlichen Marasmus riskieren. Schon jetzt besagen Berichte aus den chinesischen Großstädten, daß die Menschen nur noch ein Minimum arbeiten. Die Produktion geht zurück, die Versorgung wird immer schwieriger.

Wie eingangs erwähnt, sind die Eliten der Volksrepublik angetreten, ein starkes China zu schaffen, das sich in der Welt Geltung verschaffen kann. Sie können diese enorme Schwächung nicht hinnehmen. Wenn die Alte Garde verschwindet, was nur noch die Frage von wenigen Jahren sein kann, wird die Reformmühle weitergedreht, — wahrscheinlich konsequenter und schneller als vorher.

Die letzten zwei Jahrzehnte haben allenthalben gezeigt, daß die großen Alternativmodelle gescheitert sind: das Kapital ist als letztes Subjekt der Geschichte übriggeblieben. Computerbewehrt bereitet es gegenwärtig einen neuen Durchmarsch vor, der geeignet ist, auch noch die Randzonen dem universellen Verwertungsprozeß einzuverleiben.

Was einem Mao Tse-tung in günstigeren Zeitläuften nicht gelang, wird ein Li P'eng in dieser späten Stunde erst recht nicht erreichen. Chinas Weg in die Bürgerliche Gesellschaft wird weitergehen.

Rainer Hoffmann

Anmerkungen:

1) Gemeint sind die Modernisierungen in den Bereichen Landwirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Militär.
2) Fachwissen gekoppelt mit revolutionärer Gesinnung: „sowohl Spezialist als auch rot"
3) Die konfuzianischen Beamten
4) Der Nordwesten
5) Zentrale Militärkommission beim ZK

Zum jetzigen Zeitpunkt läßt sich noch kaum die Tragweite der jüngsten Ereignisse in China ermessen. Die folgende Analyse hat daher notwendig einen vorläufigen Charakter. Interessant und damit veröffentlichungswürdig erscheint sie uns, weil sie aus der Feder eines Chinesen stammt, der dabei war. Notwendigerweise hat er einen ganz anderen Zugang zur politischen Kultur in China als ein Außenstehender. Er zeigt, daß sich hinter dem Massaker vom 4. Juni durchaus Rationalität verbirgt und daß es nicht einfach auf einen Amoklauf seniler Kader zurückgeht.

Stärkung der Parteimacht als oberste Maxime

1. Über die wahre Natur des sogenannten Machtkampfes, der in den letzten Monaten in China stattfand, herrschte bislang wenig Klarheit. Wichtig ist zu begreifen, daß sein Ausgang von Anbeginn an feststand: Deng Hsiaopeng und seine Verbündeten verloren die Kontrolle über die Ereignisse zu keiner Zeit. Es handelte sich somit gar nicht um einen Kampf um die Macht als vielmehr um ein Manöver der starken Männer an der Parteispitze, ihre Macht zu festigen.

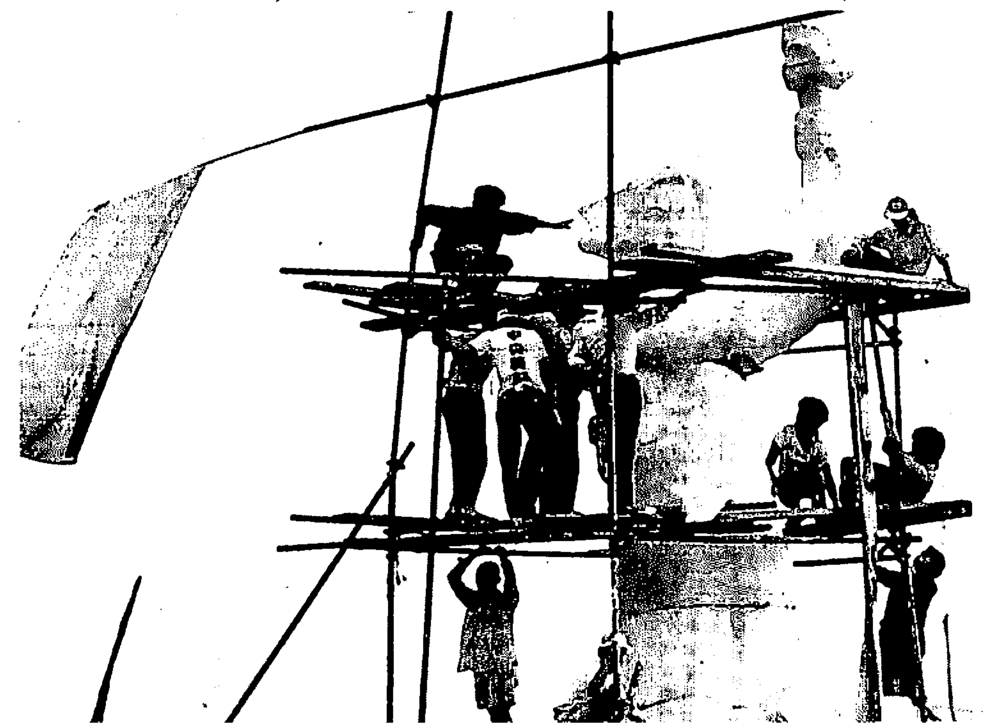
Die Studentenbewegung und die Volksbewegung für Freiheit und Demokratie hatten keinen direkten Einfluß auf diese Vorgänge innerhalb der Partei. Sie bildeten eher den Hintergrund, vor dem die parteiinterne Auseinandersetzung und die schließliche Machtkonsolidierung stattfand. Allerdings einen notwendigen Hintergrund. (...)

Es war Lin Biao, der sagte, daß von Zeit zu Zeit eine „große Unordnung" entstehen muß, damit die eigentlichen Probleme ans Licht treten und sich in der Folge das Gute und das Schlechte voneinander scheidet. Das große Chaos der vergangenen Wochen hat sicherlich einen solchen „Klärungsprozess" in Gang gesetzt. Es war ein Chaos, von dem die Partei wollte, daß es zustande kam. Die Studentendemonstrationen hätten zu einem viel früheren Zeitpunkt, auf verschiedene Weisen, gestoppt werden können. Aber dies zu tun, bevor sämtliche Widersprüche bloßgelegt waren, war nicht im Sinne der Partei.

Allerdings entwickelte die Studentenbewegung schließlich eine zu gefährliche Dynamik: Die Parteiobersten haben vermutlich nicht damit gerechnet, daß die Unterstützung für die Studenten so massiv sein würde. Das hilft zu erklären, warum die Bewegung mit so brutalen Mitteln niedergeschlagen wurde.

2. Inszeniert wurden die Demonstrationen allerdings nicht. Vermutlich verhält es sich so, daß Leute wie Deng, Yang Shangkun und Li Peng lediglich etwas Öl ins Feuer gegossen haben. Möglicherweise hatten sie ihre Hand im Spiel, als Maoportraits abgerissen wurden; oder sie haben Studenten zu Gewaltakten angestiftet oder ihnen Waffen zugespielt...

3. Inzwischen sind in der KPCH diejenigen in den Vordergrund getreten, deren oberstes Anliegen eine Konsolidierung der Macht ist. „Antikonsolidationisten", „Parteispalter", „Konterrevolutionäre" oder wie man sie sonst nennen will, wurden als Strömung ebenfalls klar identifiziert.



Mit dieser Gruppe, die die Mächtigen in der Partei als unbedeutende Minorität abtun, wird man in nächster Zeit vermutlich hart ins Gericht gehen. Zwischen ihr und den „Konsolidationisten" bewegen sich die „Zauderer", die von den Konsolidationisten auf die eigene Seite gezogen und damit neutralisiert werden können. Von deren Standort aus betrachtet sind sie unbedeutend, und sie werden sich mit Leichtigkeit einschüchtern lassen durch die Kampagne kontrollierten Terrors, die im Juni begonnen hat.

4. Es macht wenig Sinn, einzelnen Personen die Etiketten „konservativ" oder „liberal" anzuheften.

Um was es aus der Perspektive Dengs letztlich immer gehen muß, ganz gleich ob man Reform- oder sonstige Politik betreibt, ist die Stärke und Geschlossenheit der Parteiführung. Jemand kann ohne weiteres ein Liberaler sein und dennoch für ein hartes Durchgreifen plädieren — im Namen eben jenes Liberalismus, dem er von oben herab zum Sieg verhelfen will. Umgekehrt kann es sein, daß ein in der Partei als konservativ geltender Kader ganz und gar unfähig ist, die Parteiautorität zu verteidigen, wenn es darauf ankommt. Dieser Parteilogik zufolge darf jedes Mittel angewandt werden, wenn es darum geht, die Einheit und die Stärke der Partei zu festigen. Wenn nämlich die Partei geschwächt wird, die das ganze Land zusammenhält und die somit als „Zentrum" fungiert, dann geht es mit der Volksrepublik bergab. Die Nation fällt auseinander und alles, was bislang erreicht wurde, von der Revolution bis heute, war umsonst.

5. Im Falle der jüngsten „großen Unordnung" fand die Konsolidierung der Parteiführung zu einem sehr frühen Zeitpunkt statt, schon bevor die Truppen auf den Tiananmen geschickt wurden. Zu keinem Zeitpunkt bestand ernsthaft die Gefahr, daß ein Bürgerkrieg ausbrechen würde. Aber die bloße Möglichkeit eines Bürgerkrieges kam Teng sehr zugute, weil sie zu der gewünschten „großen Unordnung" beitrug.

Zu örtlich begrenzten Zusammenstößen

zwischen Armee und Demonstranten wird es auch in naher Zukunft noch kommen und auch die allgemeine Unruhe wird noch andauern. Für die Partei ist die Fortdauer eines solchen Zustandes sehr willkommen, weil sie den „Ordnungsprozess", in dessen Verlauf sich die Spreu vom Weizen trennt, auch auf den unteren Parteiebenen forciert.

6. Die Räumung des Tiananmen war keine emotionale Reaktion oder ein schlichter Racheakt gegen Studenten, die die Parteiführer zu hart angegriffen oder beleidigt hatten. Die Räumung war ein wohlüberlegtes Stück politischer Strategie. Und die Brutalität des Vorgehens war nicht Folge eines völligen „Hohldrehens" der Parteimächtigen, sondern einfach Parteipolitik auf einem anderen Niveau.

Zhao Ziyangs unverzeihlicher Fehler war, daß er die Dinge zu entschieden in die eigene Hand nahm. Er schätzte die Situation falsch ein, als er sich auf den Tiananmenplatz begab, um mit den Studenten zu sprechen: Mit dieser Aktion überschritt er die Grenze des noch Geduldeten. Sie zeigte Deng, daß sein gewählter Nachfolger ein potentieller „Kapitulationist" war und zu emotional reagierte. Man ist geradezu versucht sich vorzustellen, daß Zhao weinte, als er sich auf dem Tiananmen befand, weil er zu dem Zeitpunkt wußte, daß er mit seiner Politik gescheitert war, daß viele Studenten sterben würden und daß seine Zeit an der Parteispitze vorüber war. Wir werden niemals einen Quiao Shi oder einen Li Peng um Studenten weinen sehen oder bei einem ähnlich sentimentalen Akt erleben.

7. Die moralische Dimension des Parteibeschlusses, den Tiananmen räumen zu lassen, sollte man auf keinen Fall unter den Tisch fallen lassen. Wie unmenschlich auch die Anordnung im nachhinein erscheinen mag — vom moralischen Standort der Parteikader aus gesehen ist sie durchaus rational.

Die Moral der Parteihöchsten läßt sich am besten kennzeichnen als eine überindividuelle Moral, die geleitet wird von der Suche nach dem Wahren. Individuelle Tugend hilft bei dieser Suche nicht weit; wichtiger ist ein klarer Blick auf Kräfte und Ereignisse, die gesellschaftlich relevante Folgen haben werden. Man kann sich Deng Hsiaopeng vorstellen wie er sagt: „Was sind einige tausend Studenten gemessen an den Millionen, die durch Hunger oder Bürgerkrieg umkämen, sobald wir keine starke zentralistische Führung mehr hätten?" Oder Yang Shangkun, der hinzufügt: „Wir handeln moralisch, aber im Sinne unserer eigenen chinesischen sozialistischen Moral. Wo waren denn all unsere „Freunde" aus den westlichen „Demokratien", als während der schwierigen Zeit der frühen sechziger Jahre Millionen sterben mußten?

Moral, wie die KPCH sie versteht, muß sich am gesellschaftlich Notwendigen orientieren. Die Schwäche einer solchen Auffassung liegt darin, daß sie die Funktion einer Sache mit der Sache an sich verwechselt. Die Studenten auf dem Tiananmen etwa waren in hohem Maße von moralischen Grundsätzen geleitet, sie verstanden sich nicht so sehr als politische Bewegung. Aber die KPCH erkannte ziemlich klar, daß die Aktionen weitreichende politische Folgewirkungen haben würden. Folglich, aus der Perspektive Deng Hsiaopengs wurde sie zu einer politischen Bewegung, die niedergeschlagen werden mußte.



Doch die Folgen auch von Dengs Handeln laufen seiner Intention zuwider: Die Studenten sind nach dem Massaker nicht mehr nur das, was sie zuvor waren: das moralische Gewissen der Nation. Sie sind nun tatsächlich zu einer permanenten politischen Oppositionskraft geworden. Schlecht organisiert zwar, aber bedeutend, weil viele an der Zahl.

8. Auf die Phase der großen Unordnung folgt laut Mao eine Phase großer Ordnung. Die jetzige Regierung hat längst eine Kampagne gestartet, um die Demokratiebewegung in Verruf zu bringen. Sie wird mit Sicherhiet viele Leute davon überzeugen können, daß es sich bei der Bewegung um einen konterrevolutionären Komplott gehandelt hat. 80% der Chinesen leben noch auf dem Land und werden bereitwillig der Version der Regierung Glauben schenken, da sie nicht die Möglichkeit haben, etwas anderes in Erfahrung zu bringen.

Besonders traurig ist, daß auch große Teile der städtischen Bevölkerung die regierungsamtliche Version akzeptieren und darüber sehr schnell wieder zur Tagesordnung übergehen werden.

9. Nahezu jeder überschätzte die Wirkung der ausländischen Berichterstattung auf das Vorgehen der chinesischen Regierung. Das Tiananmen-Massaker zeigt, daß die chinesische Regierung eine Einmischung von außen nicht akzeptiert. Die brutale Unterdrückung muß dementsprechend als Ausdruck des „Sozialismus chinesischer Prägung", so wie ihn Deng Xiao Ping versteht, betrachtet werden. Die Unterdrükkung gilt als „sozialistische Modernisierung" mit anderen Mitteln.

Diese Politik wird sich jedoch nicht unbedingt negativ auf die Wirtschaft auswirken. Einige Leute in Hongkongs Geschäftswelt prophezeien schon jetzt verbesserte Geschäftsbedingungen in einem neu stabilisierten China. Mithilfe der Macht der wiedergefestigten Führung werden erneut Schritte unternommen, um ausländisches Kapital zu Investitionen zu ermuntern, wahrscheinlich zu sehr vorteilhaften Bedingungen. Leute, die in der KPCH als Liberale abgestempelt wurden, tauchen möglicherweise wieder auf, um ausländische Geschäftsleute als „gute Freunde" zurückzugewinnen. Sie werden schweigen und ihren Vorteil aus der neuen Regierung ziehen.

Auch die kulturellen Austauschprogramme wird die chinesische Regierung langfristig weiterlaufen lassen. Sie werden die neue Ordnung in keiner Weise stören, dabei aber das Prestige der Regierung heben. Es muß angemerkt werden, daß die Programme so gut wie keine Auswirkungen auf die chinesische Politik haben.

10. Zum erstenmal seit 40 Jahren existiert nun in China eine politisch ernstzunehmende Kraft außerhalb irgendwelcher staatlicher Institutionen. Sie mag schwach und schlecht organisiert sein, aber sie hat einigen Rückhalt bei einer nicht kleinen Gruppe der städtischen Bevölkerung, vornehmlich bei Intellektuellen. Langfristig wird diese politische Kraft Erfolg haben...

Sie verdient und benötigt Unterstützung aus dem Ausland. Daher dürfen sich Ausländer durch die Erfahrung, daß die bisherigen Kulturaustauschprogramme offensichtlich keine Auswirkung auf die chinesische Politik hatten, nicht dazu verleiten lassen, die Drähte der Kommunikation nach China zu kappen. Kommunikation und Austausch ist eine Möglichkeit, der Demokratiebewegung den Rücken zu stärken.

Anmerkung:
Der Text des Autors ist stark gekürzt. Einige Passagen wurden ganz weggelassen, in einigen Fällen wurden Textteile umgestellt.
Die Übersetzung ist ziemlich frei.

Von der Politik zum Kommerz

Zum entwicklungsbezogenen Handel

Die Aktion Dritte Welt Handel steckt derzeit in einer schweren Krise. Funktionierte sie bisher als kritischer Kontrapunkt herkömmlicher Entwicklungspolitik, so droht sie nun zum machtlosen Werkzeug dieser Entwicklungspolitik zu werden. Krisenherd ist nicht der Nahe oder Ferne Osten, sondern der ganz nahe Westen, das idyllische Schwelm und dort genauer die GEPA mbH — Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt.
Die beiden Autoren kennen die Auseinandersetzungen in der GEPA aus eigener Anschauung, denn sie waren bis vor kurzem als Mitarbeiter der GEPA in der Gruppen- und Projektberatung tätig.

Die Waren, mit denen die Dritte-Welt-Läden und Aktionsgruppen in der BRD ihre Arbeit betreiben, werden zum größten Teil über die GEPA mbH, der Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt, mit Sitz in Schwelm bei Wuppertal, importiert. Wenn man so will, ist die GEPA die Handelsorganisation der A3WH (Aktion Dritte Welt Handel), deren Namenszug sie auch als Untertitel führt. Träger (Gesellschafter) der GEPA sind das Bischöfliche Hilfswerk Misereor e.V., die Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland (AG KED), die Arbeitsgemeinschaft Dritte Welt Läden e.V. (AG 3 WL e.V.), die Regionalkonferenzen der Aktion Dritte Welt Handel, der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), die Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Jugend (AEJ).

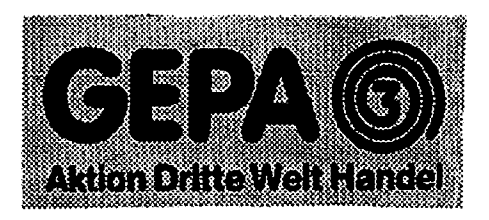
Zur A3WH zugehörig verstehen sich alle Gruppen und Organisationen, die mit Produkten aus Projekten in der Dritten Welt arbeiten. Mit dieser Arbeit verfolgt die A3WH wie auch die GEPA zwei Ziele: die Projektunterstützung von entwicklungsbezogenem Handel und die entwicklungspolitische Aufklärung hier in der BRD.

Bereits 1977 haben die Träger der GEPA einen Katalog von Kriterien verabschiedet, der Richtlinien für die Auswahl von Produzenten und Produkten gibt. In einer Präambel zu diesem Kriterienkatalog werden Zielvorstellungen, entwicklungspolitischer Hintergrund und die Entwicklungsbezogenheit von Handel und Bildungsarbeit deutlich gemacht. Der Handel der GEPA, ihrer Partner und ihrer Abnehmer grenzte sich mit solchen Kriterien ganz deutlich vom herkömmlichen Handel mit Ländern der Dritten Welt ab.

In diesen Grundregeln der GEPA ist das festgehalten, was die A3WH politisch will: Die eigenständige Entwicklung von Produzenten in der Dritten Welt soll durch „behutsamen" und „selektiven Handel" gefördert werden. Die GEPA verfolgt also, wie andere Organisationen auch, entwicklungspolitische Ziele. Der Handel ist dabei Mittel zum Zweck. Höhere Preise und/oder andere Handelsvorteile, die die GEPA ihren Partnern gewährt, sind also nicht Ziel, sondern Instrument des Dritte-Welt-Handels. Die Anwendung dieser Instrumente ist nur sinnvoll, wenn sie Autonomie und Selbsthilfe der Produzenten vorantreiben helfen.

Entwicklungsbezogener Handel — Schein und Wirklichkeit

Der entwicklungsbezogene Handel, den die GEPA im Rahmen der A3WH betreiben sollte, ist **eine spezielle Methode** der Entwicklungshilfe/Entwicklungszusammenarbeit. Die GEPA ist dieser Zielsetzung allerdings nicht gerecht geworden. Obwohl das Dilemma zwischen dem Ziel der Handelsintensivierung einerseits und dem Ziel des Abbaus von einseitiger Exportabhängigkeit der Dritten Welt andererseits erahnt wurde, sind keine ernsthaften Anstrengungen unternommen worden, um diesem Dilemma zu entgehen. Anscheinend haben schon die Verfasser der Projektpartner-Kriterien der GEPA an der Realisierung der politischen Ansprüche durch ein Wirtschaftsunternehmen gezweifelt, als sie die Verbindlichkeit der Grundregeln zurücknahm. In der Tat sind diese Regeln **kein** „schlüssiges" System. Vor allem sind sie aber nicht brauchbar, weil sie nicht eingehalten werden müssen.



Nun stören die politischen Ansprüche seit Jahren die Handelsorganisation, die um kommerziellen Erfolg bemüht ist. Die politischen Ansprüche sind ein störender Fremdkörper innerhalb der GEPA, der diese ständig zu wahren Kunstgriffen der Legitimation zwingt. Beispiele hierfür sind die Argumente für den Import von kanadischem Wildreis, der Herstellung von Mischkaffee und die Notwendigkeit des Versandhandels. Ein Argument wird allerdings nie benannt — die Ertragssicherung und -steigerung, die mit dem Vertrieb des Delikatessproduktes „Wildreis" oder dem Massenprodukt „Mischkaffee" und der Absatzstrategie „Versandhandel" eindeutig verfolgt wird.

Die entwicklungspolitische Orientierungslosigkeit des GEPA-Handels offenbart sich auch dem interessierten Laien bei der Lektüre der einschlägigen Informationsbroschüren. Niemand weiß, was unter Selbsthilfe zu verstehen ist, gerade aber starke, an hohen Umsätzen orientierte Partner sind auf keinen Fall Selbsthilfegruppen. Bei Tee, Kaffee und Wein handelt es sich teilweise um große staatliche Organisationen oder sogar um reine Privatunternehmen. Baumwolltextilien werden größtenteils von einem indischen Genossenschaftsverband gekauft, deren Selbsthilfe-Charakter allgemein angezweifelt wird.

Andere Projekte sind durch die GEPA erst recht in Export-Abhängigkeit geraten — Jute aus Bangladesh. Da zu zielgerichtetem entwicklungspolitischen Handeln



nicht fähig, werden alle möglichen Begleiterscheinungen des GEPA-Handels nun als Vorteile für die Partner herausgestellt (biologischer Anbau, höheres Einkommen), ohne auf ihre entwicklungspolitische Bedeutung überprüft zu werden. Ein Zusammenhang zu den Zielen der A3WH ist nicht mehr zu erkennen.

Warum ist es so gekommen? Ist das Ziel des entwicklungsbezogenen Handels nur ein Rest überholter idealistischer Vorstellungen der 70er Jahre? Ist die Förderung autonomer Selbsthilfe in der Dritten Welt zwar gut gemeint aber wegen der allgemeinen Vernetzung (!) unrealistisch und naiv?

Weder die GEPA noch die dominanten kirchlichen Träger MISEREOR und AGKED können diese Fragen beantworten. Eben weil sie sich in der Vergangenheit nicht an den Zielen entwicklungsbezogenen Handelns orientiert haben. Niemals ist in der GEPA systematischer entwicklungsbezogener Handel betrieben worden:

- Zentrale Begriffe sind vage mit Inhalt gefüllt, schlecht abgegrenzt und daher nicht eindeutig umsetzbar (z.B. Abhängigkeit, Selbsthilfe)
- Die Kriterien machen Angaben zu Produzenten, Produkten und Vermarktung. Es wird nicht deutlich, wie zu bewerkstelligen ist, daß der Import die Export-Abhängigkeit der Partner reduziert. **Selektiver Handel als Methode ist überhaupt nicht entwickelt.**
- Notwendige Gewichtungen im Regelwerk werden nicht vorgenommen. Was sind unverzichtbare Merkmale bei Produzenten und Produkten? Was sind Regeln wert, mit denen sich letztendlich doch alles rechtfertigen läßt (auch Produkte aus Monokulturen, Kolonialprodukte, Grundnahrungsmittel)?
- Die tatsächlichen Auswirkungen des GEPA-Handels sind weitgehend unbekannt, weil sie nicht überprüft werden. So ist es möglich, daß der Dritte-Welt-Handel die Exportabhängigkeit verstärkt (Jute aus Bangladesh, Bio-Tee), also genau das bewirkt, was er vorgibt zu bekämpfen.
- Die GEPA ist ein Handelsbetrieb und keine Organisation der Entwicklungshilfe. Aufbau und Struktur der GEPA lassen gar keinen entwicklungsbezogenen Handel zu. Es fehlen entsprechende Fachkräfte und entwicklungspolitisches Fachwissen, die konzeptionelles entwicklungspolitisches Handeln gewährleisten.
- Den vorgesehenen Organen (Ausschüssen) ist wirksame Kontrolle der Projekt- und Produktpolitik nicht möglich.

Da die vorstehenden Mängel der GEPA schon länger bekannt sind und auch immer wieder von Seiten entwicklungspolitisch orientierter Gruppen herausgestellt wurden, bleibt natürlich die Frage, warum aktuelles entwicklungspolitisches Fachwissen, das ja die Methoden „angepaßter Hilfe“ (Grundbedürfnisstrategie, Stelbsthilfeförderung) immer fragwürdiger erscheinen läßt, auf die Arbeit der GEPA bis heute nur den Einfluß hat, daß sie versucht, eben jene Gruppen und Kritiker mundtot zu machen. Wie kann es angehen, daß eine solche Organisation über Jahre mit unklaren Zielen und diffusen Methoden handelt?

Entweder fehlt an entscheidender Stelle, und das wären die beiden kirchlichen Träger AGKED und Misereor, die politische Bereitschaft, die GEPA zielgemäß auszurichten oder aber es fehlt die professionelle Kompetenz zur Umsetzung der vorgegebenen Ziele. Dies führt zu generellen Zweifeln an der Arbeit der kirchlichen Hilfswerke. Es stellt sich nämlich die Frage, durch welche Vorstellungen von Unterentwicklung, Entwicklungshilfe und -planung diese Organisationen ihre Projektarbeit in der Dritten Welt leiten lassen, wenn der maßgebliche Einfluß auf die GEPA keine entwicklungspolitisch fundierte Arbeit zur Folge hat.

Flucht nach vorne — Fairer Handel als Ideologie

Die Erkenntnis, daß die GEPA niemals systematisch entwicklungsbezogenen Handel betrieben hat und daß hierdurch die politische Wirksamkeit der A3WH insgesamt gehemmt wird, setzt sich auf der Ebene der Macht leider nicht durch. Haben wirtschaftliche Gesichtspunkte bislang eher im Verborgenen die Politik der GEPA bestimmt, wird nun die Kommerzialisierung offen zum Programm erklärt. Diese Kommerzialisierung ist trauriges Ergebnis einer falsch verstandenen Professionalisierungsdiskussion. Der entwicklungsbezogene Handel wird keineswegs professionell gehandhabt.

Die Idee heißt fairer oder alternativer Handel. Sie soll die Unmoral im herkömmlichen Handel zum Anlaß nehmen, Partner in der Dritten Welt nach sozialen Gesichtspunkten auszuwählen und diesen „faire“ Bedingungen anbieten. Die geplante Ausweitung dieses Modells soll die Tauschbedingungen für Produzenten in der Peripherie verbessern helfen und so zu gerechteren Handelsbedingungen beitragen.

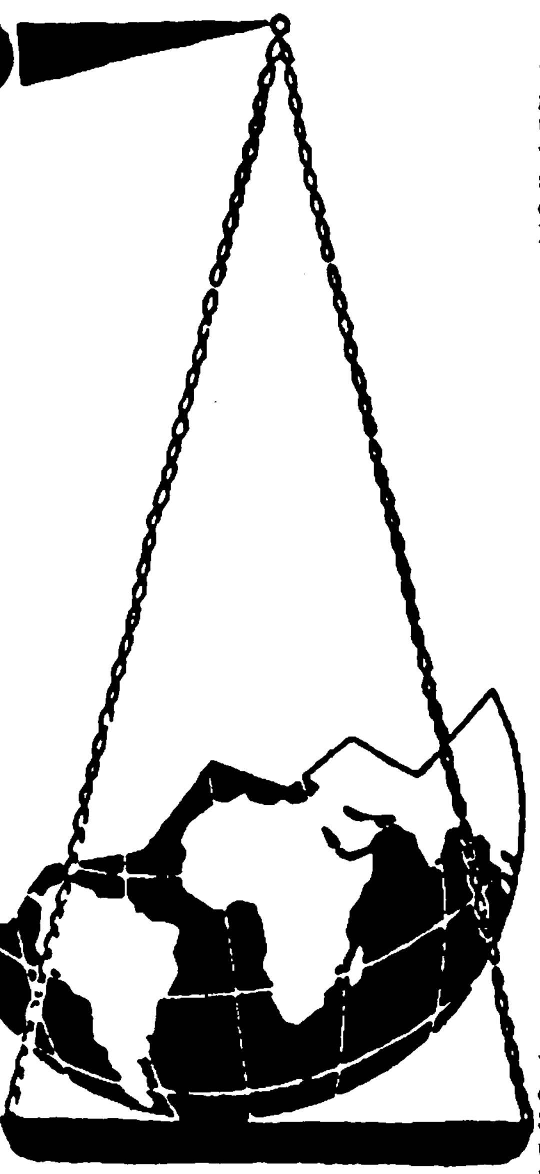
Was hier einleuchtend klingt, ist — wie noch zu zeigen ist — eine schädliche, unpo-





litische Illusion, die in Alltagsvorstellungen von Welthandel und Weltmarkt verhaftet bleibt. Die Selbsthilfeförderung soll nun auch programmatisch ad acta gelegt werden. Statt dessen sollen Produzenten auf breiter Ebene dazu gebracht werden, für den Export zu produzieren. Dieses Konzept ist aber nicht nur eine Gefahr für solche Produzenten, die der Verlockung schneller Exporterlöse nicht widerstehen können. Es beeinträchtigt ebenso die Glaubwürdigkeit der Dritte-Welt-Gruppen und -Läden, die noch auf GEPA-Produkte angewiesen sind. Obwohl diese Gruppen durch ihre ehrenamtliche Arbeit die GEPA eigentlich tragen und groß gemacht haben, sollen sie in Zukunft kaum mehr als symbolischen Einfluß haben.

Erstaunlich ist, daß die Idee des fairen Handels und die damit einhergehenden Strukturveränderungen in der GEPA offensichtlich auf die Initiative des evangelischen Trägers AG-KED zurückzuführen sind. Es fragt sich, ob die in diesem Konzept enthaltenen Ideen zu Welthandel und Selbsthilfe tatsächlich den entwicklungspolitischen Standpunkt evangelischer Or-



ganisationen und der evangelischen Kirche wiedergeben.

Der Pragmatismus der Verwaltung

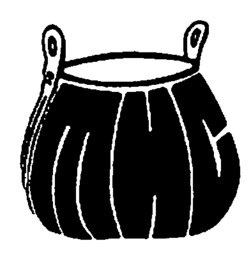
Aus organisationstheoretischer Sicht läßt sich gut erklären, warum entwicklungspolitisches Fachwissen die Politik der GEPA nie wirklich bestimmt hat und warum die Idee des fairen Handels so vehement vertreten wird:

Der kirchliche Einfluß bei der Wahrnehmung „artfremder" Aufgaben — hier entwicklungsbezogener Handel — ist beschränkt auf die Herleitung aus dem Vorbild kirchlicher Verwaltungsroutine, die mit der Beschaffung, Verwaltung und Verteilung von Mitteln beschäftigt ist. Im Falle des Dritte-Welt-Handels wurde ein berufsmäßig organisiertes (Handels-)Unternehmen (GEPA) — durchgesetzt mit Elementen solcher Verwaltung, den Ansprüchen des HGB (Handelsgesetzbuch) zur Genüge — geschaffen. Dieses Unternehmen wurde so strukturiert, daß es nicht in den politischen Zielen, sondern im Handel selbst seine typische Eigendynamik entfaltet. Entsprechend dieser Dynamik wollen die kirchlichen Hilfswerke nun die Kommerzialisierung des Dritte-Welt-Handels vorantreiben. Das bereits vollzogene Aufgeben der ursprünglichen Ziele wird nachträglich durch das „Konzept" des alternativen oder fairen Handels gerechtfertigt. Dieses „Konzept" ist ein rein wirtschaftliches, das sich durch entwicklungspolitische Konzeptlosigkeit auszeichnet.

Kritik der bisherigen Praxis im einzelnen

Dieser Dritte Welt Handel wird nicht von den Selbsthilfe- und Überlebensinteressen marginalisierter Gruppen in der Dritten Welt bestimmt, sondern von der Nachfrage, d.h. von den Konsuminteressen einer entsprechenden Käuferschicht in der BRD. Als Partner/Lieferanten kommen so verstärkt große Organisationen in Frage, die willig sind und Möglichkeiten haben, „ihre" Produzenten zu weltmarktorientierter Produktion zu bringen (z.B. wie die indische Großorganisation Cooptex). Im Falle des erfolgreichen Bio-Tees hat gar ein kommerzieller Teekonzern für die GEPA die Rolle des Partners übernommen. Dieser Tee wird nicht von Selbsthilfegruppen gekauft, sondern wie jeder andere Tee auch gehandelt, über einen der größten Tee-Exporteure Sri Lankas. Der Trend geht insgesamt zu leistungsfähigen Lieferanten, denen in der Konkurrenz zu Schwächeren die Anpassung an moderne Anforderungen des Export so lange gelingen kann, bis der Markt hier andere Produkte verlangt, die sie nicht mehr liefern können. Die neuen GEPA-Vermarktungsmethoden und -absichten erfordern jetzt bereits eine prospektfähige Standardisierung der Produkte. Gruppen und Organisationen, für die exportorientierte Produktion neben sozialer und politischer Arbeit nur eine (Neben-)Sache ist, kommen dann in den Genuß der GEPA-Handelsvorteile, wenn sie das Schwergewicht ihrer Arbeit auf die Herstellung verkäuflicher Produkte verlagern.

Die drastischen Umsatzeinbrüche bei Jute und anderen Handwerksartikeln haben gezeigt, daß niemand den Produzenten hilft, wenn entsprechende Produkte nicht mehr gefragt sind. Zwar kann die GEPA den Partnern gegenüber mahnend den Finger heben: „nichts währet ewiglich", damit



ist sie aber nicht aus der entwicklungspolitischen Verantwortung entlassen. Nach dem neuen Konzept, frei von entwicklungspolitischen Notwendigkeiten, will man sich auf dem Weltmarkt diejenigen Lieferanten auswählen, die attraktive Produkte und notwendige Handelsspannen versprechen. Das Risiko trägt immer der Partner.

Hier offenbart sich auch, wie absurd und ideologisch verschleiernd die Haltung der GEPA ist, wenn behauptet wird, durch Handelsförderung könne man den Partnern Kontinuität und sichere Handelsvorteile einräumen. Jute, Alpaka, Chutneys und vieles mehr zeigen, daß weder Handel noch Nachfrage von der GEPA kontrolliert werden können. Wie jedes andere Handelsunternehmen auch kann die GEPA lediglich die eigene Existenz absichern indem sie im Hinblick auf Absatz- und Bezugsmöglichkeiten flexibel ist.

Generell müssen die so hervorgehobenen Vorteile des GEPA-Handels genauer unter die Lupe genommen werden, Informationsmaterial und Prospekte genau und auch zwischen den Zeilen gelesen werden. Meist ist kaum nachzuvollziehen, wieviel der Produzent tatsächlich für seine Ware/Leistung erhält. Preise, die auf den Exporthafen bezogen sind (FOB = free on Board), geben keinerlei Auskunft über den Produzentenanteil, der ist nämlich in der Regel nur ein Bruchteil dieses Exportpreises und im Vergleich zum Gesamtpreis oder zur GEPA-Handelsspanne verschwindend gering. So bringt der Dritte Welt Handel der GEPA weitaus mehr als den Produzenten.

Der Begriff Partnerschaft wird ideologisiert und damit Gleichheit und Gegenseitigkeit vorgetäuscht, die nicht vorhanden ist. Im Gegenteil verfestigen sich typische einseitige Abhängigkeiten und vergrößern sich sogar. Kommerzialisierung eines solchen Dritte Welt Handels sind nicht Reformen zum Wohl der Partner sondern bedeuten Verstärkung externer Abhängigkeiten für diejenigen, die bislang dem Weltmarkt noch nicht direkt ausgesetzt waren.



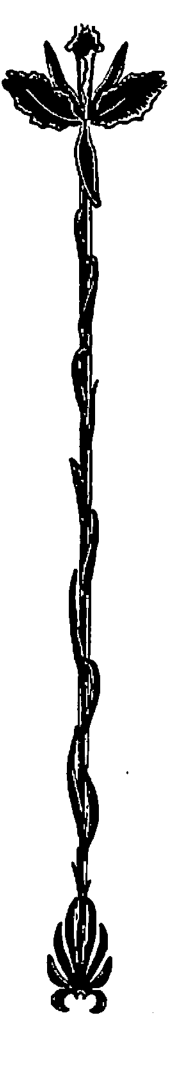
Das Vorhaben Kommerzialisierung ist letztlich nichts anderes als ein Rezept zur marktgerechten Anpassung eines Handelsunternehmens an die herrschenden Gegebenheiten. Weil es keine wirklichen Veränderungen gibt, ist dieser Handel weder fair noch gerecht und deshalb auch kein Modell. Solche Ideen sind eher ein Beitrag zur Verschleierung des Welthandels als Instrument kapitalistischer Durchdringung und neo-kolonialer Aneigung. Diese Neuauflage subtiler Modernisierungstheorien hilft das zu legitimieren, was ursprünglich Angriffspunkt der A3WH sein sollte. Gelingt es nicht, die geplante Entwicklung zu stoppen, wird der Dritte Welt Handel zur lukrativen Geschäftsidee, die in der Versorgung des gehobenen Bürgertums mit attraktiven Produkten, versehen mit einem moralischen 'touch', ihre Marktchancen erkennt. Und dies geschieht dann auch noch auf Initiative kirchlicher Hilfswerke.

Michael Sommerfeld und Rainer Stahl

In Heft 157 haben wir uns ausführlich mit den Gewerkschaften in der „Dritten Welt" auseinandergesetzt. Dabei ist eine Kritik der DGB-Politik im internationalen Bereich herausgefallen. Diese wichtige Auseinandersetzung wollen wir jetzt nachholen: Der Beitrag von Ulla Mikota zeigt die Rahmenbedingungen internationaler Gewerkschaftsarbeit und die Schwierigkeiten des DGB mit internationaler Solidarität auf. Eine schärfere Kritik formulierte Karl Rössel auf dem 2. Treffen gewerkschaftlicher Solidaritäts- und Aktionsgruppen in Köln im Oktober letzten Jahres. Wir dokumentieren seine Rede in dieser Ausgabe. Der DGB hat offenbar Probleme im Umgang mit der Kritik und hat die Ergebnisse des Treffens leider bis heute nicht veröffentlicht.

Gewerkschaftlicher Internationalismus - ein Mauerblümchen

Der Internationalismus der bundesdeutschen Gewerkschaften führte in den letzten Jahrzehnten ein wenig beachtetes,ausgesprochen beschauliches Schattendasein. Dies bedeutet jedoch nicht, daß sich nicht einige, wenn auch sehr verschiedene 'Gewächse' entwickelt hätten, die von festverwurzelten, kaum entwirrbaren institutionellen 'Verästelungen' gewerkschaftlicher Außenpolitik über beeindruckende 'Blüten' auf der Spielwiese gewerkschaftlicher Jugendarbeit bis hin zu zarten, aber hoffnungsvollen 'Knospen' der Erkenntnis weltweiter Bedrohungen durch das bisher gelebte Wachstumsmodell reichen. Obwohl diese 'Vegetation' keineswegs üppig ist, scheint dagegen der Mythos naturwüchsigen gewerkschaftlichen Internationalismus' ein schier unverwüstliches Immergrün zu sein.



Vergleicht man die theoretisch-verbalen Ansprüche und Absichtserklärungen gewerkschaftlichen Internationalismus', die sich die Arbeiterbewegung seit ihrer Entstehung auf die Fahnen geschrieben hat mit der tagespolitischen Realität, scheinen Enttäuschung, Wut, moralische Empörung und politische Ablehnung vorprogrammiert und verständlich.

Dies insbesondere, wenn gewerkschaftlicher Internationalismus mit Bereichen 'internationalistisch Engagierter' in Berührung kommt, für die internationale Solidarität ein wichtiger Bestandteil oder oft sogar zentraler (politischer) Punkt ihres Alltags ist. Obwohl dieses Engagement auf die verschiedensten Motivationen, zurückzuführen ist, ist ihm jedoch eines gemeinsam: die individuelle Entscheidung über Art und Ziel der Aktivität. Eine Entscheidung, die dann in der Regel zum Anschluß an eine Initiative etc. führt.

Wenn wir über den Internationalismus der Arbeiterbewegung - und im speziellen der Gewerkschaften - reden, haben wir es mit einem völlig anderen politischen Subjekt zu tun: einer politischen Großorganisation mit ca. acht Mio. Mitgliedern jeder politischen Couleur, einer sog. Einheitsgewerkschaft. Unter deren Dachverband DGB finden sich 16 Mitgliedsgewerkschaften mit den unterschiedlichsten Problemlagen und Interessen wieder, von denen die meisten in diesen Jahren bereits ihr 100jähriges Bestehen feiern, also eine lange Geschichte und Tradition haben. Nicht zuletzt aufgrund dieser Geschichte hat es der gewerkschaftliche Internationalismus heute mit ganz speziellen Rahmenbedingungen zu tun.

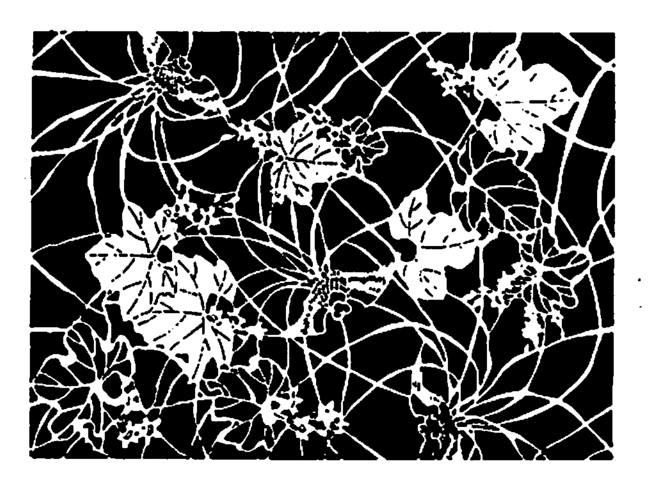
Internationale Organisationsstrukturen nach dem 2. Weltkrieg

Auf der Bühne internationaler Gewerkschaftsarbeit tummeln sich zahlreiche Organisationen. Politisch dominiert wurde dieses Szenario bisher jedoch eindeutig von den jeweiligen gesellschaftspolitischen Ideologien, verkörpert in den zwei Weltge-

werkschaftsorganisationen: dem 'westlich' - verpflichteten Internationalen Bund freier Gewerkschaften (IBFG) und dem 'östlich' - zugeordneten Weltgewerkschaftsbund (WGB). Der dritte im Bunde, der christlich orientierte Weltverband der Arbeitnehmer (WVA) wird zwar von beiden umworben, spielt aber aufgrund seiner insgesamt als rückläufig einzustufenden Größenordnung keine zentrale Rolle. Daneben sind die sogenannten Internationalen Berufssekretariate (IBS), die Weltkonzernbetriebsräte und der gerade in letzter Zeit aus aktuellem Anlaß der europäischen Integration interessant gewordene Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) zu nennen.
Bereits im Februar 1945 fand in London eine erste Weltgewerkschaftskonferenz statt, auf der auch die Gewerkschaften Lateinamerikas und erstmalig auch die Gewerkschaften der Kolonialgebiete in Erscheinung traten. Trotz damals schon offensichtlich sehr unterschiedlicher politischer Kräfte und Positionen wurde im Oktober 1945 in Paris der Weltgewerkschaftsbund (WGB) gegründet.

Infolge des Kalten Krieges und unterschiedlicher Vorstellungen über die Autonomie der nationalen Verbände, spitzten sich diese innerorganisatorischen Flügelkämpfe zu; bis hin zum Austritt der sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaftsbünde. Diese gründeten 1949 den *Internationalen Bund freier Gewerkschaften* (IBFG). Ende 1986 hatte der IBFG 149 Mitgliedsorganisationen aus 100 Ländern auf allen Kontinenten mit rund 83 Mio. Mitgliedern, wobei die Hälfte aller Mitglieder durch die AFL/CIO und ein Dutzend westeuropäischer Gewerkschaften vertreten werden und damit in der politischen Willensbildung ein euroamerikanisches Schwergewicht herrscht.
Mitglieder können alle Gewerkschaftsbünde werden, die sich aus 'freiem Willen zu den Zielen und der Satzung des IBFG bekennen'. Die Mitgliederorganisationen des IBFG sollen 'frei, repräsentativ und demokratisch sein', frei zur Kritik an der Regierung und frei und unabhängig von den Arbeitgebern, repräsentativ als nationaler Verband und demokratisch im inneren Aufbau und hinsichtlich ihrer Vorstellungen über die Gesellschaft. In Ausnahmefällen hat der IBFG auch Einzelgewerkschaften (dies gilt insbesondere für Japan, den Libanon, die USA) und /oder zwei Gewerkschaftsbünde pro Land aufgenommen. Dies ist jedoch nur möglich, wenn sich der bereits im IBFG befindliche Verband damit einverstanden erklärt. In diesem Repräsentationsanspruch liegt gerade bei der Gründung von oppositionellen Gewerkschaftsbünden (Brasilien, Südkorea) viel politischer Sprengstoff.

Ausdruck des Kalten Krieges war das 1952 vom IBFG erlassene Kontaktverbot zu den Gewerkschaften des 'kommunistisch ausgerichteten' Weltgewerkschaftsbundes (WGB). 1970 wurde zwar das Verbot bilateraler Kontakte mit den WGB-Gewerkschaften aufgehoben, da sich in der Realität immer häufiger bilaterale Kontakte ergaben. Während bei zahlreichen Gewerkschaften auch heute noch ideologische Berührungsängste vorhanden sind, u.a. auch bei verschiedenen DGB-Gewerkschaften, herrscht bei der mitgliederstärksten und einflußreichen AFL/CIO ein ungebrochen militanter Antikommunismus.
Die wichtigsten Organe des IBFG sind der Kongreß, der Vorstand, der Generalsekretär und themenbezogene Ausschüsse, in denen z.B. DGB-Vertreter u. Einzelgewerkschaften die Politik mitbestimmen. Industrie- und Entwicklungsländer sind etwa gleichstark im 36-köpfigen Vorstand vertreten, dem handelnden und leitenden Organ des IBFG. Die regionalen Unterorganisationen spielen unterschiedliche Rollen.



Während die afrikanische AFRO kaum aktiv ist, die asiatisch-pazifische ein relativ reges Leben führt, wird die interamerikanische ORIT von der US-amerikanischen AFL/CIO mehr oder weniger geführt.
Neben den jährlichen Mitgliedsbeiträgen an den BFG zahlen einige Mitglieder aus den Industriestaaten freiwillige Beiträge in einen internationalen Solidaritätsfonds, aus dem vor allem die Arbeit in den Entwicklungsländern finanziert wird und Opfer politischer Verfolgung, Unterdrückung oder Naturkatastrophen Hilfe erhalten. Darunter fallen z.B. Beschäftigungsprogramme in Form von Wohnungsbau, Bewässerungsprojekten, Aufbau von Landwirtschafts- und Handwerksgenossenschaften und von beruflichen Ausbildungsstätten. Dabei sind die Gewerkschaften keineswegs eine unter zahllosen »NGOs«, d.h. regierungsunabhängigen Organisationen, die Entwicklungsarbeit leisten. Der entscheidende Unterschied liegt in dem von den Gewerkschaften vertretenen entwicklungspolitischen Ansatz. Auch ihnen geht es um die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen in der Dritten Welt, aber sie sehen den Hebel für das Ingangsetzen dieses Prozesses in der kollektiven Organisierung der direkt Betroffenen in starken, demokratischen Gewerkschaften, die zur Entwicklung ihres jeweiligen Landes beitragen und dabei auf die Wahrung der Menschenrechte und auf wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit hinwirken. Bereits 1979 veröffentlichte der IBFG eine Entwicklungscharta „Für eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung", in der er u.a. ein Aktionsprogramm für eine weltweite Entwicklung, Strategien zur Erfüllung der Grundbedürfnisse und zum Thema Gewerkschaften und Entwicklung vorstellt.
Der 14. IBFG-Weltkongreß (14.-18.3. 1988 in Melbourne/Australien) über die zukünftigen Aufgaben der internationalen freien Gewerkschaftsbewegung stand unter dem Motto „Wandel der Herausforderung". In dem Bericht des IBFG-Generalsekretärs an die Konferenz wird trotz der Aufzählung zahlreicher besorgniserregender Faktoren wie dem „Ende der sogenannten dreißig glorreichen Jahre steigender Produktionsleistung, ausgedehnteren Handels und erhöhtem Lebensstandard" ein ungebrochener Fortschrittsglaube in das westliche Wachstumsmodell deutlich. Zwar stellt John Vanderveken fest, daß sich die wirtschaftliche und politische Infrastruktur vieler Länder, von denen die meisten 1950 noch Kolonien waren, in dramatischer Weise entwickelt hat. „Dennoch leben hunderte Millionen von Menschen immer noch in traditionellen ländlichen Gesellschaften, wo das Ausbleiben von Veränderungen mehr ins Auge fällt als die erzielten Fortschritte, aber selbst dort zeigen grundlegende Indikatoren wie Lebenserwartungen, Kindersterblickeit, Ernährungsstand und Alphabetisierungsrate, daß in den letzten 30 bis 40 Jahren bedeutende Schritte nach vorn gemacht worden sind. (4) Wenn sogar die Weltbank in ihrem Weltentwicklungsbericht 1988 feststellt, daß „die Armut sich in den Entwicklungsländern ausbreitet und die bereits schlechten Verhältnisse sich weiter verschlimmert haben", können die oben zitierten Aussagen nur als Zurechtbiegen der Realität nach den eigenen politischen Ideologien interpretiert werden.
Neben dem IBFG werden die DGB-Einzelgewerkschaften durch die Mitgliedschaft in den insgesamt 16 *Internationalen Berufssekretariaten* (IBS) vertreten. Für diese besteht die Möglichkeit, sich dem IBFG zu assoziieren. Das Verhältnis von IBFG und IBS ist in der sog. 'Mailänder

Vereinbarung' geregelt, nach der dem IBS die industrielle und ökonomische Vertretung zusteht. Obwohl die Brancheninternationalen in Entscheidungsgremien des IBFG repräsentiert sind und gemeinsame Ausschüsse von IBFG und IBS bestehen (Frauenausschuß, Arbeitsgruppe für Multinationale Konzerne, Koordinationsausschuß für Südafrika, Ausschuß für die Verteidigung der Gewerkschaftsrechte in Lateinamerika), gibt es durch den unausgesprochenen Führungsanspruch des IBFG immer wieder nachhaltige Differenzen. Beispielsweise haben manche IBS, wie die Internationale Förderation der Chemie oder die Internationale Grafische Förderation Mitglieder, deren Bünde nicht dem IBFG angehören. Gemeinsame Aktivitäten und Koordinationen finden hauptsächlich zwischen einzelnen IBS statt. (5) Außer den Aktivitäten, die unmittelbar auf die Verteidigung von Gewerkschafts- und Menschenrechten gerichtet sind, befassen sich die IBS mit den Problemen Multinationaler Konzerne und neuer Technologien; in zunehmendem Maße auch mit allgemeingesellschaftlichen Problemen. (6)

Durch die in den 60er Jahren zunehmenden Aktivitäten der Multinationalen Konzerne erregten die sog. *Weltkonzernräte* als betriebsbezogene Organe internationaler Arbeit relativ viel Aufsehen. Weltkonzernräte sind periodisch tagende Versammlungen, die von einem IBS einberufen werden. Neben betrieblichen Vertretern nehmen an ihnen meistens Funktionäre der nationalen Gewerkschaften teil, in deren Zuständigkeitsbereich z.B. die Tarifpolitik in dem betreffenden Betrieb oder Konzern fällt. Die Weltkonzernräte setzten sich sowohl organisatorisch wie auch politisch aus sehr unterschiedlichen Gewerkschaften zusammen. Hinzu kommen die jeweiligen nationalen Standortinteressen. Nicht zuletzt diese Konstellation ließ die anfängliche Euphorie über die Gegenmachtfunktion der Räte in massive Kritik an ihnen umschlagen (7).

Internationale Politik des DGB

Liest man die programmatischen Aussagen des DGB zu den Prinzipien seiner internationalen Arbeit, die er erstmals im Düsseldorfer Grundsatzprogramm von 1963 festlegte, könnte man fast beeindruckt sein. Entwicklungspolitik wird als unverzichtbarer Bestandteil der DGB-Politik charakterisiert, „die Beseitigung von Hunger, Armut, Analphabetentum und Unterdrükkung in allen Teilen der Welt ist eine wichtige Bedingung für eine stabile Friedensordnung. Dem Selbstbestimmungsrecht der Völker wird uneingeschränkt zugestimmt, jede Rassendiskriminierung und alle Formen kolonialer Unterdrückung verurteilt". (8) Die internationale Sozialpolitik sieht der DGB als den Bereich an, in dem er sich direkt an der Herstellung besserer Lebens- und Arbeitsbedingungen beteiligen kann. Unter anderem will er dies durch eine fortschrittliche internationale Bildungs- und Kulturpolitik erreichen. Was er aber unter 'fortschrittlich' versteht, wird nicht definiert.

Auch im Bereich wirtschaftlicher Zusammenarbeit bleiben die Aussagen so allgemein, daß sich fast jeder in diesen Formulierungen wiederfinden kann. So fordert der DGB im Rahmen der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit: „Die Hilfe für Entwicklungsländer muß planmäßig geleistet werden und eine ausgeglichene Wirtschafts- und Sozialstruktur in den Entwicklungsländern errichten und festigen."

Anläßlich aktueller weltwirtschaftlicher Veränderungen werden diese Aussagen im Grundsatzprogramm von 1981 allerdings ergänzt und präzisiert. Der Einfluß multinationaler Konzerne auf die wirtschaftliche Entwicklung von Industrie- und Entwicklungsländern und die handelspolitischen Erleichterungen vor allem für die ärmsten Entwicklungsländer werden thematisiert, und erstmals in Bezug zur 'eigenen' Situation gesetzt. „Es ist im ureigensten Interesse der Industrieländer, das Einkommensgefälle zwischen Nord und Süd zu verringern und dazu beizutragen, daß die Entwicklungsländer längerfristig zu gleichberechtigten Handelspartnern mit aufnahmebereiten und wachsenden Binnenmärkten werden.... Zur Unterstützung dieser Ziele müssen die Industrieländer ihre Entwicklungshilfe planmäßig ausweiten...Die Förderung des Kapitalexportes ist an Sozialklauseln zum Schutz der Interessen der Arbeitnehmer zu binden."

Unter Sozialklauseln ist die Kopplung von Handelskontakten bzw. Handelserleichterung an die Zulassung von Gewerkschaften in den Entwicklungsländern und die Einhaltung der Standards der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) zu den Arbeitsbereichen zu verstehen. Gewerkschaften sehen in den Sozialklauseln eine direkte solidarische Unterstützung von Gewerkschaften in der Dritten Welt, und damit eine Interessensidentität, da diese Klauseln gleichzeitig auch ein Schutz für die Arbeitsplätze in den Industrieländern seien. Kritiker interpretieren die Sozialklauseln schlicht als protektionistische Maßnahme.

Die Verfolgung dieser Ziele erfolgt im allgemeinen neben appellativen 'Forderungen' an die jeweilige Bundesregierung, über die bereits beschriebene multilateralen Gewerkschaftseinrichtungen sowie über bilaterale Gewerkschaftskontakte. Einziges Beispiel, bei dem die Gewerkschaft Textil-Bekleidung auch durch Demonstrationen Druck auf die Bundesregierung ausübte, waren die Verhandlungen um Verabschiedung und Verlängerung eines Welttextilabkommens (WTA). Schon unmittelbar nach der Gründung des DGB wurde eine Auslandsabteilung eingerichtet, die diese bilateralen Kontakte koordinierte- und dies bis heute tut. Die während des 2. Weltkrieges in



den westalliierten Ländern lebenden deutschen Exilgewerkschafter prägten mit ihren englischen und nordamerikanischen Gewerkschaftserfahrungen wesentlich die Strukturen der Deutschen Gewerkschaften im internationalen Bereich. Die Etablierung der sog. „Sozial-Attachés", die als Vertreter des diplomatischen Dienstes der BRD im Ausland tätig und für alle Bereiche des Sozialen, also vor allem des Arbeitslebens zuständig sind, belegt zudem die These von der Regierungs/Gewerkschafts—Vernetzung im Bereich der Außenpolitik. Erst kürzlich hat jedoch Gewerkschaftsmitglied und Arbeitsminister Blüm die bisherige Praxis der Berufung der Sozial-Attachés auf Eis gelegt, nach der der DGB ein Vorschlagsrecht für diese Posten hatte.
Der DGB selbst realisierte nur in den 50er Jahren eigene Entwicklungsprojekte, z.B. richtete er 1955 im Rahmen des UN-Andenprogramms Lehrwerkstätten für metallverarbeitende Berufe in Peru und in Ecuador ein. 1960 führte er in Absprache mit den Einzelgewerkschaften eine Sammelaktion in den Betrieben durch und rief zu Spenden für die „Aktion - Wir helfen" auf. Die finanziellen Mittel aus dieser Aktion - ca. eine halbe Million DM - wurden vorwiegend in Brasilien, u.a. für eine landwirtschaftliche Siedlungsgenossenschaft und in Algerien zum Aufbau einer Gewerkschaft, eingesetzt.
1963 wurde mit der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) die Zusammenarbeit bei der Durchführung von bilateralen Gewerkschaftsprojekten festgelegt (9), u.a. 1964 das sog. 'Gewerkschaftsberaterprogramm' für Entwicklungsländer. Aufgrund der fehlenden Infrastruktur und Logistik, die für ein entsprechendes weltweites Programm als notwendig erscheinen mag, ist eine Arbeitsteilung des DGB mit der FES in diesem Bereich nachzuvollziehen. Was den DGB und die Einzelgewerkschaften allerdings bewog, auch die gesamte entwicklungspolitische Bildungsarbeit an die FES abzugeben, bleibt nicht nur wegen fehlender Publizität dieser Entscheidung ein Geheimnis.
Da die Arbeitsteilung mit der FES unter den Gewerkschaftsmitgliedern kaum bekannt ist, hat sie eher zu einer Entfremdung als zu einer Annäherung der betrieblichen Basis an die Probleme des Verhältnisses von 'Erster' und 'Dritter' Welt beigetragen.
Nach einem ersten - relativ rasch abgebrochenen - Versuch Mitte der 70er Jahre, eine verstärkte Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit im DGB selbst zu installieren (10), wird diese Entfremdung bzw. der Problemdruck offensichtlich mittlerweile in DGB-Kreisen registriert und hatte Konsequenzen, z.B. die Durchführung eigener Wochen- und Wochenendseminare zum Thema.
Die inzwischen wieder zunehmenden Eigenaktivitäten des DGB - und verschiedener Einzelgewerkschaften - sind jedoch auch darauf zurückzuführen, daß im Rahmen einer sich verändernden internationalen Arbeitsteilung deutlich wurde, daß das Schicksal der Entwicklungsländer nicht



nur deren eigenes Problem ist, sondern daß es fühlbare Zusammenhänge mit 'unserer' eigenen - lange Zeit scheinbar so gesicherten - Zukunft gibt.
Dieser Erkenntnis entsprechend findet seit 1985 jährlich eine vom DGB-Bildungswerk veranstaltete Arbeitstagung statt, die sich mit Fragen und Aspekten neuer Formen internationaler Arbeitsteilung (11) beschäftigt. Ziel ist es, die betriebliche Erfahrung der Betroffenen aus transnationalen Konzernen in einen Diskussionszusammenhang mit engagierten Wissenschaftlern zu bringen. Auch mit dem vor 3 Jahren gegründeten sog. „Nord-Süd-Netz" will der DGB die Aktivitäten und Engagierten - die vor allem im gewerkschaftlichen Jugendbereich vorhanden sind - fördern und koordinieren (12).

Arbeitsplatzkonkurrenz — Chance oder Zwang zu internationaler Solidarität?

Beruhte die klassische internationale Arbeitsteilung vor allem darauf, daß die Entwicklungsländer die Rohstoffe lieferten, aus denen dann in den Industrieländern die Fertigprodukte hergestellt wurden - nicht zuletzt, um sie auch wieder an die Entwicklungsländer zu verkaufen, änderte sich dies in den 70er Jahren zumindest tendenziell. Die fundamentale Wirtschaftskrise der Weltwirtschaft verlangte nach neuen Konzepten der Kapitalverwertung. So waren es u.a. die sog. Billiglohnländer, die den deutschen Gewerkschaften den Angstschweiß auf die Stirn trieben. Vor allem arbeitsintensive Produktionen mußten einen Rückgang der inländischen Erwerbstätigkeit hinnehmen, wie z.B. der Textil- und Bekleidungsbereich, der von 1970-1985 um mehr als 50% von 1.054.000 auf 514.000 Beschäftigte schrumpfte. (13)
Vor allem in den sog. 'freien Produktionszonen' in den Entwicklungsländern, wurden den Unternehmern nicht nur Steuervergünstigungen und kostenlose Infrastruktur, sondern ihnen auch aufgrund von Gewerkschaftsverbot völlig ausgelieferte und dementsprechend billige ArbeitnehmerInnen angeboten. Der Faktor der absolut billigen Arbeitskraft ist allerdings wieder etwas in den Hintergrund getreten. Inzwischen wird auch aus anderen Gründen über die Zukunft des Industriestandortes Bundesrepublik spekuliert. Die revolutionäre Technikinnovation, vor allem die Kommunikationsmöglichkeiten für die weltweite Vernetzung der Produktion, machen es für die Unternehmer möglich, durch den sog. 'Standortpoker' („wenn ihr uns nicht wollt, dann gehen wir eben . . .") Druck auf Organisation und Niveau der industriellen Beziehungen auszuüben. Aktuelles Beispiel ist die Diskussion um die Flexibilisierung der Arbeitszeit.

Machtkonzentration und Produktionsflexibilität

Aber es sind nicht nur die gewerkschaftlichen Forderungen bzw. 'Verweigerungsstrategien', die eine Produktionsverlagerung für die Unternehmer attraktiv machen. Durch die Internationalisierungs- und Flexibilisierungsmöglichkeiten der Produktion wird vor allem auch in Bezug auf die verlockenden Märkte der Schwellenländer die marktnahe Produktion attraktiv. Während hier also von einer regionalen Dezentralisierung die Rede ist, gibt es auf der anderen Seite eine immer größere Unternehmenskonzentration. Firmenübernahmen, Fusionen oder temporäre Zusammenarbeit wie bei Autolatina (Ford und VW produzieren zusammen ein Produkt) machen gewerkschaftliche Mitbestimmung oder Gegenmacht immer komplizierter.
Die flexible Anpassung des Kapitals an sich immer schneller verändernde Weltmarktstrukturen hat bei den Gewerkschaften - zumindest institutionell - noch wenig Spuren hinterlassen. IBFG, IBS, Konzernräte, internationale Abteilungen des DGB und der Einzelgewerkschaften, DGB-Bildungswerk, wirtschaftspolitische Abteilungen, die FES, alle befassen sich mit internationalen Themen, auch in der Dritten Welt, aber von einer notwendigen Koordination der Arbeit und einer dementsprechenden unerläßlichen Öffentlichkeitsarbeit ist man weit entfernt.
Diejenigen, die in den entsprechenden Ab-

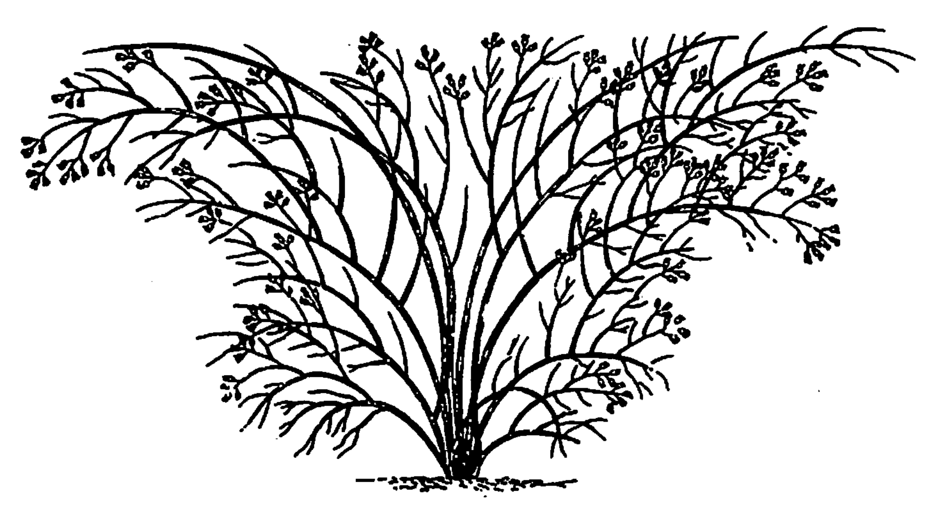
teilungen arbeiten, sind sowohl beruflich als auch persönlich im allgemeinen an der Thematik sehr interessiert - aber oft auch wegen einer totalen Arbeitsüberlastung resigniert und frustriert. In diesem Zusammenhang ist zu befürchten, daß die momentan notwenige - aber auch lange verschlafene - Beschäftigung mit der europäischen Integration, hier weitere Kapazitäten binden wird. Komplementär zu einer ausreichenden personellen und materiellen Ausstattung muß aber auch unbedingt eine interne Bewußtseinsbildung stattfinden. Solange für die meisten FunktionärInnen weltwirtschaftliche Fragestellungen, insbesondere Probleme der Dritten Welt und speziell Entwicklungspolitik zwar irgendwo notwendig, auf der Prioritätenliste alltäglicher Gewerkschaftsarbeit, wenn überhaupt, aber nur unter 'ferner liefen' vorkommt, wird die Arbeit der internationalen Abteilungen isoliert, abgehoben und unkontrolliert bleiben.

Erst wenn innerorganisatorischen Hemmnissen wie materieller und personeller Ausstattung, Kompetenzgerangel zwischen Abteilungen etc. glaubhaft zu Leibe gerückt wird und die Basisaktivitäten nicht mehr als politische Einmischung in die gewerkschaftliche Diplomatie empfunden werden, können die häufig in der Organisation beklagten und sicher existierenden bilateralen Kommunikationsschwierigkeiten mit den Partnern in der Dritten Welt ernstgenommen werden. Zweifellos gilt es hier, völlig verschiedene kulturelle Vorstellungswelten zu überbrücken und zu koordinieren, aber nicht einseitig anzupassen. Gerade die Offensichtlichkeit dieses schwierigen Unterfangens verlangt nach einer sensiblen Politik.

Es ist zu hoffen - und dafür zu kämpfen - daß durch die absehbare zentrale Rolle des DGB in der zukünftigen Gewerkschaftspolitik sich die bereits auf europäischer Ebene realisierte Aufweichung des militanten Antikommunismus auch im IBFG durchzusetzen wird. Nicht zuletzt, da sich ja auch in der sowjetischen Dritte-Welt-Politik entscheidende Veränderungen andeuten. Hier könnte eine Chance liegen, die Blockidentifizierung weiter in Richtung einer eigenständigen, d.h. regierungsunabhängigen Strategie aller Gewerkschaften zu entwikkeln.

Wie bei jeder anderen politischen Frage stellen die bundesdeutschen Gewerkschaften im internationalistischen Bereich keinen monolithischen Block dar. Zweifelsohne sind die Gewerkschaften als Ganzes nicht die 'Speerspitze der international Engagierten' und sicher gibt es - aus den verschiedensten Gründen - jede Menge Mißtrauen und politische Vorbehalte gegen den ganzen 'internationalistischen Kram'. Sowohl im Funktionärsapparat wie bei den Mitgliedern.

Auf der anderen Seite gibt es - ebenfalls auf allen Ebenen - aber trotzdem internationale Aktivitäten - auch wenn sie zum großen Teil als 'exotische Pflänzchen' anmuten. Da ist die Beteiligung der Gewerkschaften neben anderen NGO's an der Nord-Süd-Kampagne des Europarates (14), da ist die Organisationssekretärin aus Baden-Württemberg oder aus Hessen, die im Laufe der Jahre eine beträchtliche Bildungsarbeit aufgebaut hat, und da ist der Kollege aus dem DGB-Ortskartell Lauterbach in Oberhessen, der sich auf dem 1. Treffen entwicklungspolitischer Initiativen des Landesbezirks Hessen vorstellte. Eine von ihm initiierte Gruppe hat Kontakte zu tunesischen Hotels, um dort eine gesunde, auf einheimischer Produktion basierende Ernährung einzuführen.



Auch hinter dieser Initiative steht das oft fälschlicherweise pauschal diskriminierte Eigeninteresse an internationalen Aktivitäten. Gewerkschaftsmitglieder sind von Natur aus nicht wesentlich internationalistischer eingestellt, als der Durchschnitt der bundesdeutschen Bevölkerung, zumindest solange sie nicht in einen gewerkschaftlichen Diskurs über die heute anstehenden globalen Probleme und Risiken eingebunden werden. Zentraler Punkt dieses Diskurses muß gerade die Formulierung des 'eigenen Interesses' sein. Permanentes Wachstum, steigender Konsum, verschmutzte Umwelt, soziale Marginalisierung müssen in Frage gestellt werden! Eine Diskussion über Inhalt und Qualität unserer jeweiligen Interessen- und damit Politikvorstellungen über alternative, menschengerechte Wirtschaftsformen, ist für eine positive Veränderung nationaler wie internationaler Gewerkschaftsarbeit Voraussetzung. Ohne Berücksichtigung und Einbeziehung der Interdependenzen von nationaler und internationaler Politik wird es keine menschlich erstrebenswerte Zukunft geben.

Ulla Mikota

Anmerkungen:

1) Zusammenfassung aus: Koch-Baumgarten/ Mielke/Rütters, Akteure und Handlungsfelder internationaler Gewerkschaftspolitik - Weltebene - in: Kittner, M.: Gewerkschaftsjahrbuch 1987, S. 542 ff und Mielke, S., 1983 (Hrsg.): Internationales Gewerkschaftshandbuch, und Mielke, Siegfried (Hrsg.), 1983: Internationales Gewerkschaftshandbuch
2) IBFG 1988/1989: Prioritäten und Kriterien für die Projektauswahl
3) abgedruckt in: BMZ-Materialien zur Entwicklungspolitik Nr. 60, 1978
4) IBFG 1988: Wandel als Herausforderung. Bericht an den 14. IBFG-Weltkongreß. Einleitung
5) Zusammenfassung aus: Koch/Baumgarten/ Mielke, s. 25)
6) Gerade zur 'Internationalen Union der Lebens- und Genußmittelarbeiter' (IUL) erschienen: Rütter, Peter 1989: Chancen internationaler Gewerkschaftspolitik, Köln
7) Tudyka/Etty/Sucha 1978: Macht ohne Grenzen und grenzenlose Ohnmacht. Arbeitnehmerbewußtsein und die Bedingungen gewerkschaftlicher Gegenstrategien in multinationalen Konzernen.
8) Grundsatzprogramm des DGB 1963, in: Leminsky/Otto: Politik und Programmatik des DGB, Köln 1974, S. 47
9) Die Zusammenarbeit wurde im Rahmen einer Protokollnotiz vereinbart, in: Jostkleigrowe, G., 1979: Gewerkschaften und Entwicklungspolitik S. 12.
10) ausführlich dazu Bröckelmann, Martin, 1981: Arbeiterbildung und Dritte Welt
11) die entsprechenden Tagungs-Protokolle sind beim DGB-Bildungswerk erhältlich
12) Nähere Informationen im: Aktionshandbch Nord-Süd-Netz des DGB-Bildungswerk e.V., Postfach 2601, 4000 Düsseldorf 1, 1988
13) Fröbel/Heinrichs/Kreye, 1986: Umbruch in der Weltwirtschaft, S. 115
14) von den beteiligten Organisationen im Febr. 88 in Bonn verabschiedete perspektivische Thesen sind dokumentiert in: epd-Dritte-Welt-Information 3/4/89, Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 17
15) s. Bröckelmann a.a.O.



in Brasilien, Mexiko, Nicaragua, Peru Südafrika, Südostasien

außerdem: Länderberichte Nachrichten Rezensionen Kultur

Mai 1989 Nr. 157

Bezug: blätter des iz3w Postf. 5328 7800 Freiburg Buchhandel: Prolit, Pf, 63 Gießen

Glasnost in den Gewerkschaften!

Diskussionsbeitrag beim 2. Treffen gewerkschaftlicher Solidaritäts- und Aktionsgruppen in Köln, 29.10.1988.

„Wir haben ein Buch über die Geschichte der „Dritte-Welt"-Bewegung in der BRD geschrieben („Hoch die internationale Solidarität", Köln 1986), und deshalb bin ich wahrscheinlich auch zu dieser Podiumsdiskussion eingeladen worden. In diesem Buch beschreiben wir über vier Jahrzehnte Internationalismusarbeit in der Nachkriegszeit von der Algeriensolidarität in den fünfziger Jahren über die Proteste der Studentenbewegung gegen den Vietnam-Krieg bis zur Chile-Solidarität der siebziger und den Mittelamerika-Aktivitäten der achtziger Jahre. Doch auf den 600 Seiten unseres Buches kommen die Gewerkschaften kaum vor und wenn, dann meist negativ. Dies liegt keineswegs daran, daß wir — die Autoren — etwa gewerkschaftsfeindlich eingestellt sind. (Im Gegenteil: wir sind als Journalisten seit über 15 Jahren Mitglieder der IG Druck und Papier.) Vielmehr ist der Alltag der internationalistischen Solidaritätsarbeit in der BRD lange Jahrzehnte an den Gewerkschaften völlig vorübergegangen, wenn sie nicht sogar bei internationalistischen Auseinandersetzungen auf der Seite der politischen Gegner zu finden waren.

Es ist notwendig, dies immer wieder so deutlich wie möglich zu sagen, denn gewerkschaftliche Internationalismusarbeit, und um deren Alltag geht es ja bei dieser Konferenz — läßt sich nur dann wirkungsvoll entwickeln, wenn das, was bislang alltägliche gewerkschaftliche Praxis war, offen und kritisch analysiert wird. Darin bestärkt, dies hier auf diesem gewerkschaftlichen Treffen zu tun, hat mich der Beitrag eines DGB-Vertreters beim Gegenkongreß gegen IWF und Weltbank vor einem Monat (im September 1988) in West-Berlin. Der Kollege beklagte dort zu Recht den mangelnden Bewußtseinsstand der bundesdeutschen Arbeiterbewegung gerade auch in internationalistischen Fragen.

Nur vergaß er selbstkritisch darauf hinzuweisen — und dies ist leider typisch vor allem für führende Gewerkschaftskollegen und -kolleginnen — daß die bundesdeutschen Gewerkschaften das mangelhafte politische Bewußtsein der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik über vierzig Jahre lang mit geprägt haben und damit mit für den heutigen Stand verantwortlich sind.

Schon direkt nach dem Zusammenbruch des Faschismus fehlte der Arbeiterbewegung hierzulande eine klare Analyse des Zusammenhanges zwischen einem kapitalistischen Wirtschaftssystems in der „Ersten Welt" und der imperialistischen Ausplünderung der „Dritten Welt". Schon bald nach 1945 nahmen die Gewerkschaften von ihren ursprünglichen Forderungen nach einer grundsätzlichen Veränderung des kapitalistischen Wirtschaftssystem Abstand (vielleicht nicht unbedingt in jedem Programm, aber sicherlich in ihrer Praxis) und akzeptierten zuerst den Marshall-Plan, dann die Wiederbewaffnung, später die NATO, d.h. die Einbeziehung der BRD in das westliche Wirtschafts- und Militärbündnis, die zur heutigen Rolle der BRD als einer der ökonomisch stärksten imperialistischen Mächte geführt hat. Dagegen leisteten die Gewerkschaften von Anfang an keinen Widerstand. Im Gegenteil: Aus den ersten außerparlamentarischen Bewegungen, der „Ohne-Uns-Bewegung" gegen die Wiederbewaffnung und dem „Kampf dem Atomtod" gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, zogen sie sich nach kurzem Engagement an der Seite der SPD schnell wieder zurück und hatten schon bald ihren Frieden mit der Militarisierung geschlossen. So waren auch allenfalls ein paar Basisgruppen und einzelne Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen bei den ersten internationalistischen Aktionen der Nachkriegszeit in der Algerien-Solidarität beteiligt, die sich gegen den brutalen Kolonialkrieg des Nachbarlandes Frankreich in Nordafrika von 1954 bis 1962 richteten. Die Gewerkschaften blieben als Organisationen unbeteiligt und passiv, das heißt durch ihr Schweigen letztlich mitverantwortlich. Fahnen der algerischen Befreiungsbewegung auf 1. Mai-Demonstrationen lösten in den fünfziger Jahren eher Proteste der Gewerkschaftskollegen gegen die Fahnenträger als gegen die französischen Kolonialherren aus.

Anfang der fünfziger Jahre, während des Korea-Krieges, gab es erstmals eine offizielle Solidaritätsaktion des DGB, sogar einen Boykottaufruf. Als Mitglied des IBFG übernahm der DGB folgsam den Boykottaufruf der US-Regierung und der US-Gewerkschaften gegen die Sowjetunion und die VR-China. Das war Solidarität mit dem Imperialismus statt kritischem Internationalismus. Daß die USA damals mit Atomwaffeneinsätzen drohten und in Korea nicht einfach die „Freiheit des Westens" verteidigten, sondern vielmehr einen ihnen genehmen Diktator an der Macht halten wollten, der den Krieg unter anderem dazu nutzte, die innenpolitische Opposition (darunter auch viele koreanische Gewerkschafter) zu liquidieren, wurde nicht zum Gegenstand gewerkschaftlicher Diskussion. Anfang der sechziger Jahre ging der DGB die Internationalismusarbeit genauso unpolitisch und karitativ an wie die Kirchen und andere Organisationen. Ein Beispiel dafür ist die DGB-Kampagne von 1960 unter der Überschrift: „Wir helfen". Damals erschien ein gewerkschaftlicher Aufruf zur Barmherzigkeit, in dem es unter anderem hieß: „Weißt Du, daß gegenwärtig jährlich 40 Millionen Menschen an Hunger sterben? Wer Hunger hat kann nicht ordentlich arbeiten ..."

Jeder Hinweis auf die Verantwortlichen in der „Ersten Welt" für die Verelendung in der „Dritten Welt" fehlte. Sie wurden

sogar noch in Schutz genommen: „Gewiß, vieles wird getan von internationalen Organisationen, von Regierungen, von Religionsgemeinschaften, Genossenschaften und Gewerkschaften, aber weit mehr bleibt noch zu tun." Das war die Verbreitung einer Almosen-Mentalität zur Gewissensentlastung statt politische Aufklärung über weltwirtschaftliche Zusammenhänge. Und so hieß denn auch das Fazit: „Gib auch Du zusammen mit den Arbeitern, Angestellten und Beamten der freien Welt." Der DGB-Vorstand forderte am 4.11.1960 in einem Brief die Betriebsratsaktion „Wir helfen" auf: „Von Seiten einiger Arbeitsdirektoren und Betriebsräte der Mitbestimmungsbetriebe ist die Anregung gekommen, daß jeder der Arbeiter und Angestellten dieser Betriebe sich bereiterklären sollte, ein freiwilliges Opfer von mindestens einer Mark von dem ihm zu gewährenden Weihnachtsgeld dieser Aktion „Wir helfen" zur Verfügung zu stellen. In einzelnen Fällen haben sich bereits die Belegschaften für eine solche Maßnahme entschieden und die Firmen sich bereit erklärt, auch einen entsprechenden Betrag zur Verfügung zu stellen, wenn die Belegschaften diesen Plan durchführen." Krupp, Flick und Hoesch, die längst schon wieder Millionen durch die Ausplünderung von Rohstoffen aus der „Dritten Welt" verdienten, dürfte es nicht schwer gefallen sein, eine Mark für jeden ihrer bundesdeutschen Beschäftigten für die Gewerkschaftsaktion aufzubringen. Internationalismus hieß damals also: Wir helfen, Arm in Arm mit den Verursachern des Elends.

Bei der Wiederbelebung einer kritischen internationalistischen Solidarität Ende der sechziger Jahre standen die Gewerkschaften wieder abseits. Hauptsorge der meisten Gewerkschaftsfunktionäre war es damals, sich von den Trägern dieser neuen Internationalismusbewegung, dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) und der Ostermarschbewegung möglichst deutlich abzugrenzen. Und wieder waren es allenfalls einzelne Mitglieder an der Gewerkschaftsbasis, die die neu entstandenen Initiativen vor allem gegen den Vietnam-Krieg unterstützten. Die außerparlamentarische Opposition, die APO, stand so einer Großen Koalition der Herrschenden gegenüber, die über die regierenden Bundestagsparteien von SPD und CSU hinaus bis hin zu den Gewerkschaften reichte.

Am 2. Juni 1967 wurde in West-Berlin gegenüber der Deutschen Oper bei einer Demonstration gegen den Staatsbesuch des persischen Schahs der Student Benno Ohnesorg von einem Polizisten erschossen — von hinten in den Kopf. Das passierte in der Krummen Straße, dort wo auch während der Demonstration gegen die IWF/Weltbanktagung im September 1988 wieder Polizisten Jagd auf Demonstranten machten, während sich die Bänker, ebenso wie damals der Schah, bei Mozarts „Zauberflöte" entspannten. Die Gewerkschaften hätten damals schon allen Grund gehabt, mit den Studenten gegen den persischen Diktator zu protestieren. Denn Schah Resa Pahlewi ließ in seinem Land schließlich Gewerkschafter verfolgen, foltern und ermorden. Doch nicht einmal der Mord per Polizeipistole an Benno Ohnesorg machte die bundesdeutschen Gewerkschaften mobil, ließ sie an die Seite der Studenten rücken. Wieder geschah das Gegenteil: Der ASTA (die Studentenvertretung) der Freien Universität in West-Berlin verteilte damals ein Flugblatt „An die Berliner Arbeiter" vor Fabriktoren. Darin hieß es: „Tausende von Arbeitern können jederzeit auf die Straße gesetzt werden. Was blüht ihnen, wenn Sie auf die Straße gehen müssen, um wie die Ruhrkumpel für sichere Arbeitsplätze zu demonstrieren? Die Polizei übt seit langem die Zerschlagung aller Demonstrationen. Die Studenten sind für die Polizei nur ein kleiner Fisch, ein Versuchsobjekt für größere Aufgaben. Der erschossene Benno Ohnesorg war das erste Opfer! ... Denken Sie immer daran, daß der Schah bereits dreihundert Millionen „Entwicklungshilfe" erhalten hat, die auch Sie mit erwirtschaftet haben. Wo sind sie geblieben? Das Land hungert noch immer. Tausende persischer Arbeiter sitzen in Zuchthäusern." Dieses Flugblatt löste hysterische Abgrenzungsmanöver beim Berliner DGB aus, der sofort mit einer Presseerklärung reagierte. Mit dem Flugblatt — verkündeten die Gewerkschaftskollegen von der Springer-Presse — sei „in unverantwortlicher Weise die Arbeiterschaft Berlins gegen die Polizei aufgehetzt" worden. „Die Schuld für das Todesopfer und für die Verletzten" liege „nur bei den Personen, die die Demonstration in Szene gesetzt haben". Der Berliner DGB-Vorsitzende, Walter Sickert, bat „die Berliner Gewerkschafter" eindringlich, „sich nicht vor den Karren einer anarchistischen studentischen Minderheit spannen zu lassen." Was in Persien mit Gewerkschaftern geschah, interessierte den Kollegen offensichtlich nicht, da er hierzu — also zum Anlaß der studentischen Proteste — kein Wort verlor.

Als Höhepunkt der Vietnam-Solidarität fand im Februar 1968 der große internationale Vietnam-Kongreß in der Technischen Universität von West-Berlin statt (also dort, wo der Gegenkongreß zu IWF und Weltbank tagte). Eine zentrale Forderung von Rudi Dutschke, die auf diesem Kongreß breite Unterstützung fand, war, mit der internationalistischen Solidaritätsarbeit hierzulande anzufangen, durch eine Veränderung der politischen Herrschaftsverhältnisse in der BRD. Konkret diskutierte der Kongress über eine Anti-NATO-Kampagne und die Verhinderung von Rüstungsexporten aus der BRD; Forderungen, die bis heute nichts von ihrer Aktualität verloren haben. Doch die Gewerkschaften reagierten damals wie alle anderen aufgeschreckten Spießer auf die Proteste von Studenten, JungarbeiterInnen und Lehrlingen gegen den Vietnam-Krieg und die satte bundesdeutsche Nachkriegsgesellschaft. Drei Tage nach dem Vietnam-Kongreß riefen ÖTV und DGB zusammen mit der CDU, der Springer-Presse, dem Arbeitgeberverband und dem Interessenverband der Grundstücks- und Geschäftseigentümer zu einer Großkundgebung des West-Berliner Senats auf, zu einer Demonstration des „guten Berliner Bürgersinns" gegen den SDS und zur Unterstützung des „US-Engagements in Vietnam" — wie der Vernichtungskrieg der USA damals verharmlosend genannt wurde. Der Mob, auch der gewerkschaftliche, der bei dieser Kundgebung zusammenkam, trug Plakate mit Aufschriften wie: „Bombardiert Nord-Vietnam", „Laßt Bauarbeiter ruhig schaffen, kein Geld für langbehaarte Affen" und „Dutschke: Staatsfeind Nr. 1". Ein Demonstrant (der Verwaltungsangestellte Lutz Dieter Mende) wurde schon an diesem Tag fast von der Menge gelyncht, weil er Dutschke ähnlich sah. Gleichzeitig hielten Gewerkschaftsvertreter wie der West-Berliner DGB-Vorsitzende Walter Sickert Ansprachen, die zur Aufhetzung des Volkszornes gegen die Studenten beitrugen: „Die Handvoll Revoluzzer und ihre kritiklosen Mitläufer irren sich in einem entscheidenden Punkt. Die Berliner Arbeitnehmer lassen sich das nicht wieder nehmen, wofür sie gelitten und gedarbt haben, statt den Lockungen und Versprechungen des Ostens zu erliegen ... Es geht den Demonstranten gar nicht um Vietnam ... Die Gewerkschaften sind gegen jeden Krieg, auch gegen den in Vietnam. Aber es ist nicht unsere Sache, für einen Krieg des Vietcong über die USA oder für die Beseitigung unserer Demokratie zu marschieren."

Zwei Monate später fanden die „Jäger" dann ihr richtiges Opfer. Am 11. April 1968 wurde Dutschke durch drei Schüsse lebensgefährlich verletzt. Er starb elf Jahre später an den Spätfolgen.

Die Gewerkschaften, die damals mit für die nötige Pogromstimmung sorgten, die den Attentäter und Bildzeitungs-Leser Bachmann zur Tat trieb, sind auch für dieses Attentat mitverantwortlich. Natürlich hat sich seitdem auch in den Gewerkschaften einiges getan. Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen waren aktiv in Solidaritätsaktionen für Chile und Portugal und sind es heute vor allem für Südafrika und Nicaragua, gelegentlich sogar unterstützt von ihrer Organisation. Doch sind diese Aktivitäten

immer noch sehr vereinzelt. Und schließlich, auch das muß gesagt werden, arbeiten die bundesdeutschen Gewerkschaften noch immer in internationalen Bündnissen mit reaktionären Organisationen und gelben arbeitgeberfreundlichen Gewerkschaften zusammen, so z.B. in Nicaragua oder auf den Philippinen. Auch bei dem Bergarbeiterstreik in Großbritannien wurde doch in der Bundesrepublik mehr reale Streikbrecher- als konkrete Solidaritätsarbeit geleistet. Und noch immer führen sich einige Gewerkschaftsfunktionäre, wenn es um alltägliche Solidaritätsarbeit geht, so kleinkariert auf wie ihre Vorgänger in den fünfziger Jahren. So verbot ein Kreisvorstand in Süddeutschland einer gewerkschaftlichen Solidaritätsgruppe, die zum Arbeitseinsatz nach Nicaragua fahren wollte, sich als „Brigade Kobermann" zu bezeichnen. Das erzählten KollegInnen beim DGB-Bundesjugendtreffen im Sommer 1988. Der Name wurde ihnen verboten, weil das Wort „Brigade" zu sehr an den spanischen Bürgerkrieg erinnere und Kobermann ein Kommunist gewesen sei. Kobermann wurde in Nicaragua von der Contra ermordet. Aber manchem Gewerkschafter ist auch heute noch nicht einmal ein toter Kommunist ein guter Kommunist. Noch immer steht die internationalistische Solidaritätsarbeit in den Gewerkschaften — nicht zuletzt wegen Vorfällen dieser Art — ganz am Anfang.

Im gewerkschaftlichen Alltag, in den Betrieben, spielt sie kaum eine Rolle. So bleibt es heute noch bei Sammlungen und Erklärungen. Solidaritätsstreiks werden hierzulande schon als utopisch angesehen und deshalb bei der Diskussion über Aktionsmöglichkeiten gar nicht erst erwogen. Gerne wird auf ein, zwei Ausnahmebeispiele von Solidarität mit gewerkschaftlichen Kampfmitteln verwiesen, wie etwa die Weigerung von ÖTV-Kollegen im Jahre 1974, einen chilenischen Frachter im Hamburger Hafen zu entladen oder die Solidarität der VW-Gewerkschafter mit ihren mexikanischen Kollegen und die Ansätze zu internationaler Gewerkschaftlicher Kooperation in einigen wenigen Konzernen. Aber wo bleibt denn die breit angelegte Mobilisierung dafür, daß Aktionen dieser Art tägliche gewerkschaftliche Praxis in der BRD werden? Oder anders gefragt: wie soll sich die gewerkschaftliche Internationalismus-Arbeit entwickeln, wenn allenfalls kleine Gruppen an der Gewerkschaftsbasis dafür eintreten, nicht aber die großen Organisationen mit der Kraft all ihrer Mitglieder und mit allen verfügbaren Mitteln. Das internationalistische Bewußtsein, das die Gewerkschaften solange selbst mit verschüttet haben, können sie auch selbst wieder wecken helfen, vorausgesetzt, sie wollen dies wirklich. Warum erscheinen — um jetzt mal von ein paar Utopien zu reden — keine Aufrufe an gewerkschaftlich organisierte Verkäufer und Verkäuferinnen, keine südafrikanischen Waren mehr anzurühren? Warum stoppen Gewerkschaftskollegen nicht Waffenproduktion und Giftmülltransporte in die „Dritte Welt"? Warum gibt es keine Solidaritätsstreiks hierzulande, wenn KollegInnen bei Nestle, Triumph und Adidas auf den Philippinen oder bei Adler in Korea streiken? Warum ruht nicht die Arbeit bei Bayer, Daimler und Hoechst immer mal wieder, bis sich diese Konzerne aus Südafrika zurückgezogen haben? Oder um es an einem aktuellen Beispiel zu verdeutlichen: Warum haben denn die Gewerkschaften — wenn überhaupt — nur so zögerlich und ängstlich die Kampagne gegen IWF und Weltbank mit den Aktionen in West-Berlin unterstützt? Warum war der gewerkschaftliche Block bei der Großdemonstration so klein? Wo waren die Bundesvorstände der Gewerkschaften und des DGB an diesem Sonntag? Und warum waren kaum noch Kolleginnen und Kollegen zu den Aktionstagen in Berlin? Warum mußten sich wieder andere auf der Straße von militärisch bewaffneten Polizisten jagen und zusammenschlagen lassen? Warum weigerten sich nicht endlich die Polizeigewerkschafter kategorisch, an Prügelorgien gegen die Kritiker des herrschenden Weltwirtschaftssystems teilzunehmen? Vielleicht weil eine der Voraussetzungen für all diese zumindest hierzulande reichlich utopisch erscheinenden Szenarien von der Gewerkschaften längst nicht erfüllt ist: eine klare Analyse der Stellung der BRD in der Weltwirtschaft und ihrer Rolle als imperialistische Großmacht, wirtschaftlich und — über die NATO — auch militärisch.

Es fehlt deshalb auch die Diskussion darüber, welche Konsequenzen eine solche Analyse für die alltägliche gewerkschaftliche Praxis, gerade aufgrund der internationalen Ausplünderungsverhältnisse, haben müßte. Wer gegen die Ausbeutung der „Dritten Welt" angehen will, muß zuallererst hierzulande anfangen. Und für die Gewerkschaften muß dabei im Rahmen ihrer Internationalismusarbeit wieder der Einsatz all ihrer möglichen Kampfmittel selbstverständlich werden. Von Aufklärungskampagnen bis zu Solidaritätsstreiks, von Boykottmaßnahmen bis zur Verhinderung von Rüstungs-, Pestizid- oder AKW-Exporten, vom Umbau der Produktion bis zur Aufkündigung der Sozialpartnerschaft mit den Konzernherren der multinationalen BRD-Konzerne.

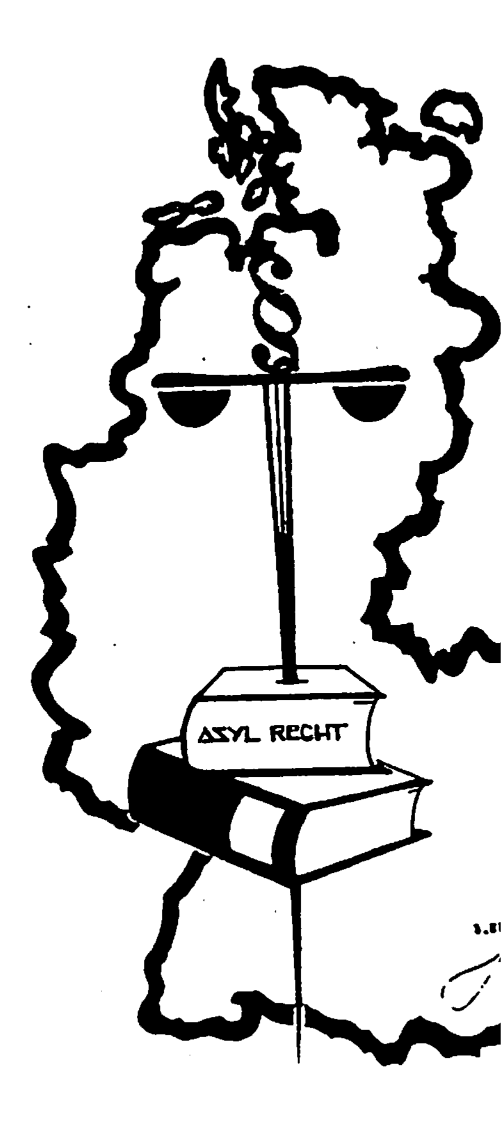
Das erscheint sicher alles heute noch reichlich utopisch. Aber, und hier zitiere ich den letzten Satz aus unserem Buch über die „Dritte-Welt"-Bewegung, der auch für die gewerkschaftliche Solidaritätsarbeit gilt:

„Wenn gerade die 'Dritte-Welt'-Bewegung, die schon so vielen Utopien in allen Teilen der Welt nachgejagt ist, diese Utopie der Veränderbarkeit des eigenen Landes verleugnet, so muß sie sich auch über die Konsequenzen im klaren sein. Wenn wir keine Hoffnung mehr auf die Veränderbarkeit unserer eigenen Gesellschaft haben, haben wir auch keine Hoffnung mehr auf die Befreiung der 'Dritten Welt' von dem tödlichen ökonomischen und politischen Klammergriff, der von der Bundesrepublik ausgeht und den wirtschaftlichen und militärischen Bündnissen, denen sie angehört: Er ist es, der jeglichen Versuch eines selbstbestimmten, unabhängigen Weges zur Emanzipation der „Dritten Welt" verhindert."

Karl Rössel

Abschiebu[ng durch] die Hi[ntertür]

Aus den öffentlichen Reaktionen um die Abschiebung von Flüchtlingen, wie etwa die Berliner Massenabschiebungen in den Libanon oder einzelne Abschiebungen von eritreischen, türkischen oder indischen Asylbewerbern in Hessen, hat die Bundesregierung wohl etwas gelernt: Nämlich, wie sie diskreter de facto-Abschiebungen organisieren kann, die unter dem Deckmäntelchen der angeblichen „Freiwilligkeit" der „Rückzuführenden" kaum öffentliche Proteststürme erwarten lassen. Erstmals wurde diese „Abschiebung durch die Hintertür" jetzt in Zusammenhang mit einem Rückführprogramm für srilankanische Flüchtlinge ruchbar.



Auf Vorschlag der Bundesregierung sollten aus Haushaltsmitteln fünf Mio. DM als „Beitrag an das Zwischenstaatliche Komitee für Auswanderung (ICM) für das Sonderprogramm 'Rückführung nach Sri Lanka'" gezahlt werden. Das eigentliche Ziel dieses so moderat und hilfreich klingenden Sonderprogramms nannte Franz Kroppenstedt, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern: „Die Bundesregierung hofft, daß im Laufe der Zeit möglichst viele der rund 27.000 srilankanischen Flüchtlinge, die sich im Bundesgebiet aufhalten, von den angebotenen Hilfen Gebrauch machen werden.". Die angesprochenen „Hilfen" sehen im Klartext so aus: „Die Übernahme der Kosten für die Heimreise und den Gepäcktransport". Außerdem sollen die srilankischen Flüchtlinge einheitlich eine „Starthilfe" von DM 300,- bzw. DM 150,- (Personen bis zu 12 Jahre) erhalten.

So weit, so hübsch ausgedacht. Und weil alles so moderat klang, hatten die Mitglieder des Haushaltsausschusses auch fast keine Bedenken, die fünf Mio. DM auszuzahlen; ihre größte Sorge war, daß sich auch die Länder mit 50% an den Kosten beteiligen sollten. Dem Einspruch der GRÜNEN war es zu verdanken, daß in den Sperrvermerk auch die Bedingung aufgenommen wurde, daß „die politische Entwicklung in Sri Lanka eine Rückkehr zulasse."

So kam der Verhandlung über die Aufhebung des Sperrvermerks eigentlich nur noch eine Rolle zu: Wie konnte die politische Entwicklung in Sri Lanka aktuell eingeschätzt werden? Die Vorgabe lieferte das Innenministerium: Die politische Lage in Sri Lanka habe sich „gebessert", die, wie es fast schuldbewußt heißt, „gleichwohl noch andauernden Unruhen" seien jedoch nicht mehr Ausdruck eines „Bürgerkrieges". Außerdem werde „ein allmähliches Abklingen der Unruhen allgemein erwartet".

Das Auswärtige Amt kommt am 7.4.'89 zu einer differenzierteren Einschätzung: „Auseinandersetzungen zwischen IPKF (indische Militäreinheiten) und LTTE (Liberation Tigers of Tamil Eelam), die in den letzten Wochen wieder zugenommen haben, weiten sich neuerdings wieder aus und haben die Zivilbevölkerung betroffen". Weiter spricht das Auswärtige Amt von „terroristischen Anschlägen der singhalesischen JVP (Janatha Vimukti Pevamuna), die „auch viele Opfer unter Zivilisten" finden würden. Von „Handabhacken" gegenüber denen, die zur Wahl gegangen sind, ist die Rede, von Mordanschlägen.

Aus den genannten Fakten zieht das Auswärtige Amt jedoch eine in der Logik beeindruckende Konsequenz: „Anhaltspunkte für eine politische Verfolgung bestimmter Personengruppen sind zur Zeit nicht zu erkennen"! Die Lage in Sri Lanka habe sich „gebessert", die Tamilen, um die es sich bei den 27.000 srilankanischen Flüchtlingen in der BRD in erster Linie handelt, seien „im allgemeinen sicher nicht mehr gefährdet als Singhalesen oder andere Volksgruppen". Also: Der Weg für die „Rückführung" der Flüchtlinge aus Sri Lanka ist frei, das Auswärtige Amt gibt grünes Licht.

Doch wie ist die Lage in Sri Lanka wirklich? Die regierungsfreundliche „Deutsche Welle" kommt in einer „Friedenshoffnung für Sri Lanka" überschriebenen Länderanalyse zu dem Schluß, "daß die positive Entwicklung der letzten Monate auf Sri Lanka immer noch nicht voll gesichert wirkt." Und: „Das Tamilenproblem im Norden und Osten des Inselstaates besteht im Kern fort". Der „Terrorismus" fordere „weitere Opfer". Wahllos herausgegriffene Zeitungsmeldungen der letzten Wochen bestätigen diese vorsichtige Analyse: „Anhaltender Terror auf Sri Lanka" (Süddeutsche Zeitung vom 20.4.'89), „Erst am Freitag waren durch eine Bombenexplosion in Jaffna zwölf Menschen getötet worden, am Tag zuvor 42 Menschen bei einem Sprengstoffanschlag im Osten der Insel" (FAZ vom 17.4.'89), die Süddeutsche Zeitung schreibt am 14.4.'89: „In den vergangenen sechs Jahren sind bei diesen Auseinandersetzungen mehr als 12.000 Menschen getötet worden".
Deutlicher als die „Deutsche Welle" wird amnesty international: „amnesty international (ai) hat zahlreiche Augenzeugenberichte erhalten, wonach die IPKF schwere Menschenrechtsverletzungen an der unbewaffneten, an den Kampfhandlungen unbeteiligten Zivilbevölkerung begangen haben. Unter den Opfern waren alte Menschen, Frauen und Kinder. Mehrere Dutzend Menschen wurden getötet, viele wurden in Militärhaft gefoltert, viele Frauen wurden meist durch Militärs der unteren Ränge vergewaltigt", heißt es in einer Stellungnahme gegenüber dem Bayerischen Verwaltungsgericht Ansbach. Auch weiterhin würden ai „neue Berichte über Menschenrechtsverletzungen an der tamilischen Zivilbevölkerung" vorliegen. So

ng durch ... ertür

Bundesregierung und srilankanische Flüchtlinge



nimmt es auch kaum Wunder, wenn der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) aus Genf in einem Telegramm an sein Büro in Den Haag von einem Treffen schreibt, daß „bis zu einer Neubewertung der Situation in der vorhersehbaren Zukunft keine Tamilengruppen aus Europa zurückkehren sollten". Darauf hatte auch der srilankanische Botschafter in Genf hingewiesen.

Pech für Staatssekretär Spranger, daß er vorher die Ausschußmitglieder informiert hatte, daß der UNHCR nichts gegen das Rückführprogramm einzuwenden habe. Das Vorlegen des Telegramms mit dem wörtlichen Text des UNHCR sagte das Gegenteil. So mußte ein Gefälligkeitsschreiben her. Das Innenministerium besorgte sich den Persilschein vom Vertreter des UNHCR in der BRD.

Aus den „groups of Tamils", die der UNHCR in Genf nicht nach Sri Lanka zurückgeschickt haben wollte, machte der Bonner Staathalter flugs „große Gruppen" und stellte die Meinung des Botschafters Sri Lankas so dar, daß die „freiwillige Rückkehr von Einzelpersonen und Familien in zunehmendem Maße in Betracht gezogen werden könne". Immerhin verweist das Bonner Büro des UNHCR darauf, daß das Rückführungsprogramm auch Maßnahmen umfasse, „um die Wiedereingliederung der Rückkehrer und den Wiederaufbau des Landes zu unterstützen". Davon allerdings ist in der Vorlage der Bundesregierung keine Rede; die bewilligte „Starthilfe" von DM 300,- bzw. DM 150,- erscheint eher als eine Art „Taschengeld", das man den Tamilen großzügig gewährt.

Das Schreiben des Bonner Vertreters des UNHCR bleibt freilich, wie die erste Stellungnahme des Auswärtigen Amtes beweist, nicht das einzige Gefälligkeitsschreiben gegenüber denjenigen im Innenministerium, die die schnelle „Rückführung" der srilankanischen Flüchtlinge betreiben. Laut einer weiteren Stellungnahme des Auswärtigen Amtes nämlich seien die wichtigsten Veränderungen der allgemeinen politischen Lage Folgen der Wahlen im November '88, im Dezember '88 und vor allem der Parlamentswahlen Mitte Februar 1989. Was jedoch von diesen Wahlen zu halten ist, sagt Wahlkommissar Chandananda de Silva ganz deutlich: „Die Parlamentswahl war noch gewalttätiger als die Präsidentschaftswahl". Die englischsprachige „Sunday Times", hat Statistik geführt: „Im Wahlmonat Februar sind pro Tag durchschnittlich 53,7 Personen durch die Brutalität singhalesischer und tamilischer extremistischer Gruppen, von Todesschwadronen, sogenannten Black Cats oder Green Tigers oder durch Aktionen von Militär und Polizei getötet worden", heißt es in einer Meldung vom 12.3.89.

Aus dem Gesagten wird deutlich, daß es der Bundesregierung bei der Teilnahme am Rückführungsprogramm der ICM ausschließlich darum geht, srilankanische Flüchtlinge, insbesondere Tamilen, möglichst rasch, möglichst in großer Zahl und möglichst geräuschlos loszuwerden. Man kümmert sich nicht um die Situation, mit der die rückkehrenden Flüchtlinge in Sri Lanka zu rechnen haben, Hauptsache, sie haben die Grenze der Bundesrepublik überschritten - in entgegengesetzte Richtung, versteht sich! Ginge es nicht um Menschen, könnte das Theater um den Rückkehrbeschluß des Bundestages getrost als Groteske, zumindest als Schmierenkomödie bezeichnet werden. Wie gesagt - wenn es nicht so ernst wäre...

Im Übrigen - was ist dran an der „Freiwilligkeit" der Rückkehrenden, auf die immer wieder besonders hingewiesen wird? Das Innenministerium versteigt sich gar zu der Bemerkung: „Die Bundesregierung und die Behörden der Länder werden die betroffenen Flüchtlinge in keiner Weise beeinflussen oder gar unter Druck setzen". Natürlich nicht. Denn unter Druck gesetzt fühlen sich die srilankanischen Flüchtlinge allein schon durch das Programm selbst. Ganz abgesehen von dem Gefühl, daß man sie „loswerden" will, ihnen eine Art „Rückkehrprämie" zahlt, werden srilankanische Flüchtlinge eines auf jeden Fall erkennen: Ihre Aussicht, in der Bundesrepublik Asyl zu erhalten, scheint nach den geschilderten Aussagen des Auswärtigen Amtes düster. Somit stellt sich realiter nur die Alternative „Abschiebung" oder „freiwillige Rückkehr", und das bedeutet konkret: Bezahlt die Bundesregierung nur die sog. „Überführungskosten" (= Abschiebung), oder zahlt sie „Überführungskosten" plus einer „Starthilfe" von DM 300,-? Die Alternative ist keine, die „Freiwilligkeit" der Entscheidung für die Flüchtlinge ist die Freiwilligkeit einer Wahl zwischen Hölle und Hades.

Die geschilderten Maßnahmen bedeuten einen neuen Schritt in der Asylpolitik der Bundesregierung. Das „Ausländer raus" kommt jetzt auf leisen Sohlen daher, die Abschiebung findet mit Glacéhandschuhen statt, weitgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Daß die Bundesregierung derartige „Rückführ"maßnahmen zukünftig ausweiten will, dazu besteht begründete Sorge. Derartige Initiativen gehen Hand in Hand mit Maßnahmen der „Eindämmung des Mißbrauchs des Asylrechts" im Nachtragshaushalt '89 des Bundes. Mittel in Höhe von 45 Mio. DM wurden unter diesem Titel in den Nachtragshaushalt eingesetzt, 219 zusätzliche Stellen sollen geschaffen werden. Begründung der Bundesregierung: „Für die geplanten Maßnahmen zur Eindämmung des Mißbrauchs des Asylrecht (Ausdehnung der Sichtvermerkspflicht auf die Angehörigen bestimmter Staaten, Verschärfung der Prüfung von Sichtvermerksanträgen und Einführung der Aufenthaltserlaubnispflicht für Ausländer unter 16 Jahren) muß insbesondere das Personal bei den Vertretungen des Bundes im Ausland aufgestockt werden."

Die kritische Öffentlichkeit muß das Gesamtpaket der Bundesregierung gegen das Grundrecht auf Asyl bereits im Kern erkennen. Und bekämpfen!

Berthold Seliger

Die 'schwarze Internationale'

Zur Geschichte und Politik der 'Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte' (IGFM)

Beim evangelischen Kirchentag, der vom 7. bis 11. Juni in Berlin unter dem Motto „Unsere Zeit in Gottes Händen" stattfand, kam es zum Eklat, weil die Kirchentagsleitung trotz massiven Protestes vieler Gruppen darauf beharrte, eine Podiumsdiskussion mit der 'Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte' (IGFM) veranstalten zu wollen. Selbst die eigens angeheuerten Ordner konnten das Unvermeidliche nicht verhindern: Das Podium wurde besetzt, der Vertreter der IGFM verließ den Saal.
Wir bringen im folgenden zwei Beiträge zur Geschichte und Politik der IGFM und zu den Ereignissen in Berlin. Die evangelische Kirche überlegt inzwischen, unabhängige Dritte-Welt-Gruppen, die zu den energischsten Kritikern der geplanten Podiumsdiskussion gehörten, mit der Streichung von Zuschüssen zu bestrafen.



Aus dem Buch „Die Hoffnungsträger. ZeitGeistLose Cartoons". Schmetterling-Verlag, Stuttgart.

Bereits beim letzten Kirchentag 1987 in Frankfurt gab der Stand der IGFM innerhalb des Marktes der Möglichkeiten Anlaß zu Auseinandersetzungen. In einer gemeinsamen Erklärung von über 20 Gruppen wird der Kirchentagsleitung die Blockadeaktion gegen die IGFM-Stände begründet. Dem Aufzeigen von Fakten über die Entstehung und Arbeitsweise der IGFM folgt die Forderung, daß eine Tarnorganisation der historisch kontinuierlich sowie geographisch weltweit operierenden ultrarechten Internationale („schwarze Internationale") gerade auf dem Kirchentag, der die Tradition pluralistischer Demokratie innerhalb der EKD beispielhaft repräsentiert, nichts verloren hat.

Weniger aus politischer Überzeugung, daß eine solche Lobbyorganisation gegen die Interessen der Völker des Trikonts aus politischen Gründen nicht zugelassen werden könne, sondern vielmehr besorgt, daß es erneut zu Auseinandersetzungen kommen könnte, die nicht kirchentagsgemäß gelöst werden könnten, wurde beim diesjährigen Kirchentag die IGFM vom Markt der Möglichkeiten ausgeschlossen. Als Trostpflästerchen erhielt die IGFM die erste Sachverständigenstimme bei der geplanten Podiumsveranstaltung zum Thema „Menschenrechte sind unteilbar".

Die Tradition der IGFM

Der Vorläufer der IGFM, die Gesellschaft für Menschenrechte, GfM, wurde 1972 von Mitgliedern und Freunden des Bundes russischer Solidaristen (NTS) gegründet. Um den Kommunismus zu stürzen, beteiligte sich der NTS innerhalb der Nazi-Wehrmacht u.a. 1943-45 am Überfall auf die Sowjetunion. Nach Kriegsende gehörte er, eingebunden in die Strukturen der Nachrichtendienste der westlichen Alliierten, zu den Hauptaktivisten der Politik des Kalten Krieges. Anfang der 70er Jahre wurde eine Strategieänderung nötig. Der bis dahin in platter Form geäußerte Antikommunismus war nicht mehr möglich. Die GfM wurde gegründet und somit das Thema Menschenrechte für die Fortsetzung der antikommunistischen Kampagnen funktionalisiert.

Iwan Agrusow und Leonid Müller, beide NTS Mitglieder, nehmen noch heute Schlüsselpositionen als Geschäftsführer und Schatzmeister innerhalb der IGFM ein.

Seit 1977 gibt die GfM/IGFM kontinuierlich die von C. Gerstenmaier (von 1973 — 78 Vorsitzende der GfM) und I. Agrusow redigierte Zeitschrift „Menschenrechte — Schicksale — Dokumente" heraus. 1981 findet die Umbenennung in Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, IGFM statt.

1988 hatte die IGFM nach eigenen Angaben 3385 Mitglieder, 6000 sporadische Helfer, 70.000 Förderer und Spender. Sie vertreibt sieben periodische Publikationen; Flugblätter und Plakate erreichen fast die 3 Mio. Grenze. In den insgesamt 12 internationalen Sektionen seien 3.596.000 DM ausgegeben worden.

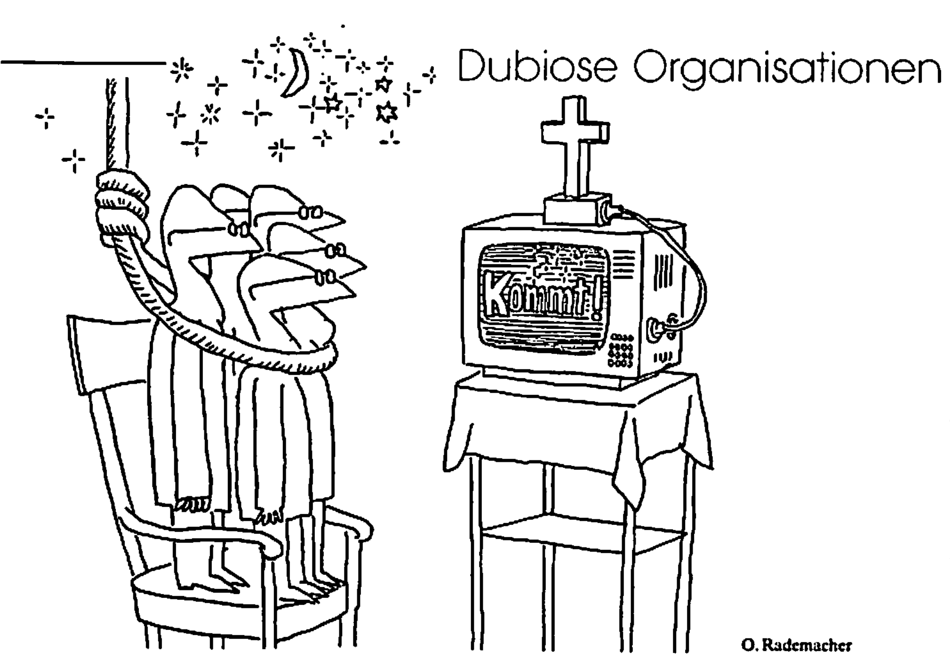
Auf den Jahreshauptversammlungen treffen stets Grußbotschaften rechter Politiker ein: Vom US-Staatssekretär für Lateinamerikafragen, Elliot Abrams (der heute noch bedauert, nicht in Nicaragua einmarschiert zu sein), bis zu Kohl, Spranger, Genscher, Stücklen, Wilms und Waffenschmidt reicht das Spektrum. Auch der entwicklungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Uwe Holtz, bedauert, nicht zur Jahreshauptversammlung 1988 erscheinen zu können.

Öffentliche Zuschüsse zahlt die Stadt Frankfurt, das hessische Kulturministerium, das BMZ und die „Stiftung zur Unterstützung der Menschenrechte" in der EG.

Die IGFM trachtet seit langem nach der Anerkennung als offizielles UNO Organ und verwendet, um sich einen Anstrich von Seriösität zu verleihen, mißbräuchlicherweise das UNO-Emblem in allen ihren Publikationen.

Die Ideologie der IGFM

Auf dem gleichzeitig als Jahreshauptversammlung dienenden Festakt zum 10jährigen Bestehen in der Frankfurter Oper 1982



O. Rademacher

vertritt das Kuratoriumsmitglied Martin Kriele (s.u.) die — gegen die Friedensbewegung zielende — Auffassung, daß ein unpolitischer Pazifismus ohne den Mut zum Kampf für Menschenrechte den Frieden gefährde.

Die IGFM fordert also einen politischen Pazifismus. Was sich dahinter verbirgt, wird deutlich anhand der ideologischen Vorstellungen des Vorsitzenden Agrusow. Demnach gibt es 3 Formen des menschlichen Zusammenlebens:

1) Demokratische, freiheitliche Rechtsstaaten wie: die BRD und El Salvador.
2) Totalitäre Regime wie: das nazifaschistische Deutschland, die UdSSR, die DDR, Cuba, Nicaragua. Diese weisen sich aus durch „größere Systematik, schlimmere Grausamkeiten" sowie durch „das Vorhandensein eines riesigen Propagandaapparates, der die Verletzung der Menschenrechte als Wohltat darzustellen imstande ist. ... Aus dieser Überzeugung heraus exportiert man, mal mit propagandistischen Mitteln, wo dies nicht geht mit Gewalt, sein System in andere Länder..."
   Die Befreiungsbewegungen des Trikonts sind dementsprechend wahlweise Satelliten des internationalen Kommunismus oder Terrororganisationen. Als solche werden FSLN, FMLN, SWAPO und der ANC diffamiert.
3) „Die dritte Staatengruppe könnte man als Despotien bezeichnen", die die Menschenrechte nur „da, wo es ihnen notwendig erscheint verletzen", doch „bedarf es keiner Systematik" ... Zu ihnen zählten z.B. die Philippinen unter Marcos, Nicaragua unter Somoza. Zum Bedauern der IGFM verwandeln sich Despotien überwiegend in „totalitäre Staaten sozialistischen Systems".

Die Schlußfolgerung aus diesem Weltbild der IGFM liegt auf der Hand.

Die totalitären Staaten, deren „Satelliten" und „Terrororganisationen" müssen die Aufmerksamkeit einer Menschenrechtsorganisation auf sich ziehen. Das Rassistenregime in Südafrika muß demgegenüber toleriert werden, um somit auch zu vermeiden, daß es sich in einen „Totalitarismus" umwandelt. So konzentriert sich die IGFM fast ausschließlich darauf, sozialistische Staaten oder linksgerichtete Nationalstaaten des Trikonts über die Frage der Menschenrechte politisch anzuklagen.

Menschenrechte und psychologische Kriegsführung

Seit Beginn der 80er Jahre beschäftigen sich die Publikationen der IGFM zunehmend mit den Befreiungsbewegungen des Trikonts. Dieses Interesse fällt mit dem Amtsantritt Reagans und dem Beginn der sogenannten Low Intensity Conflict Strategy (LICS) zusammen.

Eine wichtige Komponente der LICS ist die psychologische Kriegsführung. Um diese zu gewährleisten, wurden in den USA und in der Folge dann auch in Europa verschiedene private Organisationen gegründet, die die nötige Desinformation zu gewährleisten haben. Sie sind formal unabhängig vom Staat, doch dieser kann sich ihrer Argumentationen bedienen. Eckpfeiler dieser Desinformationskampagnen sind dabei Terrorismus, Drogenhandel und Menschenrechte des politisch-miltärischen Gegners.

Was den Bereich Menschenrechte angeht, leistet die IGFM „hervorragende" Arbeit im Rahmen des LICS. Ihre Nicaraguaprojekte bzw. Öffentlichkeitsarbeit verdeutlichen dies exemplarisch. Der politische Zusammenhang, aus dem heraus die IGFM diese Aufgabe wahrnimmt, erklärt sich aus den mannigfaltigen Verbindungen ihrer Mitglieder und Sympathisanten innerhalb des internationalen Contra-Netzes und zum amerikanischen Geheimdienst.

Am Beispiel Nicaragua: Contras, Sumus, Ethnologen

„Nicaragua libre — Land ohne Freiheit" heißt eine von der IGFM in Zusammenarbeit mit der Internationalen Arbeitsgemeinschaft für Freiheit und Demokratie, IAFD, erarbeitete Ausstellung. Mit ihr wird einerseits die nicaraguanische Regierung einer beständigen Menschenrechtsverletzung angeklagt. Andererseits soll so die Contra in der Bundesrepublik und West-Berlin als politisch ernstzunehmende Kraft aufgebaut werden. Bei der Eröffnung dieser Ausstellung im April 85 im westberliner Rathaus Schöneberg präsentierte der damalige Innensenator Heinrich Lummer, den rechtsradikalen Republikanern nahestehend, den damaligen Contra-Chef Arturo Cruz.

An einem europäischen Geheimtreffen der Contras im Februar 1986 in Madrid unter Leitung der drei namhaftesten Führer der Contra, Arturo Cruz, Alfonso Robelo und Adolfo Calero nahmen von deutscher Seite Freiherr Dr. Götz von Houwaldt (IGFM), Miquel Castro Frenzel (in Berlin lebender Contra-Sympatisant) und Edmund Moser (IAFD) teil.

Das Ziel des Treffens war die Initiierung einer breit angelegten, europaweiten, antisandinistischen und contrafreundlichen Medienkampagne. Die ausgesuchten Länder waren Frankreich, Spanien und die BRD. Die notwendigen Mittel hierfür stellte der CIA mit vorerst 1,5 Mio. Dollar für ein Jahr zur Verfügung.

> **„Die Gesellschaft für Menschenrechte lehnt jede Haftung für die Folgen ihrer Tätigkeit ab."**
> (aus einem Formular der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte/IGFM)

Götz von Houwaldt, Hobbyethnologe und deutscher Botschafter zu Zeiten Somozas (1972-75), ist Mitarbeiter der Nicaragua-Gesellschaft, der IAFD und der IGFM, also bei den drei wichtigsten Contra-Lobbyisten in der BRD.

Er ist der Ziehvater des Sumu-Flüchtlingsprojektes der IGFM am honduranischen Rio Patuca, unweit der nicaraguanischen Grenze. Dieses Projekt war direkt neben einem von Contra-Chef Bermudez geleiteten Ausbildungslager angesiedelt. 1986 stellte das BMZ unter CSU-Minister Klein generös 450.000 DM bei 3jähriger Laufzeit für dieses Projekt zur Verfügung, und dies obwohl, wie Houwaldt intern beschreibt, es mit der Entwicklungshilfe für die Sumus nicht zum besten steht. Grund dafür ist laut der internen Darstellung, daß die Sumus überall große Angst vor Zwangsrekrutierungen der Contras haben. Das Projekt dient mit Sicherheit für die Anklage gegen die Sandinisten, denen die Verfolgung ethnischer Minderheiten vorgehalten wird. Die Verwendung von BMZ-Geldern für ein Projekt, in dem laut Houwaldt einzelne Dörfer vollständig von der militärischen Contra kontrolliert waren, wirft allerdings die Frage auf, inwieweit hier mit BMZ-Geldern die Infrastruktur der Contra gestärkt wurde/wird.

Seit Beginn der Konterrevolution widmet sich die IFGM in ihren Publikationen

sehr ausführlich den Menschenrechten. Als einzige Quelle dafür dient ihr die oppositionelle „Ständige Menschenrechtskommission, CPDH" in Managua. Diese Organisation wird bezeichnenderweise ausschließlich von der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) finanziert. Deren Berichte werden in Costa Rica ebenfalls auf Kosten der KAS ins Englische und Deutsche übersetzt und dann weltweit verbreitet. Die IGFM und die CPDH bescheinigen sich in ihren Publikationen gegenseitig Seriosität. Dem widersprechen Aussagen von amnesty international und americas watch ganz massiv. Fest steht allerdings, daß sich mithilfe dieser Organisation, finanziert durch die KAS, die Bundesregierung permanent die Argumente liefern läßt, die sie vor weiteren Entwicklungshilfezusagen abhält.

Neben der „Menschenrechtsarbeit" der IGFM zu Nicaragua seien zwei weitere Schwerpunkte ihres Wirkens kurz erwähnt:

Der namibischen Befreiungsbewegung SWAPO wirft sie vor, im zambischen Flüchtlingslager, Nyango, das finanzielle Unterstützung des Lutherischen Weltbundes erhält, nach KZ-Vorbild Gefängnisse zu unterhalten und zur Zwangsarbeit anzutreiben. Diese in einer Kampagne aufgestellten Behauptungen wurden nach einer Informationsreise von Mitgliedern der Evangelischen Initiative „435 — Namibia" widerlegt.

Auf der Jahreshauptversammlung der IGFM 1986 wird der Sekretär der vom rhodesischen Rassistenregime kreierten und nach dessen Sturz schlüsselfertig an die Sicherheitskräfte Südafrikas übergebenen mosambikanischen Contrabande RENAMO, Arturo da Fonseca, als Referent eingeladen. (Zu Fonseca, dem deutschen RENAMO-Vertreter, siehe blätter Nr. 156, 1989, S. 12).

Der große Filz

Das umfangreiche Kuratorium der IGFM wartet mit einer Reihe von „Honoratioren" auf, die bei genauerer Betrachtung im verfilzten Gestrüp rechtsnationaler, revanchistischer, neofaschistischer Vereine, Bürgerinitiativen oder internationaler Organisationen beheimatet sind oder solchen nahestehen.

Angefangen von rechten „Hochschulring Tübinger Studenten" über die „Arbeitsgemeinschaft 13. August", der „Antikommunistischen Weltliga (WACL)", der „Konservativen Aktion" bis hin zur „Resistance International" bestehen direkte (Mitgliedschaft) und indirekte (Doppelmitgliedschaft der Mitglieder) Verbindungen.

Zur Resistance International gehören u.a. die nicaraguanischen Contragruppen FDN und KISAN, gehören die UNITA (Angola), die RENAMO (Mosambik) und die afghanische Mujahedin sowie die IGFM Mitglieder Gerstenmaier, Löwenthal und Lobkowicz.

Sehr eng sind auch die Verbindungen zu den vielfältigen revanchistischen Vertriebenenverbänden.

„Frei von politischer Einseitigkeit, in Ost und West, in Nord und Süd gleichermaßen tätig, kümmert sie sich immer wieder um bedrohte Gruppen oder mißhandelte Einzelpersonen, die ihr Schicksal jenseits und vergessen von publizistischen Sympathiekundgebungen erleiden: die in Angola und Sambia inhaftierten namibischen Flüchtliche etwa oder die aus Nicaragua geflüchteten Sumuindianer." (so Ex-BMZ Minister Hans Klein/CSU in seinem Grußwort zur Jahreshauptversammlung der IGFM 1988)

Was ist nun an diesem heißen Samstag in Halle 25 des Messegeländes passiert? Die geplante Podiumsdiskussion mit Jörn Ziegler von der IGFM und Pfarrer Kirschnereit von den „Christen für Partnerschaft statt Gewalt" sollte im Sinne des kirchentagsgemäßen Pluralismus stattfinden, als faulsten aller faulen Kompromisse. Die Kirchentagsleitung versuchte im Vorfeld der Ereignisse diese Entscheidung nach beiden Richtungen als 'Zugeständnis' zu verkaufen. Den IGFM-GegnerInnen wurde die Konsequenz des Ausschlusses beider Organisationen aus dem Markt der Möglichkeiten und die Podiumsdiskussion als öffentliches Entlarvungsvorhaben der IGFM innerhalb des Kirchentages untergejubelt, während der IGFM selbst von Präsident Simon damit beschwichtigt wurde, daß die Podiumsdiskussion eine Aufwertung bedeute.

Von dieser Entscheidung wich dann auch die Kirchentagsleitung keinen Millimeter breit ab, trotz vieler Aufforderungen. Die Argumentation blieb bis zum Schluß schwammig und selbst die Veranstaltung war so geplant, daß sich der Kirchentag und die EKD um eigenständige Positionen als Institution hätten herumdrücken können. Denn die DiskutantInnen sollten auf dem Podium lediglich sich selbst repräsentieren und nicht als VertreterInnen der Evangelischen Kirche Deutschlands. Was hier dem Publikum als Pluralismusverständnis innerhalb der Grenzen christlicher Toleranz verkauft werden sollte ist nichts anderes, als rechtsradikale Politik in die Menschenrechtsauseinandersetzung einzubinden.

Die christliche Schamgrenze, so es die überhaupt innerhalb der Institution und deren Funktionsträger gibt, ist bei weitem überschritten, wenn sich die Kirche auf der einen Seite gegen Rassismus und Unterdrückung engagiert, andererseits dann aber Vertretern dieser Politik ein Forum bietet.

Mit einer gut vorbereiteten politischen Aktion ist es gelungen, der IGFM dieses Forum zu entziehen. Die Veranstaltung wurde umfunktioniert zu einem Tribunal gegen die IGFM unter reger Beteiligung des Publikums. Daß es dabei anfangs zu Gerangel kam, lag an der starren Uneinsichtigkeit des Veranstaltungsleiters Huber, der persönlich gekränkt sich das geklaute „Eröffnungswort" zurückergattern wollte. Die von einer Theatergruppe vorbereiteten Dankesworte der Repräsentanten verschiedenster konterrevolutionärer Gruppen wie der nicaraguanischen Contras, der UNITA oder der RENAMO an ihre Freunde und Unterstützer auf dem Podium (Ziegler und Kirschnereit) konnten aufgrund des Gerangels um die Plätze auf dem Podium leider nicht gehalten werden. Die 'freundschaftliche Umarmung' durch einen dieser Contras veranlaßte Ziegler jedoch, den Raum schnellstens zu verlassen. So deutlich und in aller Öffentlichkeit wollte er sich nun doch nicht der gemeinsamen Bande überführen lassen.

Die politische Niederlage für die IGFM

Durch die Aktion und vor allem das danach folgende politische Tribunal gegen die IGFM sowie durch die intensive Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld der Veranstaltung ist die Rechnung der IGFM nicht aufgegangen. Ihre Hoffnung war, ähnlich wie nach dem Frankfurter Kirchentag, als Opfer eines ungerechtfertigten Angriffs von den Medien hinterher politisch aufgewertet zu werden. Das ist mißlungen.

Selbst die rechte Presse unterließ es in ihrer Berichterstattung über die Veranstaltung, für die IGFM eine Verteidigungsrede zu halten. Die gegen sie benannten Vorwürfe gingen bundesweit durch die Medien und damit dürfte ihr Menschenrechts-Image deutlich angekratzt sein. Sich fortan in Diskussionen auf Recherchen bzw. Argumentationen der IGFM zu beziehen, dürfte z.B. den Spezies aus der CDU/CSU schwerer fallen.

Daß dabei natürlich gegen die AktivistInnen der Aktion z.T. übelst gehetzt wurde („150 Autonome in Kampfanzügen") ist logischer Ausdruck der politischen Verhältnisse hier und darf den Erfolg der Aktion in keinster Weise abwerten.

AutorInnen-Kollektiv CoCo-Piranhas

Quellen:

- Die Contra Connection. Die internationalen Contramacher und ihre bundesdeutschen Helfer, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1988
- Propagandisten des Krieges — Hintermänner der Contra. IGFM. Eine Dokumentation, Arbeitskreis Nicaragua, Ffm, erh. über Informationsbüro Nicaragua, Wuppertal
- Kurzbericht zur JHV 1988. IGFM, Deutsche Sektion, 6 Ffm. Kaiserstr. 72
- Inforundbrief Lateinamerika. Juni 1988, IGFM
- Christen im Widerstand — Eine Reise zur SWAPO, Initiative 435 — Namibia. Kleiansring 64, 4 Düsseldorf 60
- Die Wahrheit, Berlin 28.12.88
- Für die Menschenrechte, 2/89
- ANN, Nr. 141

'Tumult in Halle 25'

Die IGFM und der evangelische Kirchentag

Vom 7. bis 11. Juni 1989 fand in Berlin-West die alle zwei Jahre angesagte Große Berliner Zeltmission statt, landläufig bekannt als Deutscher Evangelischer Kirchentag (im folgenden Kirchentag = KT). Das Ereignis wurde mit Formulierungen wie *„Evangelisches Woodstock"* (taz, 12.6.89; ein Hohn auf alle, die Woodstock erlebten), *„Langeweile der Mittelklasse"* (ebenda), *„nachdenklicher Kirchentag"* (Stuttgarter Zeitung, 12.6.89), *„Mein Gott, mein Gott, was bin ich betroffen."* (Protest, Nr. 4, 10.6.1989, Zeitung der Evangelischen Studentengemeinde zum Kirchentag) bedacht. Doch um eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit den Evangelischen Kirchentagen soll es hier nicht gehen.

Es geht um *„Eier, Gewalt und Halleluja"* (Welt, 12.6.89), den *„Tumult in Halle 25"* (Zeit, 15.6.1989), die Verhinderung einer Veranstaltung der „Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte" (IGFM) auf diesem 23. Deutschen Evangelischen Kirchentag.

Die Feststellung, daß eine Veranstaltung **der** IGFM und nicht etwa **über** die IGFM verhindert wurde, führt unmittelbar zu dem hier abzuhandelnden Thema: das Verhalten der Kirchentagsleitung in den Auseinandersetzungen um die IGFM. Folglich wird hier auch nicht auf die Geschichte und Politik der IGFM eingegangen (siehe dazu voranstehenden Artikel), sondern ausgegangen von der Erkenntnis,

- daß die IGFM in der Tradition der russischen Konterrevolution steht;
- eine Nachfolgeorganisation von Nazi-Kollaborateuren während des Zweiten Weltkrieges in den besetzten Gebieten in der Sowjetunion ist;
- eine wichtige Rolle spielt im Netzwerk der „schwarzen Internationale", in der psychologischen Kriegsführung gegen realsozialistische Regierungen, die sandinistische Regierung in Nicaragua und die Befreiungsbewegungen;
- mithin eine Organisation der weltweiten Aufstandsbekämpfung ist, spezialisiert in der Instrumentalisierung der Menschenrechtsfrage, und mit Fug und Recht als konterrevolutionär, reaktionär, faschistisch bezeichnet werden kann.



Protest gegen IGFM in Berlin — **Foto: A. PROWO**

Zum Verhalten der Kirchentagsleitung gegenüber dieser dergestalt charakterisierten Organisation ist dann festzuhalten: **Der IGFM auf dem KT ein Forum zur Selbstdarstellung zu bieten, überschreitet die Grenzen des Pluralismus und der Toleranz, deren sich die Kirchentagsleitung rühmt.** Wo, bitte, wenn nicht z.B. hier wird der *„Rahmen des Kirchentages gesprengt, der ... auf einer Bereitschaft zum Dialog ... beruht."*? (Frankfurter Rundschau, 12.6.89). Eben dort, wo eine Organisation toleriert wird, die nur deshalb nicht wegen Volksverhetzung und als NS-Nachfolgeorganisation geahndet wird, weil sie geschickt vorgeht und weil die Staatsmacht hierzulande auf dem rechten Auge blind ist — und nicht dort, wo IGFM-GegnerInnen ihre Auftritte zu verhindern versuchen.

Aber selbst wenn wir den Kirchentags-Pluralismus fast grenzenloser Beliebigkeit akzeptieren, war das, was die KT-Leitung den 5 bis 6.000 in Halle 25 geströmten InteressentInnen servieren wollte, alles andere als pluralistisch: da sollten also die Herren Ziegler von der IGFM und Kirschnereit von den „Christen für Partnerschaft statt Gewalt" nicht ihre persönliche Meinung zum besten geben, sondern ihre Institutionen vertreten. Auf der anderen Seite: Theo van Bouven, Christine Lienemann, Werner Lottje und Peter Höffkes als ExpertInnen bzw. „Anwälte des Publikums" als vier Individuen, nicht etwa als VertreterInnen der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), mit der sie nämlich alle vier institutionell verbunden sind. Im Klartext: während die Kirchentagsleitung der IGFM als Institution das Wort erteilt, drückt sie sich darum, als Teil der Institution EKD selber Stellung zu nehmen. Vollends lächerlich wird der Anspruch des Pluralismus, wenn man weiß, daß die Journalistin Gisela Albrecht als „Anwältin des Publikums" ersetzt wurde durch einen Parteipolitiker, den CSU-Bundestagsabgeordneten Höffkes. Und dann die feige Erklärung des Vorgangs: Frau Albrecht sei nicht rauskomplementiert worden, sondern hätte sich freiwillig zurückgezogen — eben nachdem die IGFM deutlich gemacht hatte, Frau Alb-

recht nicht akzeptieren zu wollen, und auf Höffkes insistierte. Das Rückgrat, das Frau Albrecht bewies, indem sie die Unterstellung, sie sei voreingenommen, durch Nicht-Teilnahme zurückwies, fehlt der Kirchentagsleitung — ein traditionsreicher Vorgang.

Der KT wird sich vor lauter Nett-seinmiteinander nicht ewig darum drücken können, die Grenzen **kirchlicher Toleranz** zu definieren. Viele ChristInnen, die an der Aktion gegen die IGFM teilnahmen bzw. sie begrüßten, haben im übrigen die Grenzen **christlicher Toleranz** definiert. Der KT wird z.B. die Frage beantworten müssen, die in der „Zeit" gestellt wird (15.6.1989) *„Wird sich das Kirchentagspräsidium zu einem solchen Kompromiß* (gemeint ist, die IGFM vom Markt der Möglichkeiten zu verbannen, ihr dafür aber ein Podium zur Verfügung zu stellen) *auch durchringen, wenn sich für das nächste Protestantentreffen eine christlich verbrämte ausländerfeindlicher Initiative bewerben sollte?"* Eine aktuelle Frage — auch noch 50 Jahre nach jener Zeit in der evangelischen Kirchengeschichte, in der man sich vornehmlich in der „Bereitschaft zum Dialog" mit der faschistischen Staatsmacht übte.

Auf dem Kirchentag vor zwei Jahren in Frankfurt, als die IGFM schon einmal massiv angegriffen wurde, mag die Frage nach den Beweisen gegen sie vielleicht noch berechtigt gewesen sein. Damals schon wurden aber Beweise vorgelegt. Zwischenzeitlich haben VertreterInnen des Kirchentages festgestellt, daß diese von der IGFM nicht widerlegt werden konnten, und die „Zeit" (15.6.89) schreibt: *„Einige Angehörige der IGFM, die sich ebenfalls äußerten, gingen auf diese Vorwürfe nicht ein."*

Aber selbst wenn man der Kirchentagsleitung noch Unwissen konzidieren wollte, stellte sich schon damals und heute verstärkt die Frage: Unwissen aus Naivität oder weil man nicht wissen will, was den Frieden, in dem rechte Herrschaft in der Kirchenhierarchie ausgeübt wird, stören könnte.

In der Tat: die kirchliche Arbeit wird seit vielen Jahren vom Treiben der IGFM ungleich stärker tangiert als etwa die Arbeit der internationalistischen Solidaritätsgruppen, die endlich den Kampf gegen die IGFM aufgenommen haben. Bischof Tutu in Südafrika z.B., dessen Arbeit die EKD moralisch und materiell unterstützt, wird von den „Christen für Partnerschaft statt Gewalt", die mit der IGFM zusammen das Kirchentagspodium bestreiten sollten, ständig als Kommunist diffamiert — bekanntlich die höchste Form der Stigmatisierung einer Person hierzulande und, schlimmer noch, Wasser auf die Mühlen des mörderischen südafrikanischen Regimes.

Mit Hilfe der IGFM und der „Internationalen Arbeitsgemeinschaft Freiheit und Demokratie" (IAFD), braunes Fallobst vom selben Stamm des hiesigen Contra-Netzwerkes, wird seit Jahren versucht, Esteban Gonzalez von der „Permanenten Menschenrechtskommission" (CPDH) aus Nicaragua bei den kirchlichen Hilfswerken hoffähig zu machen. Seine Lügengeschichten über angebliche systematische Menschenrechtsverletzungen durch die sandinistische Regierung haben Esteban Gonzalez weltweit disqualifiziert. Als aber 1987 „Brot für die Welt" dankend auf ein Gespräch mit ihm verzichtete, jaulten er und seine bundesrepublikanischen Helfershelfer auf.



Die Veranstaltung wurde umfunktioniert...

Die Kirchentagsleitung und sicherlich die Mehrheit der KT-BesucherInnen halten ein Auftreten der IGFM für gerechtfertigt, weil man nach allen Seiten gesprächsbereit sein müsse.

So positiv die Rolle des KT in vielen gesellschaftlichen Diskussionen in der Bundesrepublik in den letzten Jahren war, so unverkennbar ist auch, daß die beliebige Gesprächs- und Dialogbereitschaft ein zentraler Mechanismus der Vernebelung tatsächlicher gesellschaftlicher Verhältnisse ist. Innerhalb der Gesellschaft werden damit Klassengegensätze verschleiert, innerhalb der Kirche die Tatsache, daß eben in der „Volkskirche" Platz für alle ist, an ihren Schalthebeln aber nur für Konservative und Rechte. Der Erfolg dieser Vernebelungstechnik liegt darin begründet, daß das zwischenmenschliche und christliche Gebot, gesprächsbereit zu sein, auch mit dem Gegner zu reden, auf gesellschaftliche Auseinandersetzungen übertragen wird. Das wird auf dem KT praktiziert, aber z.B. auch im sogenannten Dialogprogramm der EKD. Die verheerenden Folgen auf die Jugend, die seit Jahren zur Gruppendynamik (der Lehrling z.B. soll Verständnis haben für den Meister und den Unternehmer als Menschen und darob die Charaktermasken des Kapitals, die ihm im betrieblichen Alltag entgegentreten, vergessen, usw.) und nicht zur gesellschaftlichen Kritikfähigkeit erzogen wird, konnte man auch auf dem letzten Kirchentag im Zusammenhang mit dem IGFM-Skandal exemplarisch sehen: *„Unmittelbar im Anschluß* (an Tomas Borges Beitrag auf dem Lateinamerika-Forum) *hoben Tausende spontan die Hand für die Durchführung der Podiumsdiskussion mit der rechten IGFM."* (taz, 12.6.1989). Und die „Zeit" hat richtig beobachtet (15.6.89), daß in Halle 25 Beiträge der IGFM-Gegner ebenso *„stark beklatscht"* wurden wie Kritiken an ihrem Vorgehen.

Gesprächsbereitschaft mit dem Nächsten, Verhandlungen auch mit dem politischen Gegner sind also etwas anderes, als per sogenannter Podiumsdiskussion den falschen Anschein zu erwecken, an selbiger würden gleichermaßen honorige Gesprächspartner teilnehmen, und etwas ganz anderes, als der IGFM auf diese Art ein Forum zur Selbstdarstellung zu verschaffen.

Die Gesprächsbereitschaft der IGFM-Gegner mit der Kirchentagsleitung gab es und sie wurde auch bis kurz vor der geplanten Veranstaltung signalisiert, aber man zog es offensichtlich vor, mit der IGFM zu dialogisieren, noch am Tag zuvor mit ihr die Vorgehensweise durchzusprechen, während man gleichzeitig versuchte, die Pläne der IGFM-Gegner auszuspionieren.

Als liberal und linksliberal geltende Personen im Umfeld des KT machten geltend, bei der Podiumsdiskussion solle die IGFM entlarvt werden.

Das ist nicht glaubhaft. Die EKD hat sich jahrelang davor gedrückt, die IGFM zu entlarven, sie öffentlich zu kritisieren, obwohl sie von ihren Machenschaften betroffen ist. Die EKD weiß auch, daß es viele Mittel gibt, die IGFM zu entlarven; ihr aber eine Plattform zu geben, gerade das untauglichste ist. Das ist sonnenklar, wenn man



... zu einem Tribunal gegen die IGFM Foto: A. Prowo

z.B. den vorbereiteten Beitrag von IGFM-Ziegler in der unvermeidlichen „Welt" (13.6.89) nachliest. Da wird nicht auf konkrete Vorwürfe eingegangen, sondern mit dem Gemeinplatz von der Unteilbarkeit der Menschenrechte hantiert und falsche Behauptungen aufgestellt (z.B. man habe sich für Opfer der Contra-Söldner eingesetzt) und der unsägliche Brei serviert, den wir aus der bürgerlichen Faschismus-Theorie kennen, bei der links und rechts gleichgesetzt wird, um als allein demokratisches Weltkind in den Mitten gerieren zu können.: „In der Regierung Südafrikas gibt es keine Schwarzen, in der Regierung der Sowjetunion gibt es keine Christen und in den Regierungen der DDR und der Volksrepublik China gibt es keine Demokraten." Hat Herr Kohl nicht vor einiger Zeit von Konzentrationslagern in der DDR gesprochen?

Die Kirchentagsleitung und wiederum wohl die Mehrheit der KT-BesucherInnen befürchteten, mit der Verhinderung der IGFM-Veranstaltung werde diese aufgewertet, unnötigerweise zum Märtyrer gemacht.

Unbeschadet der Tatsache, daß dies das Kalkül der IGFM war, was aber nicht aufging, weil Ziegler sich recht unlädiert zurückziehen konnte, greift dieses Argument zu kurz. Zunächst mal sollte die IGFM durch die geplante Podiumsdiskussion aufgewertet werden. Ob sie durch die Verhinderung selber aufgewertet worden ist, bleibt allemal noch abzuwarten. Auf dem Markt der Möglichkeiten war die IGFM eine von 700 Gruppen; als Gruppe, die ein Publikum von 5-6.000 ZuhörerInnen bekommt, wäre sie eine unter wenigen privilegierten gewesen. Der KT hat dies durchaus auch gesehen und in einem Brief an die IGFM so geäußert. Umgekehrt werden in allen Medien, die über den *„Eklat in der Halle 25"* (Berliner Morgenpost, 11.6.1989) berichteten, die Vorwürfe gegen die IGFM genannt, aber keine Argumente zu ihrer Entlastung gebracht. Es gab in den Medien genau wie unter den TeilnehmerInnen der Veranstaltung Kritik am Vorgehen der IGFM-Gegner, aber wie gesagt keine Verteidigung der IGFM-Politik. Vermutlich ist den IGFM-Gegnern mit dieser Aktion ebenso viel Aufklärung über die IGFM gelungen wie der EKD in vielen Jahren. Außerdem:

— Das Gespenst der unfreiwilligen Aufwertung von Reaktionären wird immer an die Wand gemalt, wenn wir offen gegen sie vorgehen. Die derlei Befürchtungen hegen, scheinen aber keinen Gedanken darauf verschwenden zu wollen, wie man anders dem Faschismus Einhalt gebieten soll. Auch können sie anscheinend nicht sehen, daß der öffentliche Protest und Widerstand gegen die Reaktion vereinbar ist mit der beharrlichen Arbeit an der Basis, die den rechten Einfluß in den Köpfen der Menschen zurückdrängen will. Für die IGFM-Gegner gehört das zusammen: offen und öffentlich die IGFM angreifen und mit den zumeist jungen MitarbeiterInnen und SympathisantInnen reden.
— Daß man mit militanten Aktionsformen hierzulande eine schlechte Presse hat, wissen wir seit vielen Jahren. Aber unsere Presselandschaft wird auch nicht weniger monopolisiert und von konservativen und rechten Positionen beherrscht, wenn wir zu Hause bleiben und nichts tun.

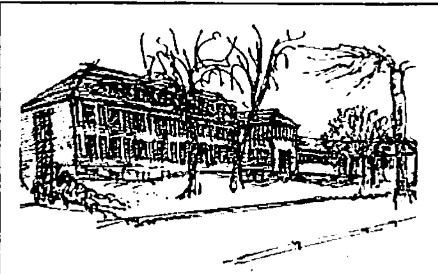
Also: keine Krokodilstränen vergießen über mutmaßliche Aufwertung von IGFM und anderen Rechtskartellen; lieber mithelfen, sie mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln ideologisch und materiell zu bekämpfen.

Wie ist die gegenüber der IGFM so überaus gesprächsbereite Kirchentagsleitung mit den IGFM-Gegnern umgegangen?

Im Vorfeld hat sie sie schlicht wie ungezogene Kinder, unberechenbare Störer behandelt. So wurde der IGFM eine Teilnahme am Markt der Möglichkeiten nicht etwa aus prinzipiellen Gründen untersagt, aus der Erkenntnis, daß die Vorwürfe gegen sie stimmen und es nach Auffassung der EKD keinen Platz für Revanchisten, Apartheid-Sympathisanten und Contra-Freunde geben kann, sondern aus pädagogischen Gründen. Die Absage sei *„ein methodisch-didaktischer Beschluß, kein theologischer und politischer"* (taz, 27.5.1989). Liebe Kirchentagsleitung: die Verhinderung der IGFM-Veranstaltung war eine didaktische Maßnahme. Das Lernziel: Ihnen deutlich zu machen, daß Sie keine „Störungen" zu befürchten haben, wenn Sie mal selber den Mut aufbringen, die IGFM rauszuschmeißen.

Die Kirchentagsleitung, die so manche Stunde mit den IGFM-Mitgliedern zusammensaß, suchte das Gespräch mit ihren Gegnern nicht, sondern versuchte es mit Einschüchterungen: Gruppen, die seit Jahren offen gegen die IGFM arbeiten, wurde gedroht, wenn sie sich an „Störungen" beteiligten, würden sie vom Markt der Möglichkeiten ausgeschlossen.

Das übelste Stückchen an Manipulation und Demagogie gegen die IGFM-Gegner leistete sich aber ausgerechnet Pfarrer Uwe Seidel, der jahrelange Protagonist der Lateinamerika-Foren und der dort stattfin-



Euer Haus für
- Veranstaltungen
- Tagungen
- Fortbildungskurse
- Feste
- oder einfach zum Übernachten.

Wir bieten:
40 Betten; mehrere Seminarräume; Aula mit kleiner Bühne; Fußball- und Volleyballfeld. Vollwertküche
Vollpension nur 25 DM
Übernachtung 10 DM

Anmeldungen an das Arbeiterbildungszentrum e. V., Koststraße 8, 4650 Gelsenkirchen-Horst, Tel.: (02 09) 5 79 75

denden Aktivitäten in Solidarität mit dem befreiten Nicaragua. Er stieg am Lateinamerikatag in genau jene Niederungen westdeutscher „Demokratie", wo unablässig gewählt und abgestimmt wird, just um demokratische Willensbildung auf der Grundlage mündiger und kritischer Meinungsbildung zu verhindern.

An besagtem Lateinamerika-Tag, an dem bekanntlich an prominenter Stelle Tomas Borge teilnahm, befahl Uwe Seidel zunächst den in Halle 25 anwesenden Mittelamerikagruppen, Flugblätter gegen die IGFM wegzupacken — worauf sie sich einließen. Sodann, als die Zeltmissionsstimmung schon ordentlich am Kochen war, die Tausende von Anwesenden echt gut drauf und total lieb zueinander waren und der Verstand nach und nach in den Stimmbändern der singenden Menge verschwand, hob er unvermittelt an, zu lamentieren über finstere Kräfte, die diese Harmonie stören, die zwei Tage später angesetzte IGFM-Veranstaltung verhindern wollten. Noch ehe das Publikum realisieren konnte, von was er eigentlich sprach, ohne das elementare Gebot der Gegenrede auch nur einen Augenblick lang zu erwägen, ließ er per Abstimmung ein Meinungsbild für die Durchführung der umstrittenen IGFM-Veranstaltung herstellen. Mit vollem Erfolg natürlich. Das hat mit Demokratie absolut nicht und mit Demagogie alles zu tun. Ein Mann, der Zeit seines Lebens als Pfarrer vor großen Gruppen gesprochen hat und der wissen muß, an welche deutsche Tradition er mit solchen Methoden anknüpft, hat dies nicht naiv getan, sondern bewußt und gezielt.

Die IGFM-Gegner kannten derlei Manipulationen schon vom Kirchentag 1987, als man sie gegen ihren erklärten Willen in eine Podiumsdiskussion, an der die IGFM teilnahm, verwickeln wollte und ihnen den Schwarzen Peter der Dialog-Verweigerer zuschob. Deshalb rechneten sie damit, daß dieses Jahr Kirchentagspräsident Huber dasselbe Spielchen versuchen würde, nämlich schnell und ohne Information und Diskussion eine Abstimmung zu ungunsten der IGFM-Gegner herbeizuführen. Deshalb gab es das Gerangel um das Mikrofon, das die „Welt" (12.6.1989) in Schillerschem Versmaß beschrieb: *„... verweigert es Hubers bittender Geste..."*

Ich ergänze: Hohn sprechend auf Gottes Burg, die feste.

Immerhin gelang es ihm noch, die Menge zum Halleluja-Singen aufzurufen: alle, die für die Fortsetzung der Veranstaltung wie vorgesehen seien, sollten singen. Das geschah dann auch und führte zu einer gespenstischen Situation: in der Halle die singenden Massen, auf dem Podium DemonstrantInnen mit hochgehaltenen Transparenten, dahinter das Gerangel um das Mikrofon. Kontemplativität auf dem Kirchentag: während sich die Weltmenschen zu Leibe rücken, singt der Christ in sich hinein. Mit Mühe gelang es, den Singsang ausklingen und die Diskussion anheben zu lassen und selberverständlich bekam Herr Huber das Mikrofon, nachdem er zugesagt hatte, weitere Manipulationsversuche bleiben zu lassen.

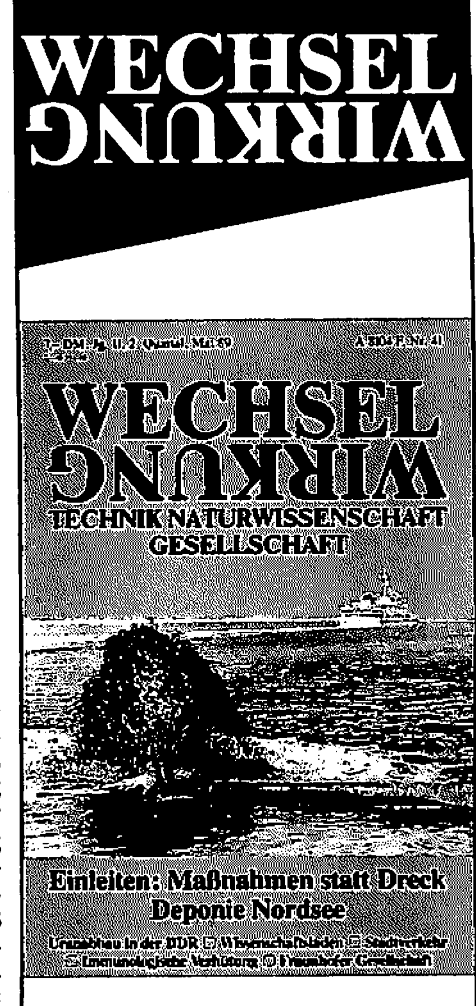
Um die Verantwortung für den „Skandal in Halle 25" festzulegen, muß abschließend klar gesagt werden: sie liegen bei der Veranstaltungs- und Kirchentagsleitung. Sie waren lange genug und lange vorher darauf aufmerksam gemacht worden, daß man eine solche Veranstaltung nicht zulassen würde. Man ließ die Kirchentagsleitung auch indirekt und in etwa wissen, was geplant war: es ging um Aufklärung, Information, Diskussion über die IGFM und nicht um Konfrontation mit der Veranstaltungsleitung. Kaum hatte aber ein Sprecher der IGFM-Gegner ein Mikrofon genommen, griff die Veranstaltungsleitung massiv und mit physischer Gewalt ein und löste damit das vorübergehende Gerangel aus.

Es muß auch festgestellt werden: nicht Herr Huber, der sich kopflos an das Autoritätssymbol Mikrofon klammerte, nicht die hilflosen Pfadfinder, die man recht verantwortungslos an die Front geschickt hatte, und nicht das übrige Kirchentagspersonal, das auf „seiner" Veranstaltung beharren wollte, haben die Situationen deeskaliert, sondern die IGFM-Gegner. In der Tat ging es ihnen darum, aus einer Schaubühne für die IGFM eine Diskussionsveranstaltung über die IGFM zu machen, und nicht darum, unartikuliert zu stören. Das war kirchentags-inadäquat und deshalb schloß Herr Huber die IGFM-Gegner auch sogleich und an Ort und Stelle vom Kirchentag aus (Exkommunizierung heißt das bei den Katholiken). Auf Wunsch der anwesenden IGFM-Mitglieder erklärte er die Veranstaltung für beendet und die „Störer" zu Eindringlingen, die rein gar nichts mit dem KT zu tun hätten. Ersteres war eine rhetorische Übung, um sich gleich mal gegen jene abzusichern, die ihm später vorwerfen würden, eine Gegenveranstaltung zugelassen zu haben. Letzteres ist papistisch: der Herr Huber bestimmt, wer zum Kirchentag gehört und wer nicht. Dabei arbeitet ein Gutteil der Leute, die an der Aktion teilnahmen oder sie im Verlaufe der Diskussion mit Beiträgen und Beifallsbekundungen unterstützten, seit Jahren in Dritte-Welt-Gruppen auf dem Markt der Möglichkeiten mit.

Der rhetorische Ausschluß der IGFM-Gegner ist die logische Konsequenz einer Kirchentagspolitik, die keine Mühe und nun eben auch keinen „Eklat" gescheut hat, die IGFM einzuschließen.

Nach dem sattsam bekannten Muster vom bösen Feind, der von außen kommt, wird es nicht beim rhetorischen Ausschluß bleiben. Wie man hört, ist der „Ausschuß für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik" der EKD angewiesen worden, zu überprüfen, ob unter seinen Zuschußempfängern nicht etwa schwarze Schafe aus dem Spektrum der IGFM-Gegner sind. Aber es ist noch nicht aller Tage Abend, und für Christen ist es nie zu spät zur Umkehr.

Ulf Baumgärtner



Nr. 41, Mai 1989

Schwerpunkt:

Einleiten – Maßnahmen statt Dreck: Deponie Nordsee * Meereskiller vor Gericht – Nordsee-Tribunal * Thesen zu einer langfristigen Umweltpolitik * Lehren aus dem Robbensterben * Bleibende Werte: Schwermetalle und chlorierte Kohlenwasserstoffe * Die gesellschaftliche Relevanz der Umwelttoxikologie * Chemiepolitik: Versuch einer Standortbestimmung

Weitere Themen:

Pechblende: Uranabbau in der DDR * Zwischenbilanz nach sechs Jahren Wissenschaftsladen Gießen * Immunologische Verhütungsmittel * Menschengerechter Stadtverkehr? * Fraunhofer-Gesellschaft

Probeheft für DM 4,– in Briefmarken bestellen!

Bestellungen an WECHSELWIRKUNG
Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61
DM 7,– Einzelheft (+ Versandkosten)
DM 28,– Abonnement für 4 Hefte (incl. Versandkosten); erscheint vierteljährlich

„Trotz der gefährlichen Situation zeigen wir andere, genauere Bilder“

Videofilme aus und über Südafrika

Der Medienwerkstatt Freiburg ist es gelungen auf dem letztjährigen Videoforum neue Produktionen zu Südafrika vorzustellen, die auf dem Forum große Beachtung fanden.

Aufmerksamkeit verdienen vor allem die Filme von zwei Gruppen von Filmemachern: die Gruppe AFRAVISION und die Leute von der Werkstatt VARAN.

Die Gruppe AFRAVISION aus Johannesburg, ein Zusammenschluß von drei Filmemachern, haben in den letzten drei Jahren viele Beiträge über Leben, Alltag und Organisation im Widerstand gegen das Apartheidsregime in Pretoria produziert. Für die Opposition sind diese — in der Regel 10 bis 15 minütige Filme — zu einem bedeutenden Stück Gegenöffentlichkeit angesichts des Ausnahmezustandes geworden.

Ein Teil dieser Filme wurde von der Medienwerkstatt in drei Kassetten zusammengefaßt und kann bei ihnen in der deutschen Fassung ausgeliehen werden.

AFRAVISION Band I, 49 Min.
Railway Worker's Strike
Südafrika 1987, 19 Min.
1987. Die staatliche Transportgesellschaft SATS feuert einen Arbeiter. Das Ereignis bringt eine Lawine ins Rollen. Dem illegalen Streik der Eisenbahnarbeiter schließen sich später auch die Postarbeiter an. Im Laufe der Ereignisse entzündet sich eine Hetzkampagne gegen den Gewerkschaftsverband COSATU, dessen Zentrale von zwei Bomben zerstört wird. Trotzdem halten die Arbeiter ihren Streik durch und können ihre Forderungen durchsetzen.

Miner's Strike
Südafrika 1987, 17 Min.
Am 9. August legten in Südafrika 340.000 Bergarbeiter ihre Arbeit nieder. Dies war der Beginn des bisher größten Streiks in der Geschichte des Landes. Der Film begleitet diesen Arbeitskampf, die Aktionen, Diskussionen und Strategien der Arbeiter im Kampf um die Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Transvaal Alloys
Südafrika 1984, 13 Min.
Arbeitskämpfe im Werk eines deutschen Konzerns. Die Entlassenen berichten über ihre desolaten Arbeits- und Wohnbedingungen im Werk und über die hoffnungslose Lage im Homeland Lebowa, der Endstation einer Reservearmee von Lohnarbeitern, die der rechtlich abgesicherten Willkür auch ausländischer Unternehmer kaum etwas entgegensetzen kann.

AFRAVISION Band II, 49 Min., engl. Originalfassung (erst ab Oktober 1989 in deutscher Fassung erhältlich)
Chief Ampie Mayisa
Südafrika 1986, 17 Min.
Den Begriff von der „Gewalt Schwarzer gegen Schwarze“, wie er von der südafrikanischen Regierung geprägt wurde, ist auch ins Vokabular hiesiger Nachrichtensendungen kommentarlos eingegangen. Das Video zeigt die Hintergründe von Überfällen schwarzer Jugendlicher auf die Gemeinde Leandra, den Mord an Chief Ampie Mayisa: Polizeistrategien, die den zähen Widerstand gegen die Zwangsumsiedlung eines ganzen Dorfes mürbe machen sollen.

Alexandra Township
Südafrika 1986, 32 Minuten
Alexandra Township grenzt im Nordwesten von Johannesburg an die wohlhabendsten Vorstädte Südafrikas an. Alexandra ist ein Slum, in dem 200.000 Menschen leben. Es gibt nur zwei geteerte Straßen, keine Stromversorgung und keine Kanalisation. Doch es gibt die „Alexandra Health Clinic“, die sich bemüht, in enger Zusammenarbeit mit den Bewohnern von „Alex“ eine Gesundheitsversorgung aufzubauen und diese zu einem Modell für ein Gesundheitssystem im zukünftigen Südafrika zu entwikkeln. In diesem Bericht kommen u.a. Vertreter der Bürgerinitiativen von „Alex“ zu Wort, die darauf hinweisen, wie eng der Einsatz der Mitarbeit der Klinik mit dem Kampf gegen die Apartheid verknüpft sein muß.

AFRAVISION, Band III, 52 Min., engl. Originalfassung (erst ab Oktober 1989 in deutscher Fassung erhältlich)
Women Awake
Südafrika 1986, 17 Min.
Die Situation der Frauen in Südafrika, ihre doppelte Arbeit als Mütter und Lohnabhängige, ihre doppelte Unterdrückung als Frauen und als Nicht-Weiße wird gezeigt. Trotz der strukturellen Vereinzelung — ein Großteil arbeitet unter unmöglichen Bedingungen im Haushaltsbereich — versuchen sich die Frauen in Gewerkschaften zu organisieren.

Hillbrow — Twilight Zone
Südafrika 1987, 18 Min.
Hillbrow, Zentrum Johannesburg, ist twilightzone. Hier wohnen Schwarze und Weiße in unmittelbarer Nachbarschaft. In letzter Zeit versucht die Regierung, auch hier den Group Areas Act, ein Herzstück der Apartheidspolitik, das Schwarzen und Weißen strikt getrennte Wohngebiete vorschreibt, mit Gewalt durchzusetzen. Doch die Bewohner haben sich organisiert und sind entschlossen, sich nicht in die Townships vor der Stadt abschieben zu lassen.

Media
Südafrika 1986, 17 Min.
Der Film zeigt, wie ein engagierter Journalist unter den Notstandsbestimmungen zu arbeiten versucht. Der Zuschauer wird Zeuge, wie ein Zeitungsbericht über einen Jugendlichen entsteht, der während der Haft schwer mißhandelt wurde.



Von zwölf jungen Leuten aus der Werkstatt VARAN in Johannesburg stammen neun Kurzfilme, die sie unter dem Titel „Südafrikanische Gesichter“ öffentlich machten. Die „Association Varan“ ist eine Gruppe von Filmemachern und Pädagogen, die seit Jahren vom französischen Außenministerium unterstützt werden, um in Ländern der Dritten Welt mit den Werkstätten „Varan“ Nachwuchsförderung betreiben zu können.

Südafrikanische Gesichter
VARAN, Johannesburg, Südafrika 1987, 100 Minuten, deutscher Untertitel
Die jungen Filmemacher berichten in „Südafrikanische Gesichter“ aus ihrem eigenen Leben und ermöglichen damit einen direkten Einblick in eine Realität, die wir sonst nie zu sehen bekommen. Keine langen Reden, keine Sensationsmeldungen, keine spektakuläre Gewalt. Z.B. zeigt einer der neun Kurzfilme alte Menschen, die alle zwei Monate ab drei Uhr nachts Schlange stehen und auf die Auszahlung ihrer kargen Rente warten — in der Kälte frierend. Schwarze bekommen in Südafrika die Rente nicht überwiesen.

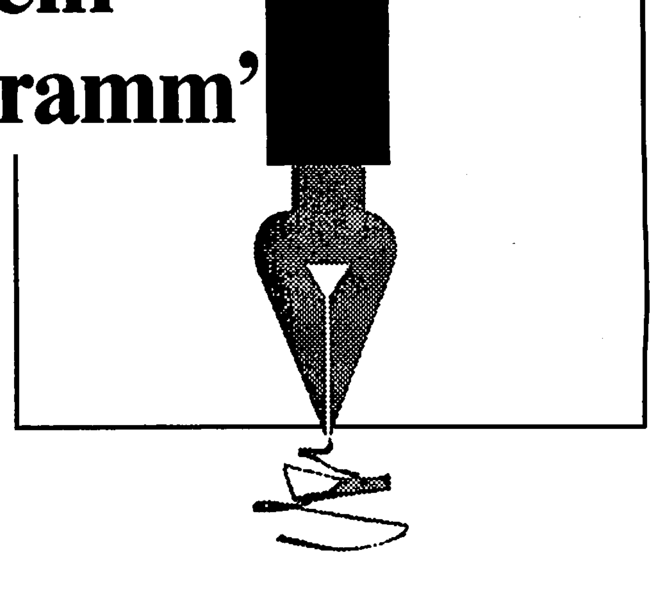
Ein anderer Kurzfilm „Process“ beschreibt ein Zentrum für Kinder, die vorher auf der Straße lebten und nun ein neues Zuhause gefunden haben. Drei der neun Filme gehen auf die rechtsextremistische AWB (Afrikanische Widerstandsbewegung) ein, die an ihrer burischen Tradition festhält. In ihrer Machart sind die Filme entlarvend und eignen sich auch einzelnen für den Einsatz im pädagogischen Bereich.

Leider wurde der Verleihpreis von der französischen Vertriebsgesellschaft auf 100,- DM festgesetzt, was einige Interessenten abschrecken dürfte.

Ansonsten beträgt die Leihgebühr je nach Länge der Filme:
20,- DM bei Filmen bis 20 Min.
35,- DM bei Filmen bis 40 Min.
50,- DM bei Filmen über 40 Min.

Verleihadresse:
Medienwerkstatt Freiburg
Konradstr. 20
7800 Freiburg
Tel. 0761/709757

'Frausein allein ist kein Programm'



Zum Buch von Ingrid Strobl

In den vergangenen „blätter"-Ausgaben haben wir wiederholt über die Auswirkungen des § 129 a berichtet. In diesen Zusammenhang gehört auch die folgende Rezension. Die Diskussion muß weitergehen — auch wenn eine Aktion beendet (siehe Hungerstreik) oder, wie im Fall Ingrid Strobl, ein Urteil verkündet ist. Dies ist wahrscheinlich auch einer der Gründe, warum der Freiburger Kore-Verlag zur Urteilsverkündung eine Auswahl von Essays der seit eineinhalb Jahren in Untersuchungshaft sitzenden österreichischen Journalistin herausgab.

In diesem Buch mit dem bemerkenswerten Titel „Frausein allein ist kein Programm" sind Aufsätze und Manuskripte Ingrid Strobls zusammengefaßt, die zwischen 1979 und 1989 vor allem in der Zeitschrift „Emma" erschienen sind, und in denen sie sich mit den Themenbereichen „Frauen", „Literatur" und „Politik" befaßt. Wer Ingrid Strobl von ihrer Auseinandersetzung mit dem Nah-Ost-Konflikt, — Gentechnologie und Bevölkerungspolitik her kennt, und Artikel zu dieser Thematik erwartet, wird enttäuscht. Diese Ausgrenzung geschah sicher nicht ohne Absicht, sollte doch gezeigt werden, daß es für eine radikale linke Feministin sehr viel mehr Themen gibt, mit denen sie sich auseinandersetzen muß, und für die es gilt, eine kritische Öffentlichkeit herzustellen. Oder wie sie selbst in ihrem Vorwort schreibt: „Ich glaube, das ist ein akzeptabler Grund, vielleicht der einzige, diese Texte in Buchform herauszugeben: Um zu zeigen, was in diesem Staat als „kriminell", verurteilenswert, als „knastreif" gilt. Insofern kann die Lektüre meiner Texte tatsächlich politisch lehrreich sein." Gerade die besondere Härte des Urteils — 5 Jahre ohne Bewährung auf der Grundlage nur sehr dürftiger Beweise — muß zur Auseinandersetzung mit ihren Texten anregen.

Im folgenden sollen aus der Vielzahl der in den Texten behandelten Aspekte zwei herausgegriffen und näher erläutert werden. Dies ist zum einen Ingrid Strobls Auseinandersetzung mit der Frauenbewegung, aus der heraus ihr Verständnis von Feminismus deutlich wird, und damit der Blickwinkel, unter dem sie gesellschaftliche Probleme analysiert. Zum anderen sollen ihre Ausführungen zum Phänomen der zunehmenden Ausländerfeindlichkeit erläutert werden.

In ihrem 1979 entstandenen Aufsatz „10 Jahre Frauenbewegung" zieht Ingrid Strobl ein Resümee aus der Geschichte der neueren Frauenbewegung. Dabei kommt sie zu dem Fazit, daß sich die Frauenbewegung zwar immens verbreitert hat, in allen möglichen gesellschaftlichen Gruppierungen vertreten ist, jedoch daran krankt, daß sich ihr Konsens in der Forderung nach mehr Gleichheit erschöpft. Diese Forderung läuft letztendlich auf eine „Identifikation mit dem Aggressor" hinaus und ist zudem gesellschaftsimmanent einzulösen, also keineswegs revolutionär. Damit bleibt sie in ihrer Radikalität weit hinter dem Bewußtsein der Anfänge der Frauenbewegung zurück, die Gleichheit als „Anpassung an die Normen der patriarchalischen Gesellschaft" entlarvte.

Neben der breiten Gruppe der Reformerinnen, die „tapfer und doppelbelastet den langen Marsch durch die Institutionen" gehen und „sich am liebsten jeden Bittbrief von der Regierung finanzieren lassen" würden, machen sich heute (und diese Tendenz dürfte sich seit 1979 eher noch verstärkt haben) immer mehr biologistische Sichtweisen breit. „Das Urweib erhebt sich aus dem Schlamm, die Frau als primär, a priori, per se Mutter." Hatte sich die Frauenbewegung einst als erklärtes Ziel auf die Fahnen geschrieben, sich von der traditionellen Mutterrolle zu emanzipieren, sehen sich nunmehr wieder Frauen, die sich gegen ein Dasein als Mutter entschieden haben, in eine Rechtfertigungsecke gedrängt. Mit dem Rückzug ins private Glück, den „Schoß der Familie", wird „die Mutter-Kind-Welt als harmonisch und friedlich per se gegen die Welt des Krieges, der Politik, des Kampfes gestellt." Das Fatale hierbei ist, daß die Analyse der gesellschaftlichen Faktoren unterbleibt, das heißt, daß „die Widersprüche , Probleme, Schwierigkeiten, die Situation einer Mutter in der heutigen Gesellschaft verschleiert" werden. Ingrid Strobl bezeichnet dies als die „Theoriefeindlichkeit der Profibauchfrauen", die sich gerade unter Studentinnen und intellektuellen Frauen breit macht. Dieser Theoriefeindlichkeit entgegenzutreten ist eine der wichtigsten Aufgaben der Frauenbewegung, die sich dabei auf ihre anfänglichen Ziele zurückbesinnen muß, in denen sie „die Synthese aus Intellekt und Emotion, aus öffentlich und privat, aus Analyse und Aktion zum Desiderat erklärt, als Aufgabe postuliert und als imaginierte Menschlichkeit phantasiert."

Die Bedeutung von Ingrid Strobls Parole „Frausein allein ist kein Programm" tritt hier deutlich vor Augen: „Frausein heißt noch nicht Feministin sein", Feminismus bedeutet Kampf, bedeutet politisch zu handeln und zu denken und über die höchstpersönliche Betroffenheit hinauszugehen. Für die radikale Feministin liegt die zukünftig bessere Gestalt der Gesellschaft in den Händen der Frauen: „Wenn in 20 Jahren die in einen verheiratet sind, die anderen Aufsichtsrätinnen in Konzernen für Spekulumerzeugung, die dritten im Knast, wurden heute die Gefahren nicht erkannt, verdrängt, verharmlost.

Die Cassandras aller Länder öffnen die Augen und eröffnen den Kampf. Frauen sind Sand im Getriebe. Sollte doch noch eine menschliche Zukunft möglich sein, verdankt sie sich den Frauen."

Im 3. Teil des Buches, der unter dem Thema „Politik" steht, befaßt sich Ingrid Strobl mit der NS-Vergangenheit und ihrer Nicht-Aufarbeitung: „Dieses Schweigen lebt heute fort. Im Schweigen über Ausländerfeindlichkeit, im weiterschwelenden Antisemitismus, in der Verachtung von 'Zigeunern', in der 'Behandlung' von Behinderten, in der Diskrimierung von Homosexuellen, in der Hinnahme von Frauen- und Kindesmißhandlung, in der Kriminalisierung von Widerstand." Ingrid Strobl stellt fest, daß in der gegenwärtigen Auseinandersetzung mit dem Faschismus unter dessen Opfern Personen herausgegriffen werden, die im nachhinein zu Helden stilisiert werden können. So wird auf der einen Seite das Schicksal der jüdischen Intellektuellen, wie Schriftsteller und Wissenschaftler, bedauert, auf der anderen Seite die Leistungen der Trümmerfrauen gewürdigt. In dieser „nachträglichen Selektion", wie Ingrid Strobl es treffend formuliert, drohen die Massen der Verfolgten in Vergessenheit zu geraten: das jüdische Proletariat, die jüdischen Kleinbauern und Viehhändler sowie die Jüdinnen aller Nationen, Widerständlerinnen, Partisaninnen, Prostituierte, Sinti oder Roma.



Schon vor dem Dritten Reich, als viele polnische Juden ins Ruhrgebiet immigrierten, waren sie „ein ähnlicher Anlaß zu nationaler Besorgnis wie heute die 'Asylantenflut'". Daß diese „nationale Besorgnis" im Nationalsozialismus in eine Vernichtungskampagne mündete, ist bekannt. Heute — mehr als 40 Jahre danach — machen sich ähnliche Tendenzen breit: die schon länger schwelende ausländerfeindliche Stimmung schlägt um in offene Aggression. Sie äußert sich z.B. in Türkenwitzen, Wandschmierereien, Anschlägen auf Flüchtlingswohnheime und sogar in tätlichen Angriffen.

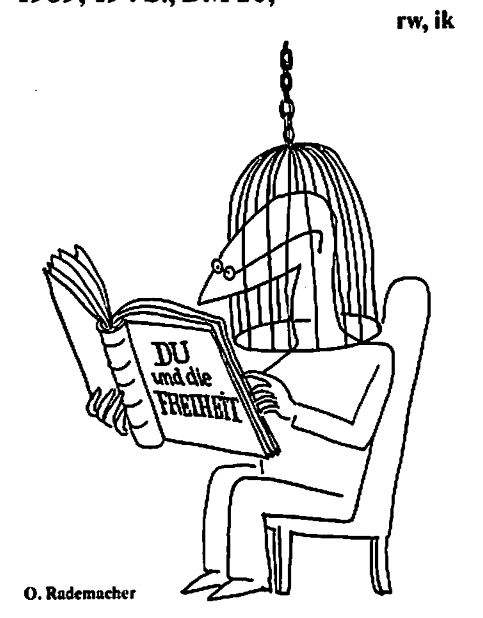
Angesichts dieser Tatsachen ist es fatal, in der bloßen Betroffenheit stehenzubleiben. „Warum tun wir nichts?" stellt Ingrid Strobl die berechtigte Frage. „Was kann uns denn passieren, wenn wir dieses bißchen Zivilcourage aufbringen? Bei uns steht keine SA vor der Tür, wenn wir uns mit Türken solidarisieren. Und wenn einige unter uns den Mut haben, die Zufahrtswege zu den Mittelstreckenraketen zu blockieren, warum fehlt dann der Mut, wenn es darum geht, zusammen mit Türk(inn)en gegen Ausländerfeinde, gegen Rassisten vorzugehen?"

Gegen die Ausländerfeindlichkeit vorzugehen, bedeutet aber auch, sich die politischen Zusammenhänge hier bewußt zu machen. So unterstützt die Bundesregierung die Türkei wirtschaftlich und militärisch und lehnt Asylanträge politisch Verfolgter ab, denen in ihrer Heimat die Folter droht.

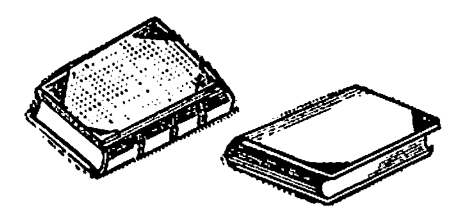
Bezeichnenderweise wurde genau dieser Artikel „Was kann uns denn schon passieren?" im Prozeß wiederholt als Beweismittel für die staatsfeindliche Gesinnung Ingrid Strobls herangezogen. Schon allein die Auseinandersetzung mit Ausländerfeindlichkeit gilt nach § 129a als „anschlagsrelevant" ebenso wie die Beschäftigung mit Bevölkerungspolitik, Gentechnologie, Sextourismus, etc. In dieser „Gesinnungsjustiz" zeigt sich die Verkehrung der Begriffe Schuld und Unschuld, wie Ingrid Strobl in ihrem Schlußwort zum Prozeß feststellt: „... Unschuldig sind in dieser Gesellschaft und vor ihrer Justiz die Konzernherren und -manager, die heute den Hungertod von ungezählten Menschen in der sogenannten Dritten Welt ganz selbstverständlich einkalkulieren zum Wohle und zum Segen ihres Profits... Angesichts dieses gesellschaftlichen und rechtlichen Umgangs mit den Begriffen schuldig und unschuldig kann ich mich hier nicht verteidigen, indem ich sage, ich bin unschuldig... Ich bekenne mich schuldig, Feministin, Internationalistin und Antifaschistin zu sein in einer Gesellschaft, die NS-Verbrecher, Sklavinnenhändler und Ausländer-Raus-Politiker von jeder Schuld freispricht."

Ingrid Strobl: Frausein allein ist kein Programm. Kore-Verlag, Freiburg 1989, 194 S., DM 20,-

rw, ik



O. Rademacher



„Dritte Welt" für Kursleiter

Hartmut Dürste/Manfred Fenner, Dritte Welt und Erwachsenenbildung: Einstiege für Kursleiter zum Themenbereich Afrika, Asien und Lateinamerika, Deutscher Volkshochschulverband, Fachstelle für Internationale Zusammenarbeit, Materialien Band 30, Bonn 1989, ISBN 3-88513-863-8

Die Erfahrungen mit nebenberuflichen Kursleitern und Kursleiterinnen in der praktischen entwicklungspolitischen Arbeit haben gezeigt, daß meistens ein umfangreiches Fachwissen, hier und da auch schon pädagogische Erfahrung, aber fast nie genügend Informationen über die Bedingungen des Einstieges an Volkshochschulen oder anderen Bildungsstätten vorhanden sind.

Dieser Lücke in der Reihe der vorhandenen Einführungen für Kursleiter, die sich jedoch nur in den seltensten Fällen und allenfalls am Rande mit diesem Bereich beschäftigen, hat jetzt die Fachstelle für Internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschulverbandes abgeholfen. Die beiden Autoren wissen als langjährige hauptberufliche Mitarbeiter, als Kursleiter und Reiseleiter an Volkshochschulen, wovon und für wen sie schreiben. Realistisch und nicht ohne Humor versuchen sie, dem Neueinsteiger einen Weg durch die vielfach mit „Haken und Ösen" versehenen Rahmenbedingungen zu weisen. Da fehlen weder der „Hausmeister" noch der „Kursausfall", da kann man sich entweder schnell durch die alphabetisch gegliederten Stichworte lesen oder nach individuell-konkretem Informationsbedarf in das Buch einsteigen und sich über die am Ende eines jeden Artikel gegebenen Querverweise an notwendige Informationen leicht heranarbeiten. Wer z.B. bei „Werbung" einsteigt, kann über „Checklisten", „Steuerrecht" und „Medien" auf die „Räume" kommen. Grafiken, Karikaturen und zahlreiche Anregungen für die Praxis sowie kurze Hinweise auf weitere einführende Literatur und ein übersichtliches Register runden den Band ab.

Man kann ihn allen „Neulingen" der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, aber auch allen anderen Kursleitern sehr empfehlen. Der Band ist kostenlos bei der DVV-Fachstelle für Internationale Zusammenarbeit, Rheinallee 1, 5300 Bonn 2 zu beziehen.

„Pragmatismus hat sich durchgesetzt“

Der Nicaragua-Kongreß in Wuppertal

Zehn Jahre nach der Revolution in Nicaragua hat die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung eine Bestandsaufnahme gemacht. Wie steht es um die Revolution in Nicaragua? Wo steht die eigene Solidaritätsbewegung?

400 Teilnehmer, zum Großteil Aktivisten, waren vom 16. bis zum 18. Juni nach Wuppertal gekommen, um einen Teil ihrer politischen und sozialen Lebensgeschichte aufzuarbeiten. Das ganze Spektrum der Solibewegung war vertreten, von den Gewerkschaften über die Städtepartnerschaften und die kirchlichen Gruppen bis zu den unabhängigen Komitees. Inzwischen gibt es sogar schon mehrere Generationen. Die, die von Anfang an dabei waren und solche, die zum ersten Mal kamen. Anscheinend hat die Revolution in Nicaragua noch nichts von ihrem Reiz auf bundesdeutsche Gemüter verloren.

In einem ersten Schwerpunkt analysierten die Referenten die wirtschaftlichen Strukturen in Nicaragua. Staatliche Betriebe haben etwa 20% Anteil am Markt, private Großgrundbesitzer ebenfalls 20% und private Kleinproduzenten etwa 60%.

Daß man bei diesen Produktionsverhältnissen nicht von Sozialismus reden kann, versteht sich von selbst. Die Solibewegung hat das erkannt und das Konzept der Mischwirtschaft akzeptiert. Zudem hat sie ihre Sozialismuskonzepte revidiert. Man mißt die Fortschrittlichkeit nicht mehr nur an dem Grad der Verstaatlichung. Auch die Stadientheorien und andere Dogmen sind zu den Akten gelegt worden. „Pragmatismus hat sich durchgesetzt,“ resümiert Barbara Lucas vom Nicaragua-Informationsbüro-Büro Wuppertal. Nur durch eine gründliche Analyse und daraus folgende realistische Kriterien konnte die Solidaritätsarbeit mit Nicaragua so lange durchgehalten werden. Aber es gibt auch andere Stimmen. Rose Gauger kritisiert: „Das Konzept der Mischwirtschaft wird nicht mehr in Frage gestellt.“ Aber was bleibt schon an Alternativen? Es wurden keine aufgezeigt.

Was man im Moment anscheinend nur machen kann, ist pragmatisches Krisenmanagement zur Eindämmung der schlimmsten Not. Schließlich ist es schon ein Unterschied, ob ein Land wie Nicaragua eine Inflationsrate von 3000% oder von 30% hat. Die Solibewegung hat das — wenn auch zähneknirschend — akzeptiert. Warum sie allerdings weiterhin auf dem Begriff „Revolution“ besteht, das ist vor diesem Hintergrund nicht nachvollziehbar. Wahrscheinlich kann man sich dann besser von den Reformisten im eigenen Land abgrenzen.

Ein anderer Schwerpunkt des Treffens war das Selbstverständnis der Nicaragua-Solidaritätsbewegung. Karl Rössel, Chefkritiker der Dritte-Welt-Bewegung, zog ausnahmsweise eine positive Bilanz: „Zum ersten Mal hielt die Solidarität auch nach der Revolution an. Noch nie hat eine Solidaritätsbewegung mit einem Land so lange durchgehalten. Noch nie war das Spektrum der Gruppen so breit. Noch nie war die Informationsgrundlage so gut und die Analysen so präzise.“ Dieses Lob ging runter wie nichts.

Was sind wir doch für tolle Internationalisten! Nicht lange währte die Harmonie, da zerstörte Rose Gauger mit harscher Kritik die angenehme Stimmung: „Bisher ist alles als Folge des Krieges entschuldigt worden. Das Demokratieverständnis der Sandinisten und die Befreiung der Frauen müssen kritisch beleuchtet werden. Das passiert hier überhaupt nicht.“ Womit sie nicht ganz unrecht hatte.

Ein Schwerpunkt der Diskussionen war das Verhältnis von unabhängigen und abhängigen Gruppen. Abhängige Gruppen, wie Gewerkschaftsgruppen oder Städtepartnerschaften seien zu sehr in das System eingebunden, meint Barbara Lucas. „Man kann schon in die Institutionen reingehen, aber man darf seine eigenen Positionen nicht aufgeben.“ So wird z.B. nicht thematisiert, was Widerstand in der BRD heißt. Es reicht nicht, eine Solidaritätserklärung zu Ingrid Strobl zu verlesen. Man muß auch aktiv gegen die Repression in der BRD vorgehen. In dieser Frage vertreten abhängige Gruppen oft keine entschiedenen und klaren Positionen, weil sie in staatstragende Institutionen eingebunden sind.

Deshalb muß die Zusammenarbeit mit abhängigen Gruppierungen immer wieder neu diskutiert werden. Es ist zwar — machtpolitisch gesehen — wichtig, möglichst viele Gruppierungen an einer Aktion zu beteiligen, aber das darf nicht zur Aufgabe der eigenen grundsätzlichen Positionen führen. Die Veränderungen der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der BRD sollte der Ansatzpunkt für die Solidaritätsarbeit sein. Man denke nur an die Wahlhilfe der Regierung für die rechten Parteien in Nicaragua oder die Einflußnahme per Entwicklungshilfe. Wenn die Solibewegung daran etwas ändern kann, dann nutzt sie den Sandinisten am meisten.

Darüberhinaus stellt sich die Frage, nach welchen Kriterien denn Projektarbeit und Entwicklungshilfe beurteilt werden sollen. Ralf Syring bot einen Ansatz: „Das entscheidende Kriterium für mich ist, ob mit dem Projekt oder der finanziellen Hilfe Widerstand gestärkt wird.“ Aber generell besteht noch ein hoher Diskussionsbedarf, um diese Kriterien festzulegen.

Mitten in diese Diskussion platzte eine Bombe: Eine Frau rannte aufgeregt an das Mikrofon und schrie: „Ich finde es bescheuert, daß auf dieser Veranstaltung das Patriarchat nicht thematisiert wird.“ Darauf meinte ein Mann, die meisten Frauen in Nicaragua seien Hausfrauen, als solche nicht organisiert und deshalb keine gesellschaftlich relevante Gruppe. Darauf hagelte es Proteste von den Frauen. Die Frauenfrage sei eine ganz zentrale, meinte Rose Gauger. Und im anschließenden Meinungsgemenge setzten die Frauen durch, daß auf dem nächsten Kongreß im Herbst die Frauenfrage berücksichtigt wird. Der Kongreß steht nun unter dem Motto: „Der EG Binnenmarkt und seine Auswirkungen auf Zentralamerika unter besonderer Berücksichtigung der Frauenfrage“.

Ein anderes Ereignis, auf das sich die Solidaritätsbewegung vorbereiten wird, sind die Wahlen im Februar 1990. Selbstverständlich wird die FSLN die volle Unterstützung erhalten. Zur FSLN gibt es keine Alternative. Die Machenschaften der bundesdeutschen Regierung in Hinblick auf die Wahlen sollen aufgedeckt werden. Die Legitimität der Wahlen soll untersucht werden. Schließlich will man keine repräsentative Demokratie, sondern eine direkte und basisnahe. Und gerade hier sieht Barbara Lucas die größten Möglichkeiten. „Da im wirtschaftlichen Bereich keine großen Veränderungen möglich sind, müssen diese im politischen versucht werden.“

Als Resümee des Kongresses läßt sich sagen, daß es auch nach zehn Jahren immer noch interessant ist, die Diskussion der Nicaragua-Solidaritätsbewegung zu verfolgen. Denn sie ist ein intellektueller Schmelztiegel, in dem alle politischen Strömungen des „linken“ Spektrums zusammentreffen und immer wieder neue Ideen und Strategien geformt werden.

Horst Breit

Schutzdörfer in Zimbabwe für Renamo-Opfer

Wegen der zunehmenden Überfälle der mosambikanischen Renamo-Banden auch auf Dörfer auf zimbabwischer Seite der 1000 km langen Grenze zu Mosambik werden in diesen Monaten 6.700 Menschen in Schutzdörfer umgesiedelt. Besonders betroffen ist die Nordost-Region des Landes. Der Zentralgouverneur von Mashonaland Kaparadza sagte, daß die Aktion bereits am 18.4.89, dem neunten Unabhängigkeitstag, begonnen hätte, und bis Juni andauern würde. Die Betroffenen, die z.T. aus Angst vor Renamo-Übergriffen seit Monaten ihre Häuser verlassen haben, um in Schulen oder ähnlichen, leichter zu bewachenden Gebäuden zu übernachten, sind nach seinen Angaben überwiegend mit der Aktion einverstanden. Die neun neu angelegten Dörfer liegen möglichst nah bei den alten Häusern, um den Bauern weiterhin die Arbeit auf ihren Feldern zu ermöglichen. In der gesamten Nordost-Provinz sollen außerdem 50 weitere Schutzdörfer errichtet werden, die die z.T. verstreut lebenden Familien der Region aufnehmen sollen. Sicherheitskräfte werden die Siedlungen rund um die Uhr bewachen.

Die Errichtung der Schutzdörfer weckt in Zimbabwe unangenehme Erinnerungen an die Tage des Befreiungskampfes vor 1980. Damals errichtete die weiße Administration sogenannte „protected villages", allerdings nicht, um die Bewohner vor den Freiheitskämpfern zu schützen, wie die rhodesische Regierung damals behauptete, sondern um die Guerilla von der Unterstützung durch die schwarze Bevölkerung abzuschneiden. Angesichts der vielen Opfer, die die Übergriffe schon forderten, scheint diese Maßnahme jetzt allerdings gerechtfertigt. Am 20.4.89 beispielsweise wurden neun Menschen im Rushinga-Distrikt von den Banditen erschlagen.

In den Krankenstationen des Distrikts ist jeder dritte Tote ein Opfer dieser Angriffe. Auch im wesentlich weiter südlich gelegenen Chimanimani-Distrikt ist die Bedrohung durch die mosambikanischen Banden allgegenwärtig, so wurden kürzlich einige Landbewohner verstümmelt und vertrieben, die dort stationierten Militäreinheiten sind nicht in der Lage, die gesamte Region zu kontrollieren.

Die Banditen überqueren die bergige grüne Grenze auf der Suche nach Nahrung und Kleidung, morden dabei wahllos Dorfbewohner, vergehen sich an Frauen, stekken Häuser in Brand und verschleppen zum Teil ihre Opfer. Die von Südafrika unterstützte Renamo ist nicht als politische Organisation zu verstehen, denn um die Meinung der Mosambikaner scherten sie sich nicht. Im Gegenteil, mit ihrer beispiellosen Brutalität und Skrupellosigkeit hatten sie in Mosambik nahezu ihr offenbar einziges Ziel erreicht, die Zerstörung von Großteilen der Infrastruktur, unzähliger Dörfer, Krankenhäuser und Schulen. Die Zahl der Todesopfer in Mosambik beträgt mindestens 100.000, zigtausende sind verstümmelt, in den angrenzenden Staaten leben insgesamt 1 Million Flüchtlinge. Da die Bauern aus Angst vor Übergriffen und Tretminen kaum noch Landwirtschaft betreiben, ist das Land seit Jahren auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen, um Hungersnöte zu vermeiden. Nach Angaben des stellvertretenden zimbabwischen Arbeitsministers, H. Mahlaba, wendet die Renamo bei der Rekrutierung ihrer Kämpfer besonders perfide Methoden an. Ein Dorf wird überfallen, die jungen Männer, die zum Teil noch Kinder sind, werden gezwungen, ihre Eltern auf brutale Weise zu verstümmeln, was es ihnen psychologisch unmöglich macht, jemals wieder in ihre Heimat zurückzukehren und ihren Eltern ins Gesicht zu sehen. So haben die verstörten Jungendlichen keine andere Wahl, als bei den marodierenden Banden zu bleiben und sind damit in der Spirale der Gewalt gefangen. Da die einzelnen Gruppen sich selbst mit Kleidung und Nahrung versorgen müssen, und es in mosambikanischen Dörfern kaum noch etwas zu holen gibt, weichen sie für ihre Raubzüge immer öfter nach Zimbabwe aus. Das Land ist außerdem noch durch zwei andere Faktoren von der südafrikanischen Destabilisierungspolitik in Mosambik betroffen: Das zimbabwische Militär sichert mit enormem Kostenaufwand die Verkehrswege durch Mosambik zum Hafen Beira, und über hunderttausend mosambikanische Flüchtlinge leben in Lagern in Zimbabwe.

Die Renamo wurde in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, nach der Unabhängigkeit Mosambiks, vom damaligen rhodesischen Geheimdienst zuammen mit rachsüchtigen konterrevolutionären portugiesischen Offizieren gegründet. Hauptangriffsziel waren die Flüchtlings- und Ausbildungscamps der zimbabwischen Guerilla in Mosambik. Nach der Unabhängigkeit Zimbabwes übernahm dann Pretoria sozusagen die Schirmherrschaft der Renamo.

dv

Quellen:
The Herald, Harare, 28.4.89: Protected villages for MNR-victims

Herbert Mahlaba, MP, Deputy Minister of Labour, Manpower Planning,...Chrairman of ZIMOFA, Zimb.-Mosambik Friendship Association

Colleen Lowe Morna, Freelance journalist, Harare

KEIN AUTO, KEIN FAHRRAD UND KEIN URLAUB MEHR OHNE DIESEN STICKER!

medico international will die Kampagne »Shell betankt die Apartheid« wirkungsvoll fortsetzen: in allen deutschen Landen und europaweit. Zusammen mit allen, die schon beteiligt sind, und den Jugendverbänden, Gewerkschaften, Vereinen & Gruppen, die wir hiermit zum großen Mitmachen auffordern.
Die Sticker gibts für schlichte 1 DM pro Stück, bei Orders ab 50 Expl. für 0.50 DM pro Stück. (Ø 10 cm)
(Bei medico zusätzlich kostenloses Material über die Apartheid in Südafrika)

SHELL BETANKT APARTHEID

Bestellungen:

medico international
Obermainanlage 7
6000 Frankfurt 1
Tel. 069/4990041/2

aej
Porschestraße 3
7000 Stuttgart 40

BDKJ
Postfach 320520
4000 Düsseldorf 30

(Zur Weiterverbreitung dieses Aufrufes bitten wir um Spenden unter dem Stichwort »Shellanzeige« auf das medico-Konto 1800 Frankf. Sparkasse oder Postgiro 6999-508 Köln)

Verlag Westfälisches Dampfboot

Petra Lambrecht/ Heide Mertens:
'Small family — happy family'
Internationale Bevölkerungspolitik und Familienplanung in Indien
ca. 180 S.; ca. DM 25,-

* * * * *

Andreas Kühler:
Chicanos und mexikanische Arbeitsmigranten
"Dritte Welt" in den USA
ca. 145 S.; DM 28,80

* * * * *

Susanne Lipka:
Das käufliche Glück in Südostasien
Heiratshandel und Sextourismus
ca. 145 S.; DM 19,80

* * * * *

Bärbel Böcker/ Ina Simson:
Chinas kleine Sonnen
Ein-Kind-Familienpolitik: Einzelkind- und Sexualerziehung
153 S. ; DM 25,80

* * * * *

Mechtild Beike:
Die Frauen der chinesischen Revolution
Wege zur Selbstbestimmung
172 S. ; DM 25,00

Gesamtverzeichnis beim Verlag Westfälisches Dampfboot
Breul 11a – 4400 Münster – Tel. 0251 / 57717

Mandela im Gespräch mit Botha

Steht die Freiheit für Azania/Südafrika kurz bevor? Nein! In Südafrika sind jedoch ganze Stäbe und Mannschaften von Experten für politische Werbung dabei, neue Szenarien zu montieren, mit denen sich das Regime als „reformerisch" und „initiativhandelnd" darstellen läßt.

Ziel ist: das weiße Minderheitsregime mit kosmetischen Reformen in die 90er Jahre zu retten, ohne daß umfassende Sanktionen zur Belästigung werden. Die weiße Minderheit will weiter herrschen können auf der Basis von struktureller — und militärischer Gewalt. Wegen der diffusen Berichterstattung hierzulande gelingt es dem südafrikanischen Regime immer noch, den Schein aufrechtzuerhalten, es sei ein akzeptabler 'diplomatischer Verhandlungspartner'. Partner für wen? Partner für die Mittäter via Unterstützung des Apartheidregimes, Partner für die Ausbeutung!

Nelson Mandela ist ein Thema, mit dem die Presse Südafrika auf einer unkritischen Ebene weiter im Gespräch halten kann. Nach Palavern über und um Mandela sind es jetzt Gespräche mit Mandela, die trotz der zensierten Presse Neugierde hervorlocken sollen. Um die Politischen Gefangenen, die Willkürverhaftungen und das monatelange Einsperren ohne richterliche Verfügung oder Anhörung selbst von Kindern, über Folter, über das Militär in den townships, über die Reservate und die tausende Kinder, die an Unterernährungsfolgen sterben, über die neue „labour admendment bill", über die vielen anderen Unmenschlichkeiten des Systems wird nicht berichtet oder verhandelt!

Aber auch bei Nelson Mandela kann es noch lange dauern, bis gehandelt werden muß.

Z.B. äußerte sich der Vizekonsul des Apartheidregimes in der BRD zum Thema Freilassung: „Mandela könnte, wenn er freigelassen würde, ja umgelegt, ermordet werden, ob von Schwarzen oder von rechten Weißen...". In dieser Aussage steckt ein möglicher, raffinierter Ansatz: Es könnten Anschläge — in diesem Falle auf Mandela — mit untergeschobenen falschen Indizien (wie schon anderweitig praktiziert) inszeniert werden, die zu schweren Auseinandersetzungen z.B. zwischen ANC- oder UDF-Anhängern und vielleicht den rechten Zulu-Anhängern führen könnten.

Freilassungsspekulationen sollen auch den Bankiers, von denen neue Kredite und Umschuldung erwartet werden, neuen Stoff für ihre Träume von einem unproblematischen Südafrika geben. In Südafrika weiß die eine Hand wohl, was die andere tut, und Lüge ist institutionalisierte Praxis. Kaum bekannt ist auch das Ausmaß der kriminellen Energie, mit der die weißen Rassisten, die schwarze Opposition daran hindern, sich artikulieren zu können oder Gehör zu finden. Gegen die Opposition werden Brandanschläge und Bomben eingesetzt, willkürliche Verhaftungen der Führungspersonen vieler Bürgerrechtsorganisationen, um kontinuierliche Arbeit zu verhindern, Desinformation, manipulierte Anschläge, die Schwarzen in die Schuhe geschoben werden können. Verbot politischer Betätigung, Erpressung von Leuten, die Angst um ihr Leben oder das ihrer Familienangehörigen haben müssen.

Die nächste Verblendungsoperation im Reigen scheindemokratischer Reformen steht schon auf dem Papier: Der schwarzen Bevölkerungsmehrheit soll jetzt auch eine eigene Parlamentskammer eingerichtet werden, einige Schwarze werden sogar an einer formal abgeänderten Verfassung mitberaten können.

Sie werden jedoch nichts bestimmen können, was eine grundlegende Wandlung der Struktur zur Folge hätte.

Selbst wenn der Präsident formal auch die schwarze Hautfarbe haben könnte, an den Verhältnissen, unter denen die Schwarzen existentiell leiden ändert sich nichts. Das Nationale Sicherheitsmanagement der Weißen wird mit seinen hierarchischen Exekutivstrukturen bis auf die Betriebs- und Straßen- Wohnviertelebene auch weiterhin zusammen mit dem geheimen „broederbund" das Geschehen bestimmen — an den parlamentarischen Strukturen vorbei.

Peter Zopf

NAMIBIA 1989
Geschichte
Wirtschaft
Perspektiven

Broschüre zum Unabhängigkeitsprozeß in Namibia 1989
April 89; 40 Seiten; DM 4,- (bei Abnahme von 3 + mehr Expl. 2,50 DM) + Porto

Herausgeber und Bestelladresse:
Arbeitskreis Afrika -AKAFRIK -
Lingener Str. 9
4400 Münster
Tel. 0251/661116
Vorauszahlung auf Kto. Nr. 8090-460
Postgiroamt Dortmund BLZ 44010046

Eine ungewöhnliche Preisverleihung

Die blauen Informationsmappen, die bei der Verleihung des Journalistenpreises Entwicklungspolitik für Hörfunksendungen im Foyer der Bad Godesberger Redoute auslagen, waren prall gefüllt: Mit Manuskripten der preigekrönten Sendungen und Texten der Festredner. Nur eine Rede fehlte. Die „Dankesworte von Herrn Karl Rössel im Namen der Preisträger" hatte die BMZ-Pressestelle zwar rechtzeitig erhalten, aber nicht ausgelegt. So mußte Rössel, der Träger des ersten Preises, seine Rede in voller Länge vortragen, wodurch sich der Cocktail-Empfang im Gartensaal der Redoute erheblich verzögerte.

Was der Kölner Journalist, der zuvor dem Bundespräsidenten eine Liste von Amnesty International mit Verschwundenen auf den Philippinen überreicht hatte, zu sagen hatte, trieb dann einige Beamte des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit schon nach wenigen Minuten — Türen laut schlagend — aus dem Saal. Andere der eleganten Damen und Herren (Straßenanzug war erwünscht, der Preisträger trug ein T-Shirt, das Straßenkinder aus Manila zeigte) scharrten schon bald mit den Füßen. Vereinzelt war Zischen zu vernehmen und an einigen Stellen von Rössels Rede kam es sogar zu Zwischenrufen („Zehn Minuten!"). Die Protokollbeamten von Bundespräsidialamt und BMZ debattierten halblaut, ob sie es wagen könnten, den Preisträger vom Podium zu drängen.

Sie entschieden sich dagegen. Es schien ihnen wohl doch zu peinlich, die drastischen Schilderungen über Menschenrechtsverletzungen auf den Philippinen zu unterbrechen, um rechtzeitig zu den Cocktails zu kommen, auf die sich die 270 Gäste, darunter 70 Botschafter, Bundespräsident Weizäcker und BMZ-Chef Warnke freuten.

Jürgen Warnke vermochte bei seinem Schlußwort den Ärger nur schwer zu verbergen. Der Minister kochte, als er auf den „Puls der Freiheit" hinwies, der schon immer bei der Verleihung des Journalistenpreises Entwicklungspolitik geschlagen habe. Und Warnke kochte immer noch, als er den Zuhörern versicherte, die philippinische Präsidentin Corazon Aquino werde Anfang Juni in der Bundesrepublik „mit Achtung empfangen", weil sie ein politisches Vermächtnis angetreten habe, „das dem Aufbau der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte in den Philippinen verpflichtet ist." Andere dagegen begrüßten die klaren Worte des Preisträgers. Die 40 Manuskripte, die er selbst mitgebracht hatte, waren im Nu vergriffen. Sie gingen vor allem an Journalisten und Botschaftsangehörige aus der „Dritten Welt".

Werner Balsen

Die Rede, die in Auszügen in der FR vom 10.7.89 und epd 13/89 erschienen ist, schicken wir Euch auf Anfrage gerne in vollständiger Länge zu (iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg).

„Dritte Welt" für Kinder

Der tropische Regenwald ist in aller Munde. Zu groß sind die Probleme geworden, die mit seiner Abholzung verbunden sind. Daß dieses schwerwiegende Thema aber auch für Kinder aufbereitet werden kann, zeigt die SAMSOLIDAM Nr. 13/1989, „eine Kinderzeitschrift mit Geschichten aus der Dritten Welt und unserem Land", die von der Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt (ASW) in Berlin herausgegeben wird. Die SAMSOLIDAM, die dreimal jährlich erscheint, gibt es schon seit Beginn der '80er Jahre. Neu ist, daß eine Kinderredaktion das Heft mitgestaltet und somit dafür sorgt, daß nicht von oben herab in Lehrermanier Informationen an die Jungen und Mädchen gegeben werden, sondern sie lebendig ihre Fragen einbringen. Steffen und Benjamin erkundigen sich nach der Abholzung in Amazonien und erfahren, daß der Regenwald nicht nur deshalb zerstört wird, weil große Rinderfarmen (für McDonalds) errichtet werden, sondern der Eisenerzabbau in Brasilien und die damit verbundene Stahlherstellung Tropenholz verbraucht, oder aber die riesigen Stauseen, die zur Stromerzeugung angelegt wurden (werden). Neben diesen mehr intellektuell ausgerichteten Informationen gibt es Geschichten, eine Spielvorlage, ein Comic, Rätsel und Aktionsvorschläge — das alles auf 32 DIN A 4 Seiten und für DM 3,-. **Bezug:** ASW, Hedemannstr. 14, 1000 Berlin 61

EIRENE, Internationaler Christlicher Friedensdienst sucht:
für die Koordination der Entwicklungsarbeit im Tschad eine(n)

LANDESKOORDINATOR(IN)

Aufgaben:
- Betreuung, Abwicklung von derzeit drei laufenden Entwicklungsprojekten,
- Leitung des Koordinationsbüros: Verwaltung, Finanzen, Personal, Technik, Kommunikation mit der Internationalen Geschäftsstelle in Neuwied,
- Leitung des EIRENE-Teams im Tschad mit EntwicklungshelferInnen und einheimischen MitarbeiterInnen
- Vertretung und Kontakt im Namen EIRENEs bei Projektpartnern, einheimischen Behörden, anderen Organisationen,
- Projektvorstudien, Projektevaluierungen, entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenarbeit mit der Internationalen Geschäftsstelle

Qualifikationen:
- abgeschlossene Berufsausbildung und -erfahrung mit entwicklungspolitischem Schwerpunkt oder internationaler Zusammenarbeit u.ä.
- Lebenserfahrung in einem Entwicklungsland, möglichst in Afrika
- Erfahrungen in Teamarbeit
- gute Französischkenntnisse
- administratives Geschick, pädagogische Fähigkeiten, entwicklungspolitische Kenntnisse, christliches Engagement

Einsatzort und -zeit: N'Djamena, Tschad, 1990-93 (mit Verlängerungsmöglichkeit)
Leistungen: nach Entwicklungshelfergesetz und EIRENE-Richtlinien

für die Internationale Geschäftsstelle in Neuwied eine

ÖFFENTLICHKEITSREFERENTIN

Aufgabengebiete:
- Spenderbetreuung
- Koordination der Öffentlichkeitsarbeit in den EIRENE-Zweigen (BRD, Frankreich, Schweiz, Niederlande)
- Erstellung von Arbeitsmaterialien
- Organisation der Pressearbeit
- Mitarbeit in der Redaktion des EIRENE-Rundbriefes

Qualifikationen:
- Übereinstimmung mit den Zielen eines gewaltfreien ökumenischen Friedens- und Entwicklungsdienstes
- Erfahrungen und/oder Ausbildung im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit (Presse, Medien)
- Kommunikationsfähigkeit, Ausdauer und Organisationstalent
- Fremdsprachenkenntnisse (Deutsch/Englisch/Französisch)
- Bereitschaft zur Arbeit am Bildschirm (EDV)
- Fähigkeit, komplexe Sachverhalte ansprechend darzustellen
- nach Möglichkeit Lebenserfahrung im Ausland, vorzugsweise in einem Entwicklungsland.

Die neu eingerichtete Stelle kann nach Absprache 20-30 Arbeitsstunden pro Woche umfassen und ist vorläufig auf 3 Jahre befristet. Die Vergütung erfolgt nach einem EIRENE-Einheitstarif.
EIRENE ist einer der sechs staatlich anerkannten Personal entsendenden Entwicklungsdienste in der Bundesrepublik. Kriegsdienstverweigerer können mit EIRENE einen sozialen Friedensdienst im Ausland anstelle des Zivildienstes leisten. Derzeit sind ca. 75 Friedensdienstleistende, Entwicklungshelfer und Entwicklungshelferinnen im Einsatz. EIRENE möchte mit seiner Arbeit im In- und Ausland friedens- und entwicklungspolitische Impulse geben.
Wenn Sie Interesse an den obengenannten Stellen haben, schreiben Sie bitte mit Angaben zu Ihrem Lebenslauf, Zeugnissen und Referenzadressen an: EIRENE, Engerser Str. 74 b, 5450 Neuwied 1.

BRASILIEN RUNDBRIEF - Juni 1989:
Delegation der Arbeiterpartei (PT) in Bonn / Großgrundbesitzervereinigung UDR verteidigt „Stabilität" / Interview mit den schwarzen Autoren Geni Guimarães, Cuti, Oswaldo de Camargo / Der innerkirchliche Konflikt in Brasilien / Keine direkte Unterstützung mehr für die CPT von Misereor / Neueste Daten zur sozialen Situation / A Razão do Poema — der Grund des Gedichts / David Kopenawa Yanomami ausgezeichnet / Landkonflikte
Preis: 4,- DM (Einzelheft), 15,- DM Jahresabonnement (4 Ausgaben). **Bezug:** Brasilieninitiative Freiburg, In den Weihermatten 27, 7800 Freiburg

---

ila 126, Juni 89
Schwerpunktthema: Argentinien
Anläßlich des Machtwechsels in Argentinien der Versuch einer Bilanz von 5 Jahren „kontrollierter" Demokratie / Beiträge zum Scheitern der Regierung Alfonsín, zu den Hintergründen des wirtschaftlichen Niedergangs, zum Leben mit der galloppierenden Inflation, zum Polizeiterror in den Armenvierteln, zur deutsch-argentinischen Rüstungs- und Atomkooperation, zur Geschichte und Rolle des Militärs, zu den Peronisten und den Radikalen, ein Interview mit zwei Müttern von der Plaza de Mayo und ein Bericht über das neue argentinische Kino. Weiter: Einer der letzten Artikel von Raúl Sendic / Interview mit peruanischen Mineros / Das seltsame Wuchern eines „Entwicklungshilfeprojektes" in Chile / Berichte zu den Bundestreffen der El Salvador-, Peru- und Kolumbien-Gruppen.

ila 127, Jul./Aug. 89
Schwerpunktthema: Nicaragua-Solidarität international:
Beiträge zur Nicaragua-Solidarität in Guatemala, Japan, Katalonien, Mexiko, den USA und der BRD, sowie zu den Erfahrungen in Nicaragua / Weitere Beiträge zum 200. Jahrestag der franz. Revolution (zum Sklavenaufstand in Haiti und zum franz. Kolonialismus heute), zur Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte auf dem Kirchentag / Ländernachrichten zu Argentinien, Brasilien, Guatemala und Peru.
Einzelpreis DM 4,-/Jahresabo DM 40,-
Bezug: ila, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

GUATEMALA

CERIGUA informiert über Menschenrechte, Guerilla, Massenbewegungen, bundesdeutsche »Zusammenarbeit« (Polizeihilfe!) und anderes mehr.

Monatlich in spanisch und englisch. Wöchentlich in deutsch (50,- DM/Jahr).

Nähere Information und Bestellung:
Helmut Brandt
Ed.-Pflüger-Straße 42
5300 Bonn 1
Telefon: 02 28 / 23 34 67

Theater- und Kulturzentrum Bello Horizonte, Managua

Die nicaraguanische Theatergruppe „Justo Ruffino Garay" will ein Haus ausbauen zu einem Treffpunkt für Theater-, Tanz- und Musikgruppen und eine autonome Ausbildungsstätte für SchauspielerInnen einrichten. Die Volkstheater- und Kulturbewegung, die mit der Revolution entstand, aber durch Krieg und Wirtschaftskrise fast zum Erliegen kam, soll neu belebt werden, eine dringende Notwendigkeit in den anstehenden ideologischen Auseinandersetzungen.

Das Projekt ist ohne Unterstützung aus dem Ausland nicht zu realisieren. Die Gruppe ist interessiert an Partnerschaften mit Theater- und Kulturgruppen in Europa. Geldspenden erbittet sie auf das Konto Nr. 1600220800 bei der Bank für Gemeinwirtschaft (BLZ 100 101 11), Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt, Berlin 61, Kenn-Nr. 6800 (Kulturhaus Nicaragua). Die Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

Nähere Informationen und Kontakte: Manfred Liebel, Windscheidstr. 11, D-1000 Berlin 12, Tel. 030/323 81 25.



Aus dem Inhalt:
Kolonialismus, Frauen dieser Welt, Der Mythos von der Überbevölkerung, Hunger wird gemacht, Landwirtschaft u. Gentechnologie, Nach dem Profit kommt die Wüste, Die Handelsfalle, Zahlen bis zum Untergang, Rüstungsexporte, Was können wir hier tun?

Für Schüler der Sek. I/II.
48 Seiten DIN A 4, Einzelpreis 3 DM, ab 10 Stück 10% Rabatt.

Bestellung nur bei:
Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, 7800 Freiburg

EPK 2/89 (Juni)
Kamerun — Zwischen Kolonialismus und Krisenmanagement
Deutsche Kolonialzeit: Wie das Handelshaus Woermann bei der Eroberung der Kolonien half / Deutsche Kamerunbananen / Interview mit einem alten Kameruner über die Kolonialzeit / Der Vertrag von 1884 zwischen Kamerun und dem Deutschen Reich / Missionierung: Die Pallottiner in Kamerun. **Kamerun heute:** Verfassung und Verfassungswirklichkeit, Repression und Verfolgung / Wirtschaft und Innenpolitik: Die Krise wächst / Militär: Israelische und bundesdeutsche Hilfe / Tropenholz: Eine Zukunft wie in der Elfenbeinküste?
Preis: DM 5,- (Abo DM 27,-; Institutionen DM 40,-) **Bezug:** EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 20

Informationsdienst Südliches Afrika Nr. 3, Mai 1989
„Einschränken, Ausgrenzen, Verbieten" — unter diesen Drohungen arbeitet die Presse in Südafrika und Namibia nicht erst seit dem nunmehr drei Jahre andauernden Ausnahmezustand / Sowohl etablierte wie alternative Zeitungen leiden unter Zensur, Strafandrohungen und Inhaftierung von Redakteuren / Über Presselandschaft und Zensurbestimmungen informiert der Schwerpunkt / Außerdem: der Fortgang des Unabhängigkeitsprozesses in Namibia / Nachfolge de Klerks und Arbeitergipfel in Südafrika / Mord an Apartheidgegner David Webster u.a.
Einzelpreis DM 5,-; Jahresabo DM 40,-. **Bezug:** issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

---

epd-Entwicklungspolitik 13/89
Analyse: **10 Jahre Strukturanpassungsprogramme** — Beiträge von Yves Fortin (IWF/Weltbank), Jürgen Zattler (BMZ), Wolfgang Zehender (vormals DIE) / Bonner Medienversagen bei Sudan-Hearing / Interview mit SPLA-Chef John Garang / Südafrikas Erbe in Namibia / Zwölfter Weltentwicklungsbericht

Information: Weltkongreß über Kommunikation / Kakaokrieg / Strategiediskussion der IWF/Weltbank-Kritiker
Dokumentation: Evaluierung der Strukturanpassungsprogramme / Dritte Welt Journalisten Netz diskutiert „Eine Welt-Woche" / Entwicklungsstrategie in den 90er Jahren / Die Philippika des Journalistenpreis-Trägers Karl Rössel
Bezug: epd, Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 17

Lateinamerika Nachrichten 183/184, Juli/August 1989
10 Jahre Nicaragua Libre — Die Revolution entläßt unsere Träume: Frieden, Wahlen, Opposition / Die Contras im „Krieg um die Köpfe" / Jugendbanden in Nicaragua / Gesundheit für alle / Interview mit Tomás Borge / Gespaltene Soli-Bewegung / Außerdem: Brasilien — „Retter des Vaterlandes" gesucht / Argentinien: Menem tritt an / El Salvador unter Arena und vieles mehr auf 144 Seiten
Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

„Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Metzgerselber?" Die Wahlen von 1989 und die politische Kultur in Bolivien, 10.-12.11. in Burg Rothenfels. Anmeldung: Bolivienforum, c/o Carlos Hinojosa, Mühlenstr. 73, 5500 Trier

---

Veranstaltungen der evangelischen Akademie Tutzing (Auswahl)
21.-23. September: **Tutzinger Friedenstage**
13.-15. Oktober: **„Die Türen öffnen sich langsam".** Begegnungen mit Schriftstellerinnen aus der Sowjetunion
20.-22. Oktober: **Ware Liebe.** Sextourismus und Frauenhandel
Anmeldung: Ev. Ak., Schloß, Postfach 227, 8132 Tutzing, Tel.: 08158/2510

Sommerwerkstätten des STUBE (Studienbegleitprogramm für StudentInnen aus der Dritten Welt in BaWü). Themen: **Angepaßte Technologie, Basisgesundheitsversorgung, Kommunikation im Entwicklungsprozess.** 11.-23.9. in Stuttgart. Information und Anmeldung: Stube, Kniebisstr. 29, 7000 Stuttgart, Tel.: 0711/265853

„Verschuldung und kein Ende?" Die internationale Verschuldungskrise und unsere Verantwortung, 10.-22. November 1989. Franziskanisches Bildungswerk, Niederwaldstr. 1, 6451 Großkrotzenburg, Tel. 06186/2158

„Chancen und Hindernisse einer eigenständigen Entwicklung in Nicaragua", 8.9.-10.9. Service Civil International, Deutscher Zweig, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/21208687

„Weltwirtschaft und Verschuldungskrise", 28.8.-2.9., Friedrich-Ebert-Stiftung/Gustav Heinemann Akademie, Postfach 1145, 5905 Freudenberg, Tel.: 02734/30863088

„Europa und die Bundesrepublik Deutschland im Nord-Süd-Konflikt", 11.9.-15.9. in Freudenstadt. Fritz Erler Akademie der FES, Am Zollernblick 1, 7290 Freudenstadt

---

„Entwicklungspolitik und Tourismus", 28.8-1.9. in Freudenstadt. Fritz Erler Akademie der FES, Am Zollernblick 1, 7290 Freudenstadt, Tel.: 07441/2188

„Caritative Hilfe oder strukturelle Entwicklungshilfe?" Wie politisch ist die konkrete Projektarbeit der Solidaritätsbewegung? 23./24.9.89 in Blaubeuren. Anmeldung: Solidarische Cooperation e.V., Rundeturmstr. 16, 6100 Darmstadt, Tel.: 06151/26664

„Halabja, Rabta und die BRD". Ein Seminar über Giftgaskrieg, Giftgasproduktion und über neue bundesdeutsche Rüstungsexportmärkte. Bonn 29.9.-1.10. BUKO-Koordinationsstelle „Stoppt den Rüstungsexport", Buchtstr. 14/15, 2800 Bremen 1, Tel.: 0421/326045



Marx, Christoph: **„Völker ohne Schrift und Geschichte".** Zur historischen Erfassung des vorkolonialen Schwarzafrika in der deutschen Forschung des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Steiner-Verlag Stuttgart, 1988, 492 S., 74,- DM.

Horlemann, Jürgen: **Kindernot und Patenglück.** Zur Öffentlichkeitsarbeit von Kinderpatenschaftsorganisationen. Frankfurt, Haag und Herchen 1989, 160 Seiten, 19,80 DM.

Für einen anderen Tourismus. Probleme — Perspektiven — Ratschläge. Herausgegeben von Jost Krippendorf, Peter Zimmer und Hans Glauber. Fischer-Verlag Frankfurt, 1988, 208 S., 12,80 DM.

Grossenbacher, René: **Journalismus in Entwicklungsländern.** Medien als Träger des sozialen Wandels? Böhlau-Verlag Wien, 1988, 236 S.

Heuklein, Hans: **Jambo. Als Berater in Asien und Afrika.** Frieling-Verlag, Berlin, 1989, 192 S., 16,80 DM.

Zeichen des Widerspruchs
Gespräche über Politik — Religion — Ordensleben — Volksbewegungen — Jugendbewegungen in Lateinamerika
Afonso Borges Filho (Hrsg.), Edition Exodus Fribourg/Brig 1989, 102 Seiten, 16,80 DM

UGANDA
Bericht über die Menschenrechte 1986-1989. amnesty international, Uganda Koordinationsgruppe, 92 Seiten.

Sanktionen in der Diskussion
Protokolle einer Johannesburger Konsultation. TEXTE zum kirchlichen Entwicklungsdienst 43, 104 Seiten, 6,40 DM.

Ökumene — Quo vadis?
Ein Dialog unterwegs zur Zukunft der Ökumenischen Bewegung. Erläutert und kommentiert von Thomas Wieser. TEXTE zum Kirchlichen Entwicklungsdient 44. 136 Seiten, 12.00 DM.

Auslieferung der TEXTE zum Kirchlichen Entwicklungsdienst: Verlag Dienste in Übersee, Postfach 1220, 2257 Breklum

---

Dokumentation: **Gewerkschaftsunterdrückung und Menschenrechtsverletzungen auf den Philippinen.** Hrsg. AK gewerkschaftliche Solidarität mit den Philippinen, Steinbacher Str. 16, 5411 Weitersberg. Juni 89, 22 Seiten.

Peter Imbusch: **Mexiko — Entwicklungsstrategische Alternativen.** Marburg 1988, 207 Seiten. Verlag der Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft, Rosenstr. 12/13, 3550 Marburg.

Daiyun, Yue: **Als hundert Blumen blühen sollten.** Die Odyssee einer modernen Chinesin vom langen Marsch bis heute. Aufgezeichnet von Carolyn Wakeman. München, dtv Zeitgeschichte, März 1989, 382 Seiten, 14,80 DM.

Fairbank, John K.: **Geschichte des modernen China 1800-1985.** München, dtv, Juni 1989, 384 Seiten, 24,80 DM.

Xinxin, Zhang und Ye, Sang: **Pekingmenschen,** herausgegeben von Helmut Martin. München, dtv, Mai 1989. 352 Seiten, 12,80 DM.

Strobl, Ingrid: **Frausein allein ist kein Programm.** Freiburg, 1989, Kore Verlag, Traute Hensch. 193 Seiten, 20,- DM.

Krempin, Michael: **Keine Zukunft für Bolivien?** Forschungen zu Lateinamerika Nr. 20. Verlag Breitenbach Publishers, Saarbrücken 1989. 166 Seiten.

Arbeitspapiere der Kontakt- und Beratungsstelle für außereuropäische Flüchtlinge e.V. zu **Bangladesh.** 1989, 40 Seiten DIN A5, 2,- DM.
Dokumentation zur Kirchenbesetzung in Berlin-Dahlem 1988 durch bengalische Flüchtlinge. 1989, 40 Seiten, 3,- DM.
Beide Broschüren sind zu beziehen über die Kontakt- und Beratungsstelle, Oranienstr. 159, 1000 Berlin 61

Dritte-Welt Partner ravensburg sucht:

2 entwicklungspolitisch engagierte Kollegen/-innen

für den Vertrieb von Projekt-Waren und Umweltschutzpapier. Die neuen Kollegen/-innen werden sehr selbständig arbeiten, die Hälfte ihrer Arbeitszeit in unserm Lager, die andere Hälfte auf Besuchs- und Belieferungstouren an Dritte-Welt- und Naturkostläden in Baden-Württemberg/ bayr.Schwaben verbringen.
Wir sind ein kleines, demokratisch organisiertes Team, ganz schön engagiert und leisten viele Überstunden. Auf die Zuverlässigkeit jedes/-r Kollegen/-in sind wir angewiesen. Wir suchen Leute, die dazu passen, kaufmännisch ausgebildet sein müssen sie nicht unbedingt. Wir bezahlen uns nach Groß- und Außenhandelstarif.

Bewerbungen oder Rückfragen an: **Dritte-Welt Partner**
Hinzistobel 14/1, 7980 Ravensburg, Tel.: 0751-2071

807/ 1/159/56412

ARCHIV für Soz-Beweg
Spechtpassage
Wilhelmstr. 15

D-7800 Freiburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg
ISSN 0933-7733

»Klar, schön war's, aber...«

Tourismus in die Dritte Welt

URLAUB: Wir hungern nach Sonne und Sorglosigkeit. Wir reisen. Doch es reisen die Sitten. Wir suchen Erholung in fernen Ländern, Entspannung und Abenteuer. Wir suchen Linderung für die Wunden der Industriegesellschaft und produzieren eine neue Krankheit: TOURISMUS.

Kulturen und Konsumgewohnheiten prallen aufeinander. „Nichts ist in der Ferne exotischer als der Fremde selbst" (Bloch). Für den Genuß dieser Exotik bezahlen die Einheimischen mit der Entfremdung von ihrer Kultur. Auch wer reist, um Probleme zu begreifen, greift unausweichlich in die Lebensgewohnheiten fremder Gesellschaften ein.

Dieses Buch wendet sich an alle, die reisen. Es beschreibt die Folgen des Alternativtourismus und versucht die Ansprüche der Globis, der Szene- und Individualreisenden mit der Realität zu vergleichen und diskutiert neue Ansätze im und zum Alternativtourismus.

2. vollständig überarbeitete Auflage, Juli 1986
210 Seiten, DM 12,80

Bestellung bei:
iz3w · Pf. 5328 · 7800 Freiburg





- seit zwanzig Jahren kontinuierliche Berichterstattung über die Länder der Dritten Welt, Entwicklungspolitik, Solibewegung, Kampagnen, Ausländerpolitik...
- Informationen über die Hintergründe und Zusammenhänge zwischen Politik hier und den Verhältnissen in der Dritten Welt
- Nachrichten zu Politik, Wirtschaft, Kultur, Rüstung...
- gemacht von einer unabhängigen Gruppe kritischer und engagierter Leute

Themenblöcke der letzten Hefte:
Gewerkschaften und Dritte Welt (Nr. 157) • Südliches Afrika (Nr. 156) • Biotechnologie und Genforschung in der Landwirtschaft (Nr. 155) • Entwicklungstheorien (Nr. 154) • Kultur (Nr. 153) • Afghanistan (Nr. 152) • Anti-IWF-Kampagne (Nr. 151) • Palästina (Nr. 150)

8 mal im Jahr für 40/30 Mark
Einzelheft 5 DM + 1,50 Porto
Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Bestellung:

○ Ich bestelle hiermit .... Exemplare des Buches *Hunger in einem fruchtbaren Land*, DM 12,80 + DM 3,- Versandkosten ab 10 Expl. 10% Rabatt, ab 20 Expl. 20% Rabatt

○ Bitte schickt mir Eure Materialliste

○ Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar der „blätter des iz3w"

○ Ich abonniere die „blätter des iz3w" (DM 40/ermäßigt DM 30) ab sofort.

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb 14 Tage schriftlich widerrufen kann.

....
Datum Unterschrift

Adresse:

....
(Vorname, Name)

....
(Straße)

....
(PLZ, Ort, Nr. des Zustellpostamtes)

An: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Informationszentrum Dritte Welt Freiburg (Hrsg.)
Betsy Hartmann/James Boyes

Hunger in einem fruchtbaren Land

Bauern in Bangladesch erzählen

Bangladesch ist ein Land, das mit über die fruchtbarsten Böden der Welt verfügt. Zugleich gilt es als eines der ärmsten Länder der Welt, in dem jährlich tausende von Menschen an Hunger sterben. In diesem Buch werden in anschaulicher Weise die Hintergründe dieses scheinbaren Widerspruchs aufgezeigt. Dabei kommen die Männer und Frauen aus dem bengalischen Dorf Katni selbst zu Wort und schildern eindrücklich ihr Schicksal.
Das Buch ist eine gute Einführung in die Probleme eines Entwicklungslandes. Es setzt sich auch kritisch mit den zum Teil fatalen Folgen unserer Entwicklungshilfe auseinander.

Juli 1989, 88 Seiten, DM 12,80
ISBN: 3-922263-09-7
Bestellung bei: iz3w, Postfach 5328 · 7800 Freiburg

